

südostasien

3 > 2017

Zeitschrift für Politik • Kultur • Dialog

OPENsoutheastASIA

Daten, Netzwerke, Zivilgesellschaft

Thailand > Keine Demokratie in Sicht: Zur Situation drei Jahre nach dem Militärputsch
Myanmar > Im Aufbruch: Veränderungen in der Medienlandschaft
Indonesien > Open Data als Chance für den Regenwald





Unser Engagement für Kultur.

Kunst und Kultur als Lebenselixier der Region

Musik, Theater, Tanz, Literatur oder die Vielfalt der Museen: Ein breites kulturelles Angebot macht unsere Region lebendig und gibt ihr ein Gesicht. Daher unterstützen wir Highlights wie das Beethovenfest Bonn oder die lit.cologne, aber auch die vielen kleinen Theater, Bühnen und Gruppen in Köln und Bonn.

Gut für Köln und Bonn.



**Sparkasse
KölnBonn**

OPENSoutheastASIA – Daten, Netzwerke, Zivilgesellschaft

In den vergangenen Jahren haben Themen rund um *Open Data*, *Open Government* und *Civic Tech* in Südostasien zunehmend an Bedeutung gewonnen. Es werden immer mehr Daten aus dem Öffentlichen Sektor zugänglich gemacht und ermöglichen unter anderem zivilgesellschaftlichen Akteuren Offene Daten für ihre Zwecke einzusetzen. Doch was sind eigentlich »Offene Daten«? Daten sind dann offen, wenn sie für jeden frei zugänglich, weiterverarbeitet und weiterverbreitet werden können; und hierin liegt aus zivilgesellschaftlicher Sicht ein enormes Potential: Denn mehr frei verfügbare Daten können zu mehr Transparenz, Zusammenarbeit und Gerechtigkeit führen. Doch kann die großflächige Verbreitung von Informationen auch Gefahren bergen, vor allem, wenn sie einseitig aufbereitet oder falsch sind und für politische Zwecke missbraucht werden.

Die Nutzung von Sozialen Medien – wie Facebook – in Südostasien ist global gesehen vergleichsweise hoch. Im Gegensatz zu Ägypten, Tunesien und Europa ist jedoch die Rolle von Sozialen Medien innerhalb von zivilgesellschaftlicher Organisation, *Governance* und Partizipation in Südostasien wenig behandelt. Soziale Medien werden vor allem seit den Revolutionen in Nordafrika als »Demokratiebringer« diskutiert. Doch besteht zwischen der Nutzung sozialer Medien und den daraus resultierenden Demokratisierungsprozessen kein beweisbarer Determinismus. Soziale Medien sind nicht die Ursache von Revolutionen, nehmen jedoch eine wichtige Funktion innerhalb der Vernetzung und des Austauschs von Informationen ein. Zugang zu Internet und Sozialen Medien können folglich Demokratisierungsprozesse begünstigen, können Wissenshierarchien auflösen und Zivilgesellschaft stärken.

Mehr Partizipation und Transparenz durch Offene Daten und Soziale Medien in Südostasien? Diese Frage leitete unseren Workshop »OPENSoutheastASIA«, der vom 19.–20. Mai 2017 im Forum Internationale Wissenschaft in Bonn stattfand. »Bringing people from different fields together« hatten wir als Motto ausgegeben und so ist auch die vorliegende Ausgabe ein buntes Konglomerat, das in verschiedenen Formen die In- und Outputs von »OPENSoutheastASIA« abbildet: Als Einführung(en) in Themenfelder, über kritische Auseinandersetzungen bis hin zu expliziten Vorstellungen von Personen, Projekten und Organisationen, die mit Offenen Daten arbeiten.

Einige Beiträge für diese Ausgabe haben wir bewusst auf Englisch veröffentlicht. Da wir automa-

Vor einigen Wochen erreichte uns die traurige Nachricht vom plötzlichen Tod Lisa Hesses. Lisa hat lange Jahre an der **südostasien** mitgearbeitet. Der Tod hinterlässt ein Gefühl der Leere und Sprachlosigkeit, daher möchten wir ihr die ersten Worte dieser Zeitschrift widmen und für ihre Angehörigen unser tief empfundenes Beileid aussprechen.

»Wer im Gedächtnis seiner Lieben lebt, der ist nicht tot, der ist nur fern; tot ist nur, wer vergessen wird.« (Immanuel Kant)

tisch viele Akteure in diesem Heft zu Wort kommen lassen, gibt es auch keine gesonderte Rubrik. Jedoch konnten wir aufgrund der begrenzten Seitenzahl leider nicht alle Artikel, die sich auf den Workshop beziehen, unterbringen. Diese werden in der nächsten **südostasien** veröffentlicht werden.

Wir danken der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen für die finanzielle Unterstützung dieser Ausgabe. Auch danken wir all denen, die an diesem Heft mitgearbeitet haben; ein besonderer Dank gilt Michael Topp, Nadja Kützing, Uwe Hoering und Gabriele Fürstenberg für die großartige Unterstützung bei der redaktionellen Bearbeitung.

Wir wünschen eine spannende und anregende Lektüre!

*Frank Arenz, Kristina Großmann,
Damian Paderta und Kathrin Spenna*

Eine Sache noch: Die Welt besteht aus Veränderung. An dieser Stelle möchten wir um gesonderte Aufmerksamkeit bitten, denn eine merkbare Veränderung für die **südostasien** steht kurz bevor. Dazu mehr in der Rubrik »Neues aus dem Asienhaus« – bitte lesen!



Titelbild
© Damian
Paderta, 2017.
Collage

■ Editorial

- 3** > Frank Arenz, Kristina Großmann, Damian Paderta, Kathrin Spenna

■ Südostasien

- 5** »Es gibt eine Menge Dinge, die man ändern kann« – Interview mit Fiona Krakenbürger
> Simon Buch
- 8** Das Konzept Open Data
> Nicola Knipper
- 10** Benefits and Challenges of Online-Education in Southeast Asia
> Xin Qiu

■ Vietnam und Laos

- 13** Nachhaltiger Naturpark-schutz mit offenen Geo-Daten
> Wilfried Gebhardt
- 15** Kurz notiert – Vietnam
> Laura Faludi, Christopher Wimmer
- 16** Kurz notiert – Laos
> Anke Timmann

■ Kambodscha

- 17** Kurz notiert
> Nadine Willner

■ Myanmar

- 18** Myanmar im Aufbruch – Veränderungen in der Medienlandschaft
> Sarah Redicker
- 20** The Janus Face of Social Media in Myanmar
> Allesandro Gullo

- 23** Kurz notiert
> Christina Grein

■ Thailand

- 24** Demokratie in weiter Ferne – Thailand drei Jahre nach dem Militärputsch
> Nicola Glass
- 26** Fighting Guns with Pens
> Kornkritch Somjitranukit
- 28** Kurz notiert
> Martina Eichmann

■ Malaysia

- 29** »The Borneo Case« – Interview with filmmaker Erik Pauser
> Charlotte Chin

- 32** Kurz notiert
> Michael Topp

■ Indonesien

- 33** Gecko versus Krokodil
> Anna Strunz
- 36** Open Data als Chance für den Regenwald
> Anna-Lena Stötzl
- 39** Interview mit Alexander Watson von OpenForests
> Louise Beichler und Sigrid Parzinger
- 42** Fake News made in Indonesia – Wie Jakartas Gouverneur vor Falschmeldungen kapitulieren musste
> Svenja Hübinger
- 45** »It really has the potential to cause problems!« – Interview with Irendra Radjawali
> Manuela Hinderhofer
- 47** Die tödliche Gefahr bei der Smartphone-Produktion
> Lisa Lehmann
- 49** Kurz notiert
> Ariane Grubauer

■ Singapur

- 50** Singapore as the open innovation and tech hub in South East Asia
> Lucie Danielowitzová

■ Timor-Leste

- 52** Kurz notiert
> Monika Schlicher

■ Philippinen

- 53** Die Macht der Information
> Frei Sangil und Joanne Rosin
- 56** Education Budget Watch: Eine jugendliche Lobby für einen Finanzplan im Bildungsbereich
> Justine Balane und Marlon Cornelio

- 59** Sinn aus der Sinnlosigkeit machen: Journalismus und die Kultur der Straflosigkeit
> Danilo A. Arao

- 60** Staatlich finanzierter Hass: Der Aufstieg der Pro-Duterte Blogger
> Natashya Gutierrez

- 63** Kurz notiert
> Nina Johnen

■ Neues aus dem Asienhaus

- 64** Zur Zukunft der *südostasien*
> Frank Arenz und Uwe Hoering

■ Lesen – Hören – Sehen

- 65** Rezensionen

■ Impressum

Bitte beachten!

Dieser Ausgabe liegen als Beilage die aktuellen **Literaturempfehlungen von Baobab Books** und ein **Flyer des AK Rohstoffe zur 3. Alternativen Rohstoffwoche** bei.

Die mit einem Punkt ● gekennzeichneten Artikel veröffentlichen wir zusätzlich im Internet:
www.asienhaus.de/soainfo

Thema der nächsten Ausgabe:

- Klima (SOA 4/2017)

»Es gibt eine Menge Dinge, die man ändern kann«

Ein Gespräch mit Fiona Krakenbürger über Open Data, Good Data und Datentransparenz

von
Simon Buch

Simon Buch
studiert seit dem
Wintersemester
2016 Kulturwirt-
schaft im Master
an der Univer-
sität Passau mit
dem Schwer-
punkt Südostasi-
enkunde.

photographer/copyright: (c) Luca Meletti



Fiona Krakenbürger arbeitet seit 2014 bei der **Open Knowledge Foundation** im Programm »Code for Germany« als **Community Organizer**. Dabei koordiniert und unterstützt sie 25 **Open Knowledge Labs** in Deutschland. Sie studiert Technik- und Innovationssoziologie an der TU Berlin

und engagiert sich seit einigen Jahren im Bereich der digitalen Alphabetisierung und der Gleichberechtigung in der IT.

Simon Buch: Worum geht es Dir bei *Code for Germany*?

Fiona Krakenbürger: 2014 habe ich angefangen, bei der *Open Knowledge Foundation* zu arbeiten und habe im Wesentlichen nach einer Neuorientierung gesucht. Ich habe bei der *Open Knowledge Foundation* ein Praktikum gemacht und fand diese Aufgabe von Anfang an sehr spannend. Die *Open Knowledge Foundation* stellt eine Schnittmenge zwischen Gesellschaft, Gemeinwohl und Technologie dar. Ich bin damals direkt in das Projekt *Code for Germany* eingestiegen, dabei handelt es sich hauptsächlich um ein Netzwerk von ehrenamtlichen Entwicklern, die sich in ihren Städten lokal engagieren. Wir haben damals als *Open Knowledge Foundation* relativ viele *Hackdays* organisiert, die sehr gut angekommen sind. Bei diesen *Hackdays* treffen sich EntwicklerInnen, die sich teamübergreifend mit neuen Ideen, Themen und Technologien befassen und diese dann in die Praxis umsetzen. Es kamen tolle Leute zusammen, jedoch nur für ein Wochenende. In der kurzen Zeit schafft man keine nachhaltige Software, noch stellt man längere Projekte auf die Beine. Wir haben daher nach einem nachhaltigeren Ansatz gesucht und die *Open Knowledge Labs* mit der Community zusammen gegründet. Das Wachstum dieser OK Labs war enorm.

Inhaltlich geht es bei *Code for Germany* grundsätzlich um Transparenz und Open Data und alles, was das Zusammenleben in Städten, die Kommunikation zwischen Regierungen und BürgerInnen betrifft. Gleichzeitig geht es aber auch um die Frage,

wie Technologien das Gemeinwohl verbessern können. Was mich persönlich am meisten an *Code for Germany* fasziniert, ist die Förderung und Schaffung von Möglichkeiten, bei denen sich Menschen mit ihren Fähigkeiten für etwas Sinnvolles in der Gesellschaft einsetzen.

Simon Buch: Wieso sind gerade die *Open Knowledge Labs* (OK Labs) eine gute Möglichkeit, sich mit dem Thema Open Data näher auseinander zu setzen und die Leute zu sensibilisieren?

Fiona Krakenbürger: In der letzten Zeit hat sich gezeigt, was die OK Labs eigentlich machen. Die ehrenamtlichen Mitarbeiter sind keine professionellen App-Programmierer oder Leute, die Start-Ups hochziehen und mit Geschäftsideen ankommen. Was sie aber tun, ist zu zeigen, was möglich ist. Die OK Labs sind sehr interdisziplinär aufgestellt. Das heißt, dass Leute aus den verschiedensten Bereichen kommen, um sich in den OK Labs gemeinsam mit wichtigen lokalen Themen auseinander zu setzen. Die Leute stammen aus den Bereichen Design, Entwicklung oder Journalismus. Ich glaube, dass gerade dieser lokale Bezug die OK Labs von anderen Formaten unterscheidet. Man schaut, was es konkret für lokale Daten und Schwierigkeiten gibt. Das sind Themen von Verbesserungsmöglichkeiten der Feinstaubbelastung über zu hohe Mietpreise bis hin zum lokalen Ratsinformationssystem. Die OK Labs sind ein Ort für neue Ideen, Kooperationen und Partnerschaften. Dort können Leute mit verschiedenen Fähigkeiten zusammenkommen und sich offen austauschen. Was sie vereint, ist der Wille, etwas für ihre Stadt und ihre MitbürgerInnen zu tun und ihre Fähigkeiten entsprechend einzusetzen.

Simon Buch: Wieso sind gerade die OK Labs eine gute Möglichkeit, sich mit dem Thema Open Data näher auseinander beziehungsweise die Leute zu sensibilisieren?

Fiona Krakenbürger: Ich glaube, dass es immer sinnvoller ist, nicht über Technologien zu sprechen, sondern über Themen. Technologie neutral zu formulieren, ist sehr schwierig. Es fühlt sich meistens ein spezifischer Personenkreis angesprochen. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass sich sehr viel mehr Menschen angesprochen fühlen, wenn wir den Weg über Inhalte gehen. Dieses Jahr haben wir den Fokus auf »Wahldaten« gelegt und da macht sich schon bemerkbar, dass wir verstärkt PolitikwissenschaftlerInnen oder Menschen erreichen, die sich für Kom-

munikation und Populismus interessieren und die diesbezüglich etwas ändern wollen. Ansonsten muss man über seinen eigenen Horizont hinausgehen, werben, ExpertenInnen einladen und immer mal wieder größere Veranstaltungen ausrichten. Wuppertal und Berlin veranstalten seit ein paar Jahren den *Cycle Hack Day*. Die Städte organisieren einen Tag, an dem man sich mit der Modernisierung von Fahrradverkehr auseinandersetzt und mit der Frage, wie man Code, Fahrradfahren und Politik miteinander in Verbindung setzen kann. Ziel ist es, das Fahrradfahren sicherer zu machen und Diversität in diesem Gebiet zu fördern.

Simon Buch: Open Data und Datenspeicherung ist ein recht neues Phänomen. Oft wird es auch kritisch hinterfragt, wie beispielsweise bei der Vorratsdatenspeicherung. Was verstehst du unter dem Begriff »Good Data«?

Fiona Krakenbürger: Also grundsätzlich finde ich, dass man weniger technisch über Daten nachdenken sollte, als wir das in der Regel tun. Daten sind einfach erst einmal Informationen. Ansonsten bin ich auch sehr skeptisch, wenn wir anfangen, Technologien mit einer Agency auszustatten. Ich glaube nicht, dass Technologien machtvolle Akteure sind. Daten können als Werkzeuge und Ressourcen gebraucht werden. Gerade Daten stellen eine gute Informationsressource dar und die Frage ist dann, was wir Sinnvolles damit machen können.

Simon Buch: Fällt dir diesbezüglich ein Beispiel ein?

Fiona Krakenbürger: Zum Beispiel Daten über Fahrradverkehrsunfälle. Wenn Daten darüber veröffentlicht werden, wo es Fahrradverkehrsunfälle gab, dann liegen die Daten erst einmal nur vor. Die Frage ist, was man damit machen kann. Zum Beispiel könnte man eine App programmieren, die anzeigt, wo häufig Fahrradverkehrsunfälle passiert sind, um die vorliegenden Daten sinnvoll zu nutzen. In der Verwaltung können dann bessere Entscheidungen getroffen werden, wo und wie der nächste Radweg gebaut werden sollte und wo das ganz besonders wichtig ist, weil es dort vielleicht Tote oder Verletzte gab. EntwicklerInnen können die Daten auch dafür verwenden, körperlich beeinträchtigten Menschen eine sicherere Route vorzuschlagen.

Simon Buch: Apropos Open Data und ihre Transparenz. Wie würdest du die aktuelle Lage der Offenheit und Transparenz in Deutschland beschreiben? Siehst du schon positive Ansätze beziehungsweise gibt es gesetzliche Regelungen, die sich mit Offenheit und Transparenz von Daten beschäftigen?

Fiona Krakenbürger: Also grundsätzlich halten wir den Vortrag *State of the Open*, bei dem wir versuchen, die Thematik und unser Anliegen zum Ausdruck zu bringen, zum zweiten Mal in diesem Jahr. Bei unseren Vorträgen im vergangenen Jahr ging es in erster Linie darum, dass es schon gute Entwicklun-

gen gibt. Wir müssen uns aber noch mehr einsetzen und haben daher dieses Jahr ein GIF (Graphics Interchange Format) von einem ununterbrochenen laden-den Kreis. Man wartet im Prinzip darauf, dass er vollständig geladen ist, aber das passiert nicht, weil er immer wieder von vorne anfängt. Mein Gefühl ist zwar, dass es gute Ansätze gibt, wir jedoch noch weit entfernt davon sind, was wir uns eigentlich vorstellen. Es gibt schon Informationsfreiheitsgesetze, die aber noch verbesserungswürdig sind. Das ist mit Transparenzgesetzen genauso. Es gibt sogar durch gesetzliche Regelungen einige Einschränkungen von Transparenz.

Grundsätzlich finden wir aber, dass sich in der Gesellschaft ein Konsens dahingehend gebildet hat, dass Transparenz etwas Erstrebenswertes ist. Das trifft mittlerweile auch schon auf Unternehmen oder Behörden zu und daran wollen wir weiterarbeiten. Es geht jetzt darum, zu verhindern, dass sich das Ganze verläuft. Ein Ziel ist es, das Regierungshandeln transparenter zu machen. Regierungen sollten zur Verantwortung gezogen werden können, indem deren Entscheidungsprozesse transparent gemacht werden. Stichwort *Open Government*. Nicht alle Daten liegen offen vor und wir wollen darauf hinarbeiten, dass Open Data produziert wird, die wirklich allen etwas nützt.

Eine Freundin aus Berlin hat zum Beispiel berichtet, dass es dort keine allgemeine Übersicht über die Standorte von Kitas gibt. Es geht dabei nicht nur um Open Data, sondern zunächst auch darum, welche Schwerpunkte und Werte wir in unserer Gesellschaft haben, um dann Open Data den Leuten zugänglich zu machen, die sie benötigen. Ich glaube also, dass es jetzt darum geht, die sozialen Aspekte näher zu beleuchten und dass wir uns darum kümmern, dass offene Daten nicht nur einen Wirtschaftsfaktor in der EU darstellen, sondern dass wir aufzeigen, wie man Open Data für die Gesellschaft nutzen kann, um damit Problemen nachzugehen.

Simon Buch: In Deutschland gibt es noch kein einheitliches Transparenzgesetz. Hamburg und Rheinland-Pfalz gelten als Vorreiter. In Thüringen wurde 2016 ein weiterer Gesetzesentwurf von Lutz Hasse, dem Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit, vorgelegt. Man sieht, es geht voran. Aber was sind Deiner Meinung nach die Gründe, warum es noch kein deutschlandweites Transparenzgesetz gibt? Beziehungsweise, was denkst Du, warum sich auf politischer Ebene nicht stärker für ein solches Transparenzgesetz eingesetzt wird?

Fiona Krakenbürger: Ich glaube, das ist einfach eine Frage der Werte und Prioritäten. Das bloße Vorhandensein von Transparenzgesetzen bedeutet nicht automatisch Transparenz, sondern es kann auch anders laufen. Wir waren mit dem Transparenzgesetz in Rheinland-Pfalz nicht zufrieden, deshalb haben wir beschlossen, in Berlin ein eigenes Transparenz-



Fiona Kraken-
bürger at Forum
Internationale
Wissenschaft,
Bonn 2017
photographer/
copyright: Julia
Marlen Schmid

gesetz zu schreiben. Ein Transparenzgesetz impliziert auch gewisse Regulierungen. Das hat in Hamburg sehr gut funktioniert. Dort hat man sich mit den Behörden zusammengesetzt und Workshops angeboten und gemeinsam dafür gesorgt, dass die Behörden entlastet werden. Dabei wurden die MitarbeiterInnen der Behörden in den Gestaltungsprozess und die Transformation mit einbezogen. Wie so vieles ist Transparenz und kulturelle Offenheit Ländersache und da die Interessen zu unterschiedlich sind, funktioniert das noch nicht auf Bundesebene.

Simon Buch: Fallen Dir andere Länder ein, die in dem Feld eine Vorreiterstellung einnehmen und von denen man sich jetzt schon was abgucken kann?

Fiona Krakenbürger: Ja. Was ich für sehr vorbildhaft halte ist, dass in Großbritannien ein Datensatz über *Beneficial-Ownership* veröffentlicht wurde, was im Deutschen unter dem Begriff Transparenzregister bekannt ist. In diesem *Beneficial-Ownership*-Datensatz wurde bekannt gegeben, wer welche Firma besitzt. Wenn man in Deutschland eine Firma oder ein Unternehmen anmeldet, muss man nicht in jedem Fall angeben, wem diese gehört und das ist ein Problem.

In Großbritannien wurde dieser Datensatz veröffentlicht und ein paar AktivistInnen haben sich zusammengesetzt und eine Form von *Data-Dive* organisiert. Dabei galt es herauszufinden, was dort für Informationen, aber auch Anomalitäten zu finden waren. Man hat herausgefunden, dass sehr viele Unternehmen eigentlich anderen Unternehmen gehören, die sich wiederum in Offshore-Gebieten befinden. Ich finde, dass man in Bezug auf Wirtschaftsdaten viel mehr machen kann und ich wünsche mir auch mehr Transparenz in der Wirtschaft und den Finanzmärkten in Deutschland, weil uns die Notwendigkeit dafür regelmäßig klargemacht wird.

Simon Buch: Wie könnte man Deiner Meinung nach die Open Data-Situation zukünftig noch weiter verbessern und was wünschst Du Dir diesbezüglich?

Fiona Krakenbürger: Was ich mir für die Open Data-Bewegung und für die Community wünsche ist, dass wir es weiterhin schaffen, mehr Akteure aus den verschiedensten Bereichen und mit den unterschiedlichsten Bedürfnissen ins Boot zu holen. Wir müssen aufpassen, dass wir den Umgang mit Open Data, Transparenz und der Fähigkeit, mit offenen Daten umzugehen, nicht zum Privileg machen. Das bedeutet, dass die Nutzer nicht nur aus privilegierten Gesellschaftsschichten kommen oder lediglich Unternehmen die Daten nutzen, um ihre Prozesse zu optimieren, sondern dass Daten der breiten Allgemeinheit zugänglich gemacht werden. Wir müssen uns noch vielmehr kümmern und auch eine Form von *Data Legacy* etablieren. Wir müssen ein breites Bewusstsein dafür schaffen, was mit offenen Daten möglich ist und auch den Forderungen nach offenen Datensätzen und offenen Informationen nachkommen.

Da kann ich nur noch einmal das Kita-Beispiel wiederholen. Wie kann es sein, dass es keine gemeinsamen Bestrebungen gibt, diese Daten aufzubereiten? Es scheint, dass junge Mütter keine starke Lobby oder Stimme in Deutschland haben. Denn was in diesem Fall am Ende passieren kann ist, dass man keinen Kitaplatz findet und die Frau noch ein weiteres Jahr zu Hause bleiben muss. Das ist ein Thema, bei dem eigentlich alle zusammenarbeiten müssten. Da wünsche ich mir auch, dass solche Themen besser adressiert werden, denn hier gibt es noch viel Potential. Ich finde, es gibt eine Menge Dinge, die man ändern kann.

Simon Buch: Vielen Dank für das Gespräch, Fiona. ■

Das Konzept Open Data

»Big Data« sind die neue Goldgrube in Zeiten des Internet, mit denen hauptsächlich große Konzerne Profit machen. »Open Data« will einen Trend dagegen setzen.

Open Data ist momentan in aller Munde. Doch was versteckt sich hinter diesem Konzept, das so viel Potenzial und gleichzeitig Gefahren birgt? Es hört sich zunächst sehr einfach an: offene Daten für alle! – Unabhängig unseres Gesellschaftsstatus soll jedeR von uns freien Zugriff auf Daten haben, egal ob StudentIn, ArbeiterIn, ArbeitgeberIn oder ArbeitsuchendeR. Daten jeder Art sollen veröffentlicht, verbreitet und ohne Einschränkung genutzt werden dürfen. Das ist doch eigentlich eine gute Idee, die genauer untersucht werden sollte. Was steckt dahinter, und wie wirken sich Open Data auf unser Alltagsleben aus? Schaffen Sie eine offenere Gesellschaft mit mehr Transparenz – oder einen Überwachungsstaat, in dem jedeR alles über Kollegen, Nachbarn und Freunde weiß und unsere Privatsphäre gefährdet ist?

Informationszugang sollte ein grundlegendes Recht sein, denn es führt zu mehr Gleichberechtigung. Andererseits können manche Informationen, wenn sie in die falschen Hände geraten, auch ein hohes Risiko bergen. Wie genau gestalten sich die Vor- und Nachteile von Open Data, und wie kann man sie in unserem Alltag sicher und effektiv nutzen?

Auch Regierungen, Unternehmen und andere Organisationen sammeln offene Daten, verkaufen sie mit viel Gewinn weiter, verwalten oder nutzen sie für ihre Zwecke. Darunter sind ebenso private wie andere Daten, die vor Missbrauch geschützt werden müssen. – Dann kann Open Data eine Erleichterung für BürgerInnen im Alltag sein. Und AktivistInnen von Nichtregierungsorganisationen können mit ihrer Hilfe Menschen zusammenbringen und auf Missstände aufmerksam machen. Es muss also immer zwischen Informationsfreiheit und Datenschutz abgewogen werden.

Beispiel: Offene Verkehrsdaten

Durch Open-Data-Projekte gewonnene Analysen von Unfallstatistiken etwa an gefährlichen Kreuzungen können schweren Fahrradunfällen vorbeugen. So zeigen sie Handlungsbedarf auf, wenn Ampelschaltungen geändert, Fahrradwege gebaut und der Verkehrsfluss optimiert werden müssen. Eine offene Dateneinsicht ermöglicht allen betroffenen VerkehrsteilnehmerInnen sich zu informieren und womöglich eine leichtere Beteiligung am Sicherheitskonzept

und seiner Umsetzung. Durch die Internetseite von Michael Hoerz können sich zum Beispiel alle BerlinerInnen alle Fahrradunfälle in Berlin angucken und somit bestimmte Wege meiden, besonders vorsichtig sein oder die Regierung um Handlungen bitten.

Kostengünstig und transparent

Als »Open Source« unterstützen offene Daten einkommensschwache soziale Schichten beim Zugang zu Bildung in Form von quelloffener und kostenloser Software. Büroprogramme wie *OpenOffice.org* ermöglichen es zum Nulltarif Texte zu verfassen, Präsentationen zu erstellen und Datensätze zu berechnen. Für den in Armut lebenden Großteil der Menschen ist das sehr hilfreich.

Es gibt zudem Projekte wie die Britische Initiative *where does my money go*, die einen öffentlichen Einblick in die Verwendung von Steuergeldern ermöglicht. Die BürgerInnen können damit ersehen, welche Bereiche und Institutionen mit wie viel Mitteln staatlich finanziert und gefördert werden. – Das vermittelt ein größeres Vertrauen anstatt nicht zu wissen, ob nicht doch etwas in dunklen Kanälen verschwunden ist.

Bekämpfung von Steuerhinterziehung

Korruption stellt in vielen Ländern ein ernstes Problem dar. In Kanada konnten 2007 mit einem ähnlichen Projekt wie dem in Großbritannien, Steuerhinterziehungen in der Größenordnung von 3,2 Milliarden kanadischen Dollar aufgedeckt werden. Mit offengelegten Daten wird es also sowohl Regierungen als auch Firmen und anderen Organisationen erschwert, das ihnen erbrachte Vertrauen zu missbrauchen. Dies könnte außerdem einen positiven Effekt auf die zunehmende Politikverdrossenheit haben, die zuweilen aus Misstrauen gegenüber Politikern resultiert.

Ein offener Datenzugriff mindert das Gefühl des Ausgeschlossenseins und der Ohnmacht – wie bei dem Freihandelsabkommen *Transatlantic Trade and Investment Partnership* (TTIP). Im Gegenteil: Es fördert die Mitbestimmung.

Für Unternehmen spielt Open Data im Zeitalter zunehmender internationaler Standardisierung eine immer größere Rolle. Unternehmen brauchen

einen Datenzugriff, um die diese Standards zu erfüllen. Dies sind aber oftmals genauso sensible Daten, also solche, die geschützt werden müssten. Nehmen wir zum Beispiel den Bau eines Hauses. Die EU gibt vor, wie die Zusammensetzung gewisser Bauteile gegeben sein müssen und gleichzeitig hat jedes Unternehmen seine eigene zumeist patentierte und geschützte Art und Weise dieses Teil herzustellen. Open Data kann hier den Prozess gewisse Standards zu erfüllen vereinfachen, es kann aber auch gewisse Patente einfacher machen zu umgehen oder neu zu definieren.

Sensible Daten

Dies bringt uns zu den Risiken von Open Data. Firmen können sie missbrauchen und zu ihrem eigenen Profit genutzt. Arbeitgeber sollten nicht über Religion, ethnischer Herkunft oder gar sexuelle Vorlieben ihrer ArbeiterInnen Bescheid wissen. Doch wenn jegliche Daten für alle zur Verfügung gestellt werden, wird es auch für den Arbeitgeber leichter zu sehen, wie viele Steuern gezahlt werden und somit ob der Mitarbeiter/in nicht doch noch einen Zweitjob, geerbt oder ähnliches hat. Denn diese Daten können auch durch das Konzept Open Data aufgedeckt werden beziehungsweise leichter zugänglich gemacht werden. Wird also die Steuererklärung von jedem offen gelegt mit dem Zweck Steuerhinterziehung zu vermeiden, kann aus der Steuererklärung viel mehr geschlossen werden. Eine Steuererklärung zeigt auf, ob man verheiratet ist, Kinder hat, welcher Religion man angehört, welchen Organisationen man Geld spendet und vieles mehr. Hieraus kann man das komplette Privatleben erkennen und der eigentliche Zweck kann leicht in den Hintergrund geraten.

Risiken der Offenlegung

Selbst die Offenlegung nicht sensibler Daten kann zu Schwierigkeiten führen. Daten über Infrastruktur könnten missbraucht werden, um dieser zu schaden. Ein Beispiel hierfür bieten Bewertungsportale etwa über Schulen oder Ärzte, die irreführende, nicht objektive oder sogar bewusst gefälschte Inhalte haben können. Die Auswirkungen bereits einer schlechten Bewertung können zu Rufmord und wirtschaftlichem Ruin führen. Und oft steht die Legitimation solcher Daten außen vor. Das bedeutet, dass der Umgang, die Verbreitung und die Verwertung von Daten, insbesondere von sensiblen Daten, nicht nur technisches Know-How, sondern auch ein großes Maß an Verantwortung braucht.



Privatsphäre trotz Open Data

Die Wahrung des Gleichgewichts zwischen der Offenlegung und Einhaltung der Privatsphäre spielt bei Open Data eine enorme Rolle. Die Vorteile von Open Data wie Transparenz und eine größere Chance zur gleichberechtigten breiteren Wissenserlangung sind unverkennbar. Jedoch ist die Gefahr der Verbreitung und Offenlegung sensibler Daten und der Eingriff in die Intimsphäre nicht zu unterschätzen und darf keinesfalls ignoriert werden. Mit Daten, die das Konsumverhalten des Einzelnen betreffen, sollte nicht leichtfertig umgegangen werden. Das Bewusstsein sollte diesbezüglich gestärkt werden, diese nicht ohne weiteres preiszugeben.

Die Gesellschaft muss umdenken

Auf der einen Seite leben wir in einer Gesellschaft, die Facebook ihre privaten Daten leichtfertig überlässt und ignoriert, dass alles, was einmal online gepostet wurde, nicht einfach gelöscht werden kann. Auf der anderen Seite interessieren sich nur Wenige für Daten, die nicht öffentlich gemacht werden, obwohl eine solche Veröffentlichung aber von großem Nutzen für alle wäre, wie z. B. der Offenlegung der TTIP Unterlagen, Verkehrsdaten, Zugang zu Wissen oder ähnlichem. Eine kontroverse Situation, die sich nur durch eine offene Diskussion und ein größeres Bewusstsein für die Problematik in der Gesellschaft lösen lässt. – Weiterhin gilt es, das Recht auf Privatsphäre zu schützen, wobei der Zugriff auf viele wissenschaftliche, statistische und vielen anderen Daten einer breiteren Öffentlichkeit ermöglicht werden muss. Sie sind für Forschung und Bildung gleichermaßen wichtig. Denn Wissen und damit Bildung sind der Schlüssel zum Erfolg. ■

*Dialog über
Open Data auf
dem Workshop
OPENsoutheast-
ASIA
© Forum Inter-
nationale Wis-
senschaft, Bonn*

Benefits and Challenges of Online-Education in Southeast Asia

In Southeast Asia, Online-Education is a new channel for people to gain knowledge. It is used as an alternative to an offline education, a sustainable learning tool and a self-promotion medium. There are various online education platforms that are divided into two types, *Massive Open Online Course* (known as MOOC) and *Educational Technology* (Edtech) business. MOOC is the online course aiming at unlimited participation with open access and providing high quality lectures. At the same time, Edtech business provides E-learning programs as commercial behaviors. *Topica*, *FUNiX*, *Kyna*, *Tienganh123*, are for instance the famous ones in Southeast Asia.

Both MOOC and Edtech business provide their own E-learning programs as well as cooperated courses with universities. Also, they approach various demand groups, from kids to adults, to students and occupational staffs.

There is a huge developing potentiality of Online-Education in Southeast Asia, but it still has to face some challenges like the high cost of establishing a system, uneven teaching quality and unfairness problems.

Break the space-time constraints

There are educational disparities and uneven educational resources distribution not only in urban and

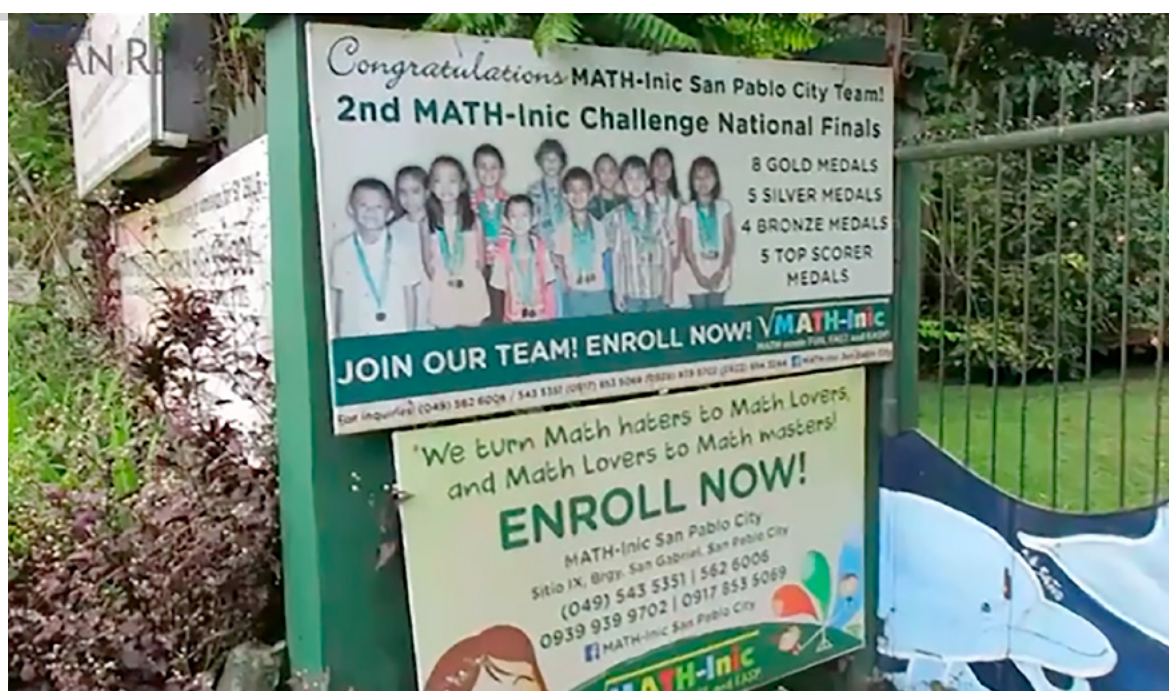
rural areas but also between countries in Southeast Asia. Due to the long distance between cities, it is impractical for students to move between cities to gain different knowledge. But with the new Edtech, the students can sit in the class, see the video online and learn.

And for the individuals, time and place are no more the impact factors. With the available online courses from E-Learning platforms, they can embrace worldwide knowledge resources, improve abilities without space-time constraints.

Compensate the shortages of teachers and educational materials in offline education

According to the statistics website *NationMaster*, the pupil/teacher ratio in the Philippines in secondary school is 34.81–1, ranks seventh worst among 195 countries. And on the basis of the statistics from *UNESCO Institute for Statistics*, the average pupil/teacher ratio in primary school in Southeast Asia is 26.5–1, and in secondary school is 22.8–1, which is just after Southern Asia and Sub-Saharan Africa. Southeast Asia has a lack of teachers because of the uneven teaching quality and educational resource distribution. And because of the disparities of the teaching qualities among regions, in order to fill the gap of the educational differences, the demand of the supplemental learning materials after class is also strong as well as in class.

Advertisement of one E-learning Platform in the Philippines
© NIKKEI ASIAN REVIEW





Discussion over Online-Education in Workshop Open Southeast Asia: Data, Networks, Civil Society, Southeast Asia
© Nadja Kützing, Forum Internationale Wissenschaft, Bonn

The online shared courses between schools, with the help of the Edtech company *Quipper*, helps to relieve the shortage. For example, the Philippines has reformed a 10-years elementary curriculum system to a 12-years system in their high school last year. Some schools were not ready for the two expansionary Grades, but some are ready. With such a service, students can learn continuing from other schools via web without gap.

Furthermore, in Southeast Asia, there are only two top universities according to *World University Ranking*. The Southeast Asians have less opportunities than for example the Westerns to approach a high quality education. But now, since many of the world's top universities have embraced the MOOC, the access to high quality education for the masses in Southeast Asia improved. And most MOOCs provide a certification after finishing the learning plan, although not for free, so it may be an alternative to traditional education. Besides, because of the non-profit service from MOOC, it provides opportunities to Southeast Asians who have no comfortable financial conditions.

From the aspect of Edtech business, ability-training is also supplied besides scientific knowledge. "*Kyna*" is one of the most famous Online-Education platforms in Vietnam. It provides different groups with various courses, for example, the "sense inspiring" for children, and professional advertisement designing for staffs. Although the Online-Education has strong points, it also has some embarrassing situations.

High cost

A public Online-Education system includes many processes. First of all, all the processes need a mas-

sive input of manpower and material resources. And then, from government's side, in order to let students learn online, the learning medium like computers, tablets should be provided to students. All the inputs are a heavy load for the national finance. As the report from UNESCO from 1999 to 2013 shows, the education spending of GDP in percentage in Indonesia, Lao PRD, Philippines, Thailand and Vietnam is less than four per cent, and the expenses are mostly on the offline public education. With such a national education spending, the Online-Education can just get a little support from national finance plan.

On the other hand, the cost of certification is high, too. Even if there are many platforms like MOOC, on which people can freely gain knowledge, people must pay a lot to get the certification if there is a demand of ability-proving after finishing the learning program on commercial E-learning platforms.

Otherwise, a personal computer is unaffordable for poor families in Southeast Asia. In the schools in the Philippines, annual fees for study materials via electronic products are 72 US-Dollars per student. According to the data from *World Bank* of the gross national income (GNI) in 2016, the GNI per head of Singapore is 53,224.27 US-Dollars, of Malaysia it is 10,071.17 US-Dollars, of Indonesia it is 3,415.83 US-Dollars, and of Cambodia it is 1,139.69 US-Dollars. An "Acer" laptop in the USA for example costs at least 700 US-Dollars, almost the one-fifth of the GNI of Indonesia. It seems that children and their families don't need to pay anything for the learning online. But actually, the charge of using Edtech or buying one computer is already a big problem for them.



0 ★ (0) 1 học viên

Trở thành vua bán hàng cùng SEO

ThS/ MBA. Nguyễn Phan Anh
Chuyên gia đào tạo, tư vấn và triển khai giải pháp về E-Commerce, E-Business, E-Marketing

~~500.000đ~~ **299.000đ**

express
Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

Diskussionsforum für

- **Elemente** & Strategien einer gewerkschaftlichen Anti-Konzessionspolitik
- Texte zu und aus **Theorie & Praxis** der internationalen ArbeiterInnenbewegung
- **Perspektiven** jenseits betrieblicher & nationaler Standortpolitik
- **Berichte** über nationale & internationale Arbeitskämpfe
- Debatten und **Kommentare** zur Politik der Ökonomie

Probelesen?!
kostenfreies Exemplar anfordern!!

Niddastraße 64 60329 FRANKFURT
express-afp@online.de
www.express-afp.info Tel. (069) 67 99 84



Uneven qualities and educational unfairness

There is still no standard or regulatory system for the Online-Education. Owing to the disparities of the teaching qualities and economic strength between countries, people will be taught in different quality levels online and offline but get equally authentication.

What's more, for instance, face to face communication is an important process during the acceptance of knowledge, but online education lacks it. The online-learners receive knowledge only via computers. Ideas, thoughts and questions aren't being expressed immediately, feedback from both sides cannot be received right away, an experience the online educationers should have like offline educationers. It influences the online educational quality seriously.

Conclusion

Maybe to make the situation better, the southeastern Asian governments could improve the government subsidies on the online education or give subsidies to students, schools or PC companies. Establishing a regulatory system of Online-Education and setting up an occupation standard to Edtech business to promote quality of teaching and teachers may also help to relieve the issues.

The Online-Education develops fast and strongly in Southeast Asia. It does not only provide an open access to new knowledge without time and space limits but also a supplementation to the offline education. Even though its tough issues are waiting to be solved, there is a huge potentiality of Online-Education to develop in the future.

References:

- › Nikkei staff writer. E-Learning combats Southeast Asia's teacher shortages. Nikkei Asian Review. 2017-02-23. <http://asia.nikkei.com/Business/Trends/E-learning-combats-Southeast-Asia-s-teacher-shortages>
- › Heubler, Friedrich. International Education Statistics. UNESCO. 2008-10-26.
- › <http://huebler.blogspot.de/2008/10/ptr.html>
- › NationMaster. Education > Pupil-teacher ratio, primary: Countries Compared.
- › <http://www.nationmaster.com/country-info/stats/Education/Pupil--teacher-ratio%2C-primary>

Vietnam und Laos: Nachhaltiger Naturparkschutz mit offenen Geo-Daten

von Wilfried Gebhardt

Der Autor arbeitet seit über 20 Jahren als Geograf für die Entwicklungszusammenarbeit in Südostasien und ist seit 1999 Mitglied der Südostasien Informationsstelle (SOAI)

Der Nationalpark Phong Nha-Ke Bang (PNKB) in Vietnam und das Naturschutzgebiet Hin Nam No (HNN) in Laos bilden zusammen das größte und bedeutendste Karstgebiet Südostasiens. Inmitten des indo-burmesischen Biodiversitäts-Hotspots gelegen, ist seine außerordentliche hohe Artenvielfalt weltweit einzigartig. Die vietnamesische Seite (Abb. 1) ist bereits UNESCO-Weltnaturerbe. – Fest steht aber auch: Das gesamte Gebiet kann langfristig nur gemeinsam erhalten werden. Und dafür gibt es seit einigen Jahren gefördert durch internationale Entwicklungshilfe eine grenzübergreifende Kooperation.

Eine Herausforderung dabei ist, dass PNKB und HNN trotz steigender Besucherzahlen weiterhin zu den ärmsten Regionen beider Länder zählen. Nach wie vor ist ein großer Teil der Bevölkerung auf illegale Nutzung der Ressourcen in den Naturgebieten angewiesen und werden Naturwaldflächen durch Monokulturen ersetzt. Dies gefährdet die ökologischen Lebensgrundlagen massiv und widerspricht den Schutzzielen, soziale Verwerfungen drohen. Alles würde sich nicht zuletzt negativ auf die Lebensqualität und die Anerkennung als Nationalparks auswirken.

Frühere staatlich verordnete Entwicklungsziele integrierten Naturschutzes waren in ihren Ansätzen stecken geblieben. Der neue Plan unter Koordination der Gesellschaft für Internationalen Zusammenarbeit (GIZ) umfasst hingegen den Aufbau eines Systems der Teilhabe in Form eines bilateralen Austauschs für

das Schutzgebiet Hin Nam No und den Nationalpark Phong Nha-Ke Bang insgesamt – inklusive Biodiversitäts-Evaluierung und -Monitoring sowie der Erarbeitung von *Livelihood*-Modellen zur Sicherung des Lebensunterhalts. Er soll außerdem als unterstützendes Beratungselement für die Innenpolitik beider Länder fungieren.

Das setzt eine technische Modernisierung und die Entwicklung von Planverfahren sowie eine begleitende Dokumentation und Öffentlichkeitsarbeit voraus. Geografen haben dazu Entscheidendes beigetragen. Dank ihrer Erstellung einer Grundkarte des gesamten Schutzgebietes (*joint base map*) lassen sich weitere Punkte des Maßnahmenkatalogs umsetzen. Sie verbessert die Wartung einer gemeinsamen Informationsplattform oder die Planung von Natur-

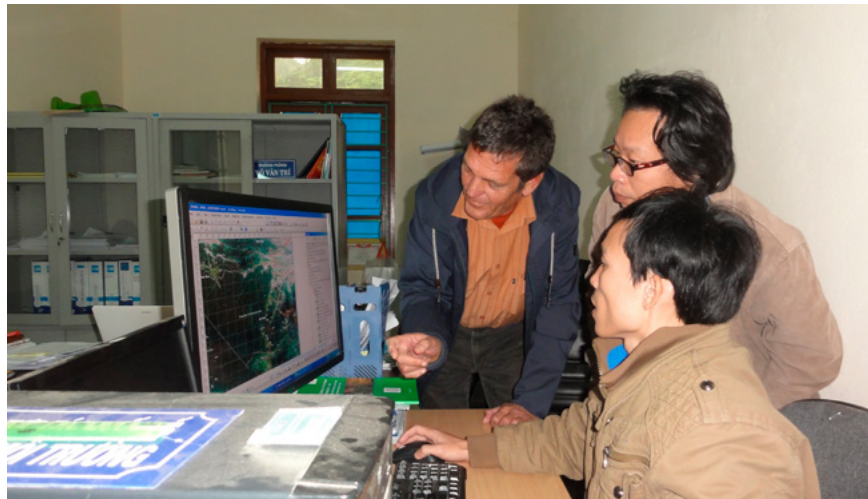


Abb. 2: Das Entwicklungsteam bei der Ausarbeitung der Grundkarte.
© Wilfried Gebhardt



Abb. 1: Eingangsbereich zum Nationalpark Phong Nha-Ke Bang, Vietnam
© Wilfried Gebhardt

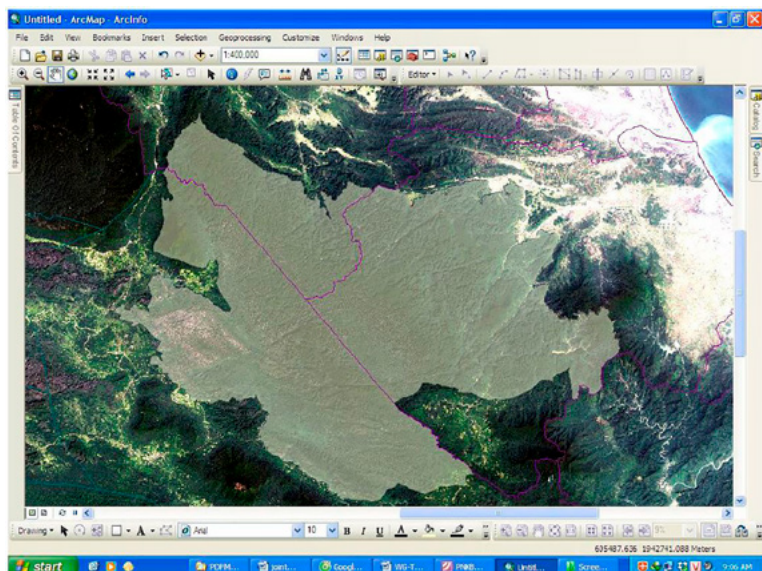


Abb. 3: Screenshot der Grundkarte.
© Wilfried Gebhardt

parkschutzaktionen im Vierteljahres-Zyklus wie etwa grenzübergreifende Waldpatrouillen.

Als Ausgangsbild für diese Karte diente eine Satellitenaufnahme von Landsat 2015. Sie wurde mit öffentlich zugänglichen Daten für das *Geographic Information System* (GIS) digital aufbereitet und standardisiert (Abb. 2). Diese Version war die Vorlage zur Erstellung von Datenbanken und separaten, OpenLayers-basierten Darstellungsebenen (Abb. 3) und der weiteren Konzeption (Abb. 4) bis zur Vervollständigung der Grundkarte (Abb. 5). Die Park-Ranger begeistert vor allem die Möglichkeit der Nutzung von Quantum-GIS-Daten für Smartphones in Verbindung mit Google Earth, bereitgestellt auf geschützten Ser-



Abb. 4: Präsentationsbesprechung der Grundkarte.
© Wilfried Gebhardt

vern. – Die Menge der verfügbaren Geo-Daten des Naturraums aus dem Internet und die hohe Qualität ihrer Verwertbarkeit für eine einheitliche Darstellung überraschte alle Beteiligten positiv. Das motivierte die politischen Entscheidungsträger einer gemeinsamen Veröffentlichung zuzustimmen. Laos will sich nun anhand dieser Grundkarte ebenfalls bei der UNESCO bewerben.

Der Umstieg von bloßen Absichtserklärungen zu einem konkreten Aktionsplan und seiner zeitnahen Umsetzung von 2014 bis 2016 bildet nun das Fundament für die langfristigen Ziele in der Region PNKB–HNN mit Naturerhalt, Landnutzungsplanung und Eindämmung illegaler Aktivitäten. In grenzüberschreitender Zusammenarbeit wacht ein Gremium aus fünf ständigen Mitgliedern über die Aktualisierung der Daten und beschließt weitere notwendige

Maßnahmen. Sie trägt Sorge für ein verbessertes Schutzgebietsmanagement, kommuniziert Erfahrungswerte und Fachwissen in die nationalen Organisationen und legt innenpolitische Rechenschaft ab.

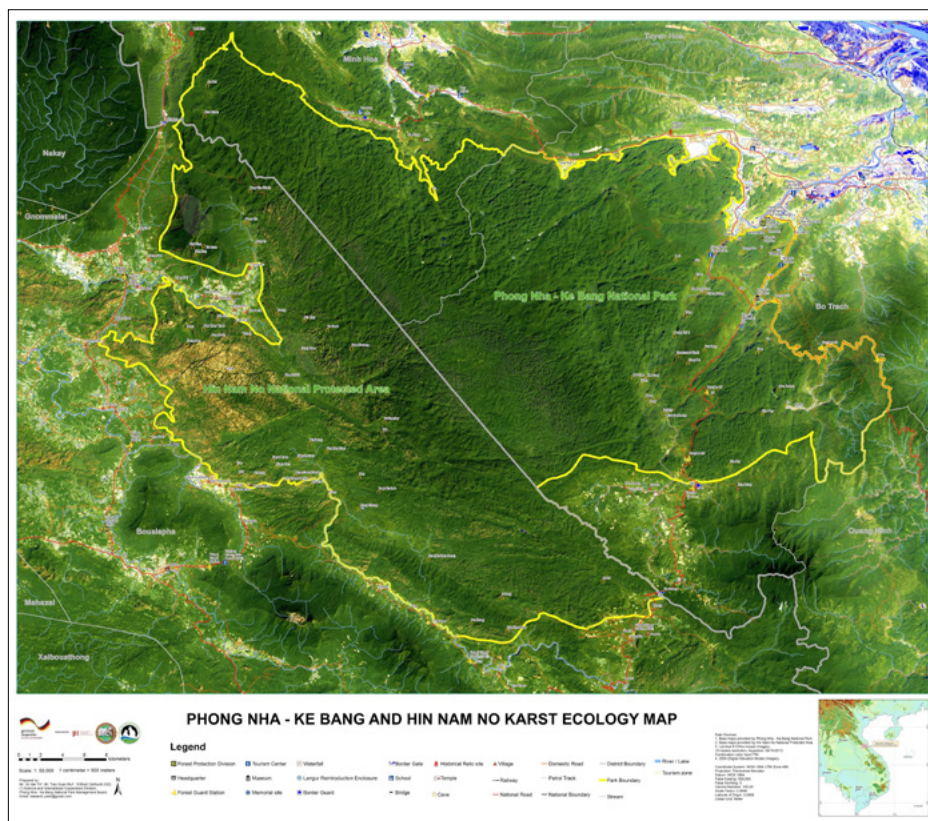


Abb.5: Die Endversion der Grundkarte
(final joint base map).
© Wilfried Gebhardt

KURZ NOTIERT

von Christopher Wimmer und Laura Faludi

Christopher Wimmer promoviert in Soziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Laura Faludi studierte Südostasienwissenschaften sowie Friedens- und Konfliktforschung. Sie arbeitet zurzeit bei Asia Justice and Rights in Dili, Osttimor.

Politbüro-Mitglied seiner Ämter enthoben

Dinh La Thang, Mitglied des höchsten politischen Gremiums des Landes, wurde aufgrund von Korruptionsvorwürfen seiner Position enthoben. Dies ist das erste Mal, dass ein Politbüro-Mitglied während seiner Amtszeit dieses Schicksal erleidet. Thang verlor gleichzeitig seine Position als Parteichef von Ho Chi Minh Stadt.

Der Korruptionsfall ist Teil einer größeren Untersuchung des Staatsunternehmens *Petrovietnam*. Der Energie-Mischkonzern arbeitete zwischen 2009 und 2011 unter Thangs

Vorsitz. Ein anderer ehemaliger Vorsitzender sowie 47 weitere Mitarbeiter*innen wurden bereits Ende 2016 verurteilt. Obwohl Thang selbst seit zwei Jahren von der Untersuchung betroffen ist, wurde er trotzdem im Januar 2016 als einer der 12 neu nominierten Mitglieder in das Politbüro aufgenommen. Seitdem hat sich jedoch die politische Lage verändert: Viele behaupten, der wahre Grund von Thangs Fall läge in seiner Nähe zum ehemaligen Premierminister Nguyen Tan Dung. Nach dem 12. Nati-

onalkongress in 2017 bezwang der konservative Flügel der Partei die von Dung geführten Progressiven; der Leiter der Konservativen, Nguyen Phu Trong, verlängerte daraufhin seine Amtszeit als Generalsekretär. Seitdem arbeitet er daran, Dung-nahe Funktionäre aus dem Politbüro zu entfernen. Der Rest bleibt Spekulation, da die Entscheidungen in der KPV wie immer hinter geschlossenen Türen getroffen werden.

8.5.2017, *Asia Times*

10.5.2017, *Tuoi Tre News*

Repressionen gegen Demokratiebewegung

Die Behörden in Vietnam haben fünf Mitglieder der Gruppe »Open Democracy Group« verhaftet. Ihnen wird vorgeworfen, den Sturz des Einparteiensystems vorzubereiten. Die *Open Democracy Group* forderte die sofortige und bedingungslose Freilassung ihrer Mitglieder. Zuerst wurden vier Personen, der protestantische Pfarrer Nguyen Trung Ton, der Ingenieur Pham Van Troi, der Journalist Truong Minh Duc und der Rechtsanwalt Nguyen Bac Truyen verhaftet, wie es in

einer Erklärung auf der Website des Ministeriums für Öffentliche Sicherheit heißt.

Die vier Männer wurden nach Artikel 79 des vietnamesischen Strafgesetzbuchs angeklagt, »Aktivitäten durchzuführen, die darauf abzielen, die Volksverwaltung zu stürzen«. Im Falle einer Verurteilung droht ihnen die Todesstrafe.

Wenige Tage später wurde in der zentralvietnamesischen Provinz Quang Binh ein weiteres Mitglied der Gruppe verhaftet. Nguyen Trung Tuc, ein ehemali-

ger politischer Gefangener, wurde aus seinem Haus in Handschellen abgeführt. »Um ca. 9.00 Uhr kamen fast 100 Uniformierte und Zivilbeamte zu uns nach Hause« so Trucs Sohn. »Sie zogen meinen Vater nach draußen, um Videos und Fotos zu machen. Dann zwangen sie ihn, einige Dokumente zu unterschreiben. Danach durchsuchten sie unser Haus und nahmen unsere Telefone und Dokumente mit, so Trucs Sohn weiter.

Radio Free Asia 31.7.2017

Radio Free Asia 4.8.2017

Verschleppung in der Bundesrepublik

Die Bundesanwaltschaft hat Mitte August die Ermittlungen wegen der Entführung des vietnamesischen Staatsangehörigen Xuan Thanh Trinh und seiner Begleiterin von der Staatsanwaltschaft Berlin übernommen.

Nach den bisherigen Erkenntnissen wurden die beiden Ende Juli in Berlin auf offener Straße in einen Transporter gezwängt. Trinh wird in seinem Herkunftsland vorgeworfen, als Geschäftsführer eines Staatsunternehmens einen Geldbetrag in dreistelliger Millio-

nenhöhe unterschlagen und sich anschließend ins Ausland abgesetzt zu haben. Den deutschen Behörden wurde von der Sozialistischen Republik Vietnam ein Auslieferungsersuchen übermittelt, über das noch nicht entschieden worden war. Von vietnamesischer Seite soll ein erhebliches Interesse an der Auslieferung von Trinh bestanden haben.

Nach den bisherigen Ermittlungen ist derzeit davon auszugehen, dass die Tatopfer in die vietnamesische Botschaft in Berlin

und von dort aus nach Vietnam verbracht worden sind. Wenig später berichteten vietnamesische Staatsmedien, Trinh sei freiwillig in die Heimat zurückgekehrt und habe sich gestellt. Seine Anwälte betonten hingegen, ihr Mandant hätte sich unter keinen Umständen freiwillig in die Hand vietnamesischer Behörden begeben, da ihn dort aus politischen Gründen kein rechtsstaatliches Verfahren erwarte.

Zeit Online 10.8.2017

Süddeutsche Zeitung 12.8.2017

KURZ NOTIERT

von Anke Timmann

Kein Fortschritt bei den Menschenrechten

Im Juli fand der fünfte Menschenrechtsdialog zwischen Australien und Laos statt. Bis 2021 will die australische Regierung die laotische Regierung bei der Umsetzung der Menschenrechte unterstützen. Dazu gehören u. a. die Effizienz- und Leistungssteigerung der Jurafakultät und der politikwissenschaftlichen Fakultät an der Nationalen Universität, die Implementierung der Vereinten Nationen. Bei der Umsetzung der Meinungs- und Pressefrei-

heit steht noch viel Arbeit bevor und nach wie vor verschwinden immer wieder Menschen. Im Mai 2017 wurden drei BloggerInnen in einer geheimen Gerichtsverhandlung zu unverhältnismäßig hohen Gefängnisstrafen von 12, 16 und 20 Jahren verurteilt, weil sie regierungskritische Kommentare auf ihren facebook-Seiten veröffentlicht hatten. Am 29. Juli wurde der thailändische Aktivist Wutthipong Kachathamkhun (alias Ko Tee), der seit 2014 in Laos im Exil

lebt, von zehn schwarz gekleideten und bewaffneten Männern entführt. Internationale Menschenrechtsgruppen fordern die internationale Gemeinschaft auf, sich für die Freilassung der Verurteilten einzusetzen und den Fall des verschwundenen Ko Tee aufzuklären.

The Strategist, 27.7.2017

Human Rights Watch, 17.7.2017

Voice of Asia, 26.6.2017

Radio Free Asia 1.8.2017

Australian Embassy in Laos, 24.7.2017

Neues Gesetz in Thailand zwingt laotische ArbeiterInnen nach Laos zurück

Im Juni hat Thailand entschieden, dass illegale ArbeiterInnen in Thailand mit bis zu fünf Jahren Haft oder bis zu 100.000 Baht (ca. 2.544 Euro) Geldstrafe verurteilt werden können. Die Entscheidung wurde nach Protesten von Unternehmen und AnwältInnen für 180 Tage suspendiert. Trotzdem sind Hunderte laotische ArbeiterInnen aus Thailand nach Laos zurückgekehrt, weil sie Strafverfolgung oder Ausbeutung befürchten. Viele laotische Arbei-

terInnen bekommen in Thailand den Minimumlohn und arbeiten in Bau und Agrarwirtschaft. Sie sind illegal nach Thailand gekommen, weil sie sich die offiziellen Gebühren von 20.000 Baht (ca. 508 EUR) nicht leisten können. Stattdessen zahlen sie an der Grenze ein kleineres Schmiergeld, um so nach Thailand einzureisen. Der illegale Status bringt manche LaotInnen in große Probleme und es gibt Beschwerden (u. a. auf facebook), dass die lao-

tische Botschaft in Bangkok ihre Landsleute nicht adäquat unterstützt. Thailand hat in Bangkok und Nongkhai Zentren eröffnet, um die laotische ArbeiterInnen zu unterstützen. Obwohl es einen Fachkräftemangel in Laos gibt, gehen viele ArbeiterInnen nach Thailand, wo die Löhne doppelt so hoch sind. Schätzungen zufolge leben in Thailand 170.000 LaotInnen illegal.

Radio Free Asia, 7.7.2017

Bangkok Post, 13.7.2017

Regierung reagiert mit Sondereinheit auf vermehrte Auseinandersetzungen um Land

Die Praxis des unrechtmäßigen Landerwerbs führte in den letzten Jahren vermehrt zu Auseinandersetzungen um Land. Das Ministerium für natürliche Ressourcen und Umwelt ordnete im Juni an, dass Provinz- und Distriktbehörden sich um die Landkonflikte auf Dorfebene kümmern sollen. Zwei aktuelle Beispiele zeigen die Brisanz des Themas. In der nördlichen Provinz Luang Prabang wurde Mitte Juli ein Dorf mit 55 Familien zwangsgeräumt, darunter viele KriegsveteranInnen.

Die *Duangpaseuth Construction Company* hatte das Land 2011 erworben. Gemunkelt wird, dass der Besitzer des Unternehmens das offizielle Ausschreibungsverfahren umgangen hat und es aufgrund guter Beziehungen zum ehemaligen Provinzgouverneur bekommen hat. Alternativ sollen Leistungen des Unternehmens in Land bezahlt worden sein, wenn die Gemeinde kein Geld hatte. In der südlichen Provinz Sekong streiten DorfbewohnerInnen schon seit elf Jahren gegen ein

vietnamesisches Kautschukunternehmen, das mehr Land als vertraglich vereinbart in Anspruch nimmt. Im Juli wurden nach nicht bestätigten inoffiziellen Angaben einige der DorfbewohnerInnen verhaftet, weil sie Kautschukbäume fällten. Erste Ergebnisse der Sondereinheit werden im Oktober 2017 erwartet.

Radio Free Asia, 1.8.2017

Radio Free Asia, 26.7.2017

Vientiane Times, 21.6.2017

■ Niemand leistet Hun Sen Widerstand

Kambodschas Premierminister Hun Sen ist bekannt für seine Drohungen. Dabei kommt es häufig zur rhetorischen Eskalation. Besonders die politische Opposition bekommt seine Wut regelmäßig zu spüren. Im Juni 2017 drohte er mit der Abschaffung der Opposition und riet allen Kritikern, sich einen Sarg zu besorgen. Im August 2017 zeigte Hun Sen abermals, wie ernst er es mit seinen Kritikern meint. So drohte er anlässlich eines von der Öffent-

lichkeit kaum wahrgenommen kritischen Facebook-Posts von einem Politiker der oppositionellen *Khmer Power Party* jedem mit Gefängnisstrafen, der solche Kritik als Karrieresprungbrett für sich sehen sollte. Es sei niemandem geraten, ihm Widerstand zu leisten, erklärte Hun Sen in einer Rede vor Studenten am 14.8.2017 in Phnom Penh. Er warnte die zukünftige akademische Elite, vorsichtig mit ihren Aussagen zu sein, andernfalls würden sie ver-

haftet. Weiter betonte er, dass er kein Diktator sei, aber ein demokratisches Land ohne Rechtsstaatlichkeit bedeute Anarchie. Die lange Liste politisch motivierter Verhaftungen, die systematische Ausschaltung von Regimekritikern und politischen Aktivisten in der 30-jährigen Amtszeit des Premiers unterstreicht seine sehr spezielle Auffassung von Demokratie.

Daily Mail, 21.6.2017

NY Times, 14.8.2017

Phnom Penh Post, 14.8.2017, 15.8.2017

■ Steuerbehörde jagt Medienagenturen und NGOs

Anfang August 2017 ordnete Premierminister Hun Sen steuerbehördliche Untersuchungen an, bei denen seitdem vor allem NGOs und regimekritische Nachrichtenagenturen im Fokus der Aufmerksamkeit stehen. Ein auf der regierungsnahen Nachrichtenplattform *Fresh News* veröffentlichtes Dokument der Steuerbehörde zeigt, dass von der regierungskritischen *Cambodia Daily* Steuerschulden in Höhe von 6,3 Million US-Dollar aus den Jahren 2007 bis 2016 nachgefordert wer-

den. Das Blatt selbst stellte klar, dass es ursprünglich als NGO gegründet wurde, um kambodschanische Journalisten auszubilden, es in dem betreffenden Zeitraum also noch kein wirtschaftliches Unternehmen gewesen war. Auch *Radio Free Asia* und *Voice of America* erhielten ähnliche Benachrichtigungen.

Die Regierung erntete harsche Kritik vom *Cambodia Center for Independent Media*: Diese Vorgehensweise sei lediglich dazu gedacht, vor den Wahlen unabhängige und kriti-

sche Medien unter Druck zu setzen. Inzwischen sind nun auch zwei NGOs für Menschenrechte auf der Steuerliste aufgetaucht sowie eine weitere zur Wahlbeobachtung. Durch die Anschuldigungen der Regierung würde den NGOs ein hoher bürokratischer und finanzieller Aufwand auferlegt, der die Arbeit der zivilgesellschaftlichen Akteure vorerst lahmlegen wird, so kritische Stimmen.

Phnom Penh Post, 7.8.2017,

14.8.2017, 15.8.2017

■ Neuer Report zu Grundfreiheiten

Am 10. August 2017 wurde der erste Jahresreport zur Untersuchung von Vereinigungs-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit des kambodschanischen *Zentrums für Menschenrechte* (CCHR) veröffentlicht – das „*Fundamental Freedoms Monitoring Project*“. Darin heißt es, dass in Kambodscha trotz guter rechtlicher Rahmenbedingungen ein systemischer Missbrauch der Gesetze stattfände. Es wurden im Vorjahr hunderte Verletzungen der fundamentalen

Menschenrechte in Kambodscha beobachtet. Dazu zählen 391 individuelle Fälle von allgemeinen Menschenrechtsverletzungen und weitere 60 Meldungen zu politischen Versammlungen, die polizeilich ohne jegliche Rechtsgrundlage beendet worden waren. Weiter wurden mehr als 590 Zwischenfälle gezählt, in denen die Regierung durch Taten oder Worte einen direkten Einfluss auf die Grundfreiheiten genommen hatte. In 61 Prozent dieser Fälle nutzte

die Regierung die Grundlagen des Rechtssystems unsachgemäß, um ihre Interessen durchzusetzen. Weiter benutze die Regierung das kambodschanische Recht dafür, regierungskritischen Akteuren Restriktionen aufzuerlegen. Laut CCHR sei diese systematische Überwachung der Zivilgesellschaft besonders besorgniserregend. Der gesamte Report ist auf der Webseite des CCHR zu finden.

Phnom Penh Post, 11.8.2017

Die Autorin studiert gegenwärtig die Masterstudiengänge Development Studies und Geografie: Kultur, Umwelt und Tourismus an der Universität Passau. Ihr Interesse an Myanmar entstand während eines elfmonatigen Praktikums mit anschließendem Forschungsaufenthalts im Jahr 2014.

Myanmar im Aufbruch – Veränderungen in der Medienlandschaft

Das Schlagwort in Myanmar lautet Veränderung, Veränderung nicht nur in Bezug auf die Nutzung von Medien, sondern auch in Bezug auf die Gesellschaft als Ganzes. Seitdem das Land im Jahr 2010 einen Liberalisierungs- und Demokratisierungsprozess begann, verzeichnet Myanmar einen massiven Anstieg an Internet- und Mobilfunknutzern. Im Vergleich zu anderen südostasiatischen Ländern liegt das Land zwar noch weit zurück, die rasant steigenden Nutzerzahlen lassen jedoch vermuten, dass diese Lücke bald geschlossen werden könnte.

Der rasche Anstieg an Mobilfunk- und Internetnutzern geht eng einher mit der Öffnung des Landes und dem damit steigenden Zugang zu Technologien und einer steigenden Zahl an internationalen Investoren. Im Jahr 2009 konnte eine SIM-Karte noch bis zu 2.000 US-Dollar kosten, was dem Großteil der Bevölkerung einen Zugang schlichtweg unmöglich machte. Gerade einmal ein Prozent der Bevölkerung konnte sich den Luxus eines Mobiltelefons zu diesem Zeitpunkt leisten. Heutzutage kostet eine SIM-Karte aufgrund von Investitionen internationaler Unternehmen etwa 1,50 US-Dollar. Allein im Jahr 2015 verdoppelte sich so die Zahl der Mobiltelefonnutzer von 15 auf 30 Millionen.

Das starke Wachstum der Mobiltelefonnutzer wird begleitet von einer steigenden Inanspruchnahme von Onlinediensten und sozialen Medien wie Facebook, Twitter und YouTube. Diese neuen Kommunikationsmöglichkeiten bringen Änderungen mit sich, die nicht nur Online-Konsumenten, sondern auch die Regierung stark beeinflussen. Die neuen Technologien haben die Art und Weise, wie

Menschen untereinander, aber auch mit ihrer Regierung kommunizieren, verändert. Sie ermöglichen eine stärkere Partizipation am alltäglichen und politischen Geschehen. Die Erwartungen der Bevölkerung an Dienstleistungen und Teilhabe durch das Web 2.0 steigen ebenso rasant wie die Anzahl der Nutzer. Trotzdem ist das Thema der Medienfreiheit bisher kein zentrales Thema für die erste demokratisch gewählte Regierung Myanmars.

Verschiedene Entwicklungen deuten auf eine steigende Diversifikation der Medienlandschaft Myanmars hin. Gleichzeitig bleiben die Medien im Land stark zensiert, insbesondere in Bezug auf politische Leitideen. Die Regierung setzt eine strenge Kontrolle über den medialen Sektor durch strenge Gesetze, die auf die Ära der Militärregierung zurückgehen, und strenge Zensur fort. Neben Strafverfolgungen laufen Medienarbeiter, die sich kritisch über die Regierung, religiöse Gruppen, das Militär, Rebellengruppen oder andere einflussreiche Parteien äußern Gefahr, bedroht zu werden oder sogar physische Gewalt zu erfahren. Auf der Rangliste der Pressefreiheit der internationalen Nichtregierungsorganisation *Reporter ohne Grenzen* schafft es Myanmar daher gerade einmal auf Platz 131 von 180 untersuchten Ländern.

Myanmars mobile Revolution

Der Konsumentenmarkt für digitale und mobile Kommunikation in Myanmar hat im Wesentlichen die Entwicklungsphasen anderer Wirtschaften übersprungen und sich mit rasanter Geschwindigkeit entwickelt. Für internationale Unternehmen hat sich hier ein potentiell interessantes Testgebiet für internetbasierte Geschäftsmodelle ergeben. In einem Bericht des Telekommunikationsausrüsters Ericsson heißt es, dass sechs Prozent der neuen Mobilfunkteilnehmer weltweit aus Myanmar kommen. Der Mobilfunkmarkt in Myanmar wächst somit weltweit am viertschnellsten. Zusätzlich gaben die beiden Marktführer im Telekommunikationsgeschäft Myanmars, Telenor und Ooredoo an, dass für 80 Prozent der Mobiltelefonnutzer im Land das Smartphone das erste Mobilfunkgerät ist, das sie jemals besessen haben. Die internetfähigen Geräte sind bereits ein gewaltiger Entwicklungssprung in der Informationstechnologie und ermöglichen den Nutzern, auf internationale Medien zuzugreifen.

Eine Herausforderung für Myanmar wird es sein, mit der raschen digitalen Transformation mitzuhalten. Dabei geht es nicht nur um den Zugang zu Technologien, sondern auch um das Wissen, wie mit die-

Infobox

Die Union Myanmar ist das flächenmäßig größte Land in Festland-Südostasien. Das Land, das bis Ende der 1980er Jahre Burma hieß, hat gemeinsame Grenzen mit der Volksrepublik China im Norden, Laos im Osten, Thailand im Südosten und Bangladesch und Indien im Westen. Die ehemalige britische Kolonie erlangte ihre Unabhängigkeit 1948 und wurde seit 1962 von verschiedenen Militärregimen kontrolliert. Im Februar 2011 wurde Thein Sein zum Präsidenten Myanmars gewählt. Der ehemalige General begann daraufhin mit einer Öffnung des Landes und leitete einen Liberalisierungs- und Demokratisierungsprozess ein. Aktuell ist Htin Kyaw Präsident, der der Partei National League for Democracy (NLD) angehört, deren Vorsitzende die Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi ist. Die Partei erhielt bei den Wahlen im November 2015 77 Prozent der Sitze im Parlament. Trotz der Öffnung des Landes leidet Myanmar unter Menschenrechtsproblemen, die unter anderem durch ethnische und religiöse Spannungen hervorgerufen werden.

sen umzugehen ist. Die Schwierigkeit liegt in der Bildung von Humankapital. Zum einen geht es um die Ausbildung von professionellen Informatikern und Medienspezialisten, die das Wissen haben, die Digitalisierung der Region weiter auszubauen, zum anderen aber auch darum, dass die Bevölkerung Myanmars lernt, mit den neu gewonnenen Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten verantwortungsvoll und besonnen umzugehen.

Legale Herausforderungen

Vor einer weiteren Herausforderung steht insbesondere die Regierung rund um Htin Kyaw und Aung San Suu Kyi. Myanmars ehemalige Militärregierung hat strenge Regulierungen der Medienlandschaft vorgenommen. Für Jahrzehnte war Myanmar eines der Länder mit der niedrigsten Pressefreiheit weltweit, was unzählige Journalisten aus Angst vor Verhaftungen ins Exil trieb. Die Regierung begann unter der Führung von Thein Sein mit dem Abbau dieser Regulierungen. Mit der Wahl der NLD im Jahr 2015 und der Bildung der ersten parlamentarisch gewählten Regierung Anfang 2016 gingen große Hoffnungen auf größere Pressefreiheit einher. Bis heute, über ein Jahr nach dem Amtsantritt der Regierung, ist jedoch erstaunlich wenig in Sachen Pressefreiheit geschehen. Aufgrund von restriktiven Gesetzen, Marktmonopolen und unklaren Vorschriften in Bezug auf den Zugang zu Informationen gibt es immer noch wenige Möglichkeiten für unabhängige Medien, im Land Fuß zu fassen.

Aung San Suu Kyis NLD-Regierung hat es bisher zum Beispiel nicht geschafft, umstrittene Gesetze abzuschaffen, wie das Verbot, über Themen zu berichten, die als Gefahr für die nationale Harmonie und Sicherheit angesehen werden könnten. Des Weiteren ist es bisher nicht gelungen, eine Umgebung für Medien zu schaffen, in der unabhängige Journalisten und Journalistinnen ihren Beruf frei und unbelastet ausüben können. Die größte Bedrohung für unabhängige Berichterstattung stellt dabei die Sektion 66(d) des Telekommunikationsgesetzes dar. Die Formulierung des Abschnitts ermöglicht eine dreijährige Inhaftierung für den Fall einer Verleumdung über Kommunikationsnetzwerke, inklusive sozialer Medien. Während das Gesetz unter der Militärregierung nur gelegentlich zur Anwendung kam, wird es unter der Regierung Aung San Suu Kyis immer häufiger von Politikern, Militärangehörigen und sogar von buddhistischen Mönchen genutzt, um vor allem Online-Kritik in sozialen Medien zu unterbinden.

Vor allem lokale Gruppen drängen auf positive Veränderungen. Im Mai 2017 veröffentlichten mehrere lokale Medien und Rechtsgruppen unter der Leitung von *PEN International* eine Wertungsliste, in der sie die Bedingungen für Meinungsfreiheit im Land beurteilten. Demzufolge habe Aung San Suu Kyis

Regierung »signifikant versagt«. Die Regierung habe es versäumt, Medienfreiheit und Ausdrucksfreiheit angemessen zu fördern, so der Bericht. Insbesondere das Telekommunikationsgesetz von 2013, das Elektronische Transaktionsgesetz von 2004 und das offizielle Amtsgeheimnisgesetz stehen häufig in der Kritik und bleiben weiter bestehen.

Wie geht es weiter?

Für einen dauerhaften Erfolg im Übergang zur Demokratie sind unabhängige Qualitätsmedien dringend notwendig. Es fehlt an vielen Stellen an technischem Verständnis und Geschick. Die Berichterstattung über viele politische, ökonomische und soziale neue Themengebiete wie die nationalen und regionalen Parlamente, eine unabhängige Zentralbank und neue Gesetze ist häufig kompliziert und unvollständig. Darüber hinaus ist eine kritische Berichterstattung über andere politische Aktivitäten wie die Haushaltsberatungen, die Dezentralisierung, die Korruptionsbekämpfung und die ethnischen Konflikte erforderlich.

Myanmar steht nach wie vor großen Veränderungen und Herausforderungen gegenüber. Es gilt, den Umgang mit den Medien, aber auch mit der Demokratie zu erlernen. Dieser Lernprozess bezieht sich auf die gesamte Bevölkerung des Landes. Jeder neue Mobiltelefonnutzer muss den Umgang mit der neu gewonnen Informationsmenge lernen. Dabei geht es nicht nur um den Zugang zu Informationen, sondern vor allem auch um die Filterung, Prüfung und Verarbeitung von Inhalten. Ebenso wie die Bevölkerung Myanmars muss auch die Regierung lernen, mit Medien umzugehen. Es ist die Aufgabe einer demokratischen Regierung, die Menschenrechte, Meinungsfreiheit und Pressefreiheit zu gewährleisten, um ihren Bürgern das bestmögliche Angebot an qualitativ hochwertig recherchierten und einfach zugänglichen Informationen zu ermöglichen.

Innerhalb weniger Jahre hat es das Land geschafft, sich von einer der weltweit isoliertesten Militärdiktaturen zu einer Demokratie zu entwickeln, in der jüngere Generationen wieder Hoffnungen und Wünsche haben. Der Anschluss an die Welt, nicht zuletzt durch Mobilfunk und Internet, ist bereits erfolgt. Die Entwicklungen in Myanmar haben ein so rasantes Tempo, dass es fast verwunderlich wäre, wenn die NLD-Regierung es schaffen würde, bei allen Anforderungen, Hoffnungen und Wünschen mitzuhalten, die im Vorfeld an sie gestellt wurden. Trotzdem, oder gerade deswegen, ist es die Verantwortung des Staates, sichere Rahmenbedingungen zu ermöglichen, in denen sich eine freie, unabhängige Medienlandschaft entwickeln kann. Die Medien sind auf dem Vormarsch und die Veränderungen in Myanmar sind noch längst nicht abgeschlossen. ■

Literatur

PEN International (2017) *Scorecard Assessing Freedom of Expression in Myanmar* <http://progressivevoicemyanmar.org/wp-content/uploads/2017/05/First-Annual-Freedom-of-Expression-Scorecard-.pdf>

The Janus Face of Social Media in Myanmar

The author is currently studying his Master in Development Studies at the University of Passau. His deeper interest in Myanmar aroused while traveling through the country in 2016.

New technologies always open doors for new activities and that with the greatest socio-political impact in early 21st century are the internet and social media. The Arab Spring in 2011 proved more than any other revolution before its great potential when the social media offered the people an easy way getting connected, organizing protest marches, and supporting movements. Hence, they are associated with a positive image being a 'motor for democratization,' promising freedom of speech. However, what happens if social media is used to promote racism, hatred and evil propaganda instead?

Since the last couple of years, Myanmar is in a transition phase politically as well as socially. While the internet plays a prominent role in this process, especially Facebook has on the one hand opened new possibilities for the Burmese to get informed and advance their opinions in public. On the other hand, many people have learned to distrust the traditional media, which have been censored and manipulated by the military government for decades. This is also why they think "Facebook is an official media and take it for real," as Phyu Phyu Thi, cofounder of the *Myanmar ICT for Development Organization*, states (cf. Einzenberger, 2016).

"The Buddhist Face of Terror"

At least such a good faith in Facebook posts prepares a breeding ground for protagonists willing to spread misleading information, hate speech and rac-

ist taunts as well. In Myanmar, the most infamous man making use of modern day intermediary channels in this spirit is probably Ashin Wirathu, a radical Buddhist monk based in Masoyein Monastery in Mandalay. Due to his hatred speech and rampant statements, he has gained an international reputation being the "Burmese Bin Laden." In 2013, the *Time Magazine* eventually spent him a counterfeit on a front page, labelled "The Face of Buddhist Terror."

Wirathu spearheads an ultranationalist group called the *969 Movement*, steering campaigns against the country's Rohingya Muslim minority. Their credo is that Muslims want to build an 'Islamic state' in Myanmar, and therefore Buddhists would need to fight them. So it has happened the group handed out campaign stickers featuring the number "969." But while that number originally represents the Buddha's attributes and Buddhist peaceful virtues, here it means something different though: marking Buddhist-owned stores, taxis and houses and other businesses; Buddhists are urged to only buy in 'their own' shops.

In 2003, Wirathu had already been sentenced to twenty-five years in prison for hate speech and causing uproar with violent clashes and death, but then granted amnesty in 2010. Again there were skirmishes between Buddhists and Rohingya in June 2012 in Rakhine state, killing 200 and making over 100,000 people losing their homes (cf. Coclanis, 2013). Nowadays, many still believe that his words would instigate Burmese to violent actions. According to the international NGO *Institute for War and Peace Reporting*, while hate speech and anti-Muslim sentiments on social media in Myanmar have been increased, the social tensions grew likewise.

The Impact of Social Media

It is no recent phenomenon that propaganda and disinformation are distributed under the appearance of 'freedom of expression' anyway. Yet the social media can do this even faster and more effectively. But how would this work out in Myanmar?

As an example, the sermons and preaches of Wirathu are videotaped and then shared via the internet. One of his most notorious ones starts with the words: "Whatever you do, do it as nationalist!". The statements in the following approve his malicious motivation, instructing the Burmese to boycott Muslims, who are "enemies of the people" – claiming they would steadily increase and become a threat to Buddhism in Myanmar – just ignoring the fact the Muslim minority makes only about four percent in

Buddhist monk with cellphone in Myanmar
© Alessandro Gullo



a population of 55 million. Nonetheless, being told this in interviews, Wirathu simply objects Muslim men would marry Buddhist women and force them into conversion. Despite all of his twists of reality, the far-right monk is still gaining nationwide popularity. So far the rising fear of Muslim domination has taken several hundred lives since 2012.

And there are many other social media posts to blame for eruptions of violence. So in early June 2014, a canard spread in Mandalay, saying a Muslim man raped a Buddhist woman. Wirathu picked this up and reposted it. The riots in the following caused two dead and many more injured. Wirathu was then accused of agitation. Very likely this is also due to the fact that he has had more than 350,000 followers on Facebook. This assumes a tight connection of social media and the great impact on the users affecting their real lives, especially when there's a big community. As the social media inherit the power to rally people fighting for freedom and democracy, on the other side they can be misused to incite racism, turmoil and even murder.

Populist Policies on the Net: The Case of Germany

The internet has opened new paths to reach the masses and to promote opinions, policies and ideologies. From Myanmar over the United States to Europe – social activists and politicians of any color globally recognized how to spread their messages through social media. And especially nationalist movements seem to see their chances.

Comparable to Myanmar, parts of the German society distrust the traditional media and think they hide information. For this reason during the last couple of years many Germans support the right-wing populist *Alternative für Deutschland* (AfD), and made them the most followed German political party on Facebook. The followers rely on the AfD version of news, as only they 'dare to speak out the truth.' The suspension of investigative journalists at AfD conventions wouldn't cast any doubt among the party's promoters either (Lohse, 2016).

Wirathu alike, the AfD suspects evil forces from outside threatening national values – especially Muslims. Figure 2 (Screenshot Facebook Post AFD; @alternativefuerde) shows a Facebook post, stating "Turks want a sharia state," and immigrant "integration has totally failed." The AfD argues that "64 percent" of all Germans with Turkish descent voted in favor of the Turkish constitutional referendum on 16 April 2017; yet the party conceals while 700,000 (from approximately 1.4 million people allowed) voted at all, only from those 64 percent were pro, making 450,000 voters. Further taking in consideration, that there are currently about three mil-



lion (Desttis.de, 2017) "Deutsch-Türken" ("German Turks," as the AfD calls them), in the end only 15 percent in Germany voted pro. – This is evidence how facts are falsified by incomplete information!

So the AfD wants to establish their own reality for their supporters, and not allow any critical debate about their policy at the same time. The party just makes itself out to be a harbor for the so-called 'citizens in rage' ("Wutbürger"), who accepts the 'reality' the AfD sees it without questioning, as long as they have the feeling that their voice is being heard.

It looks like the blind trust in social media contents like on Facebook has nothing to do with cultural or national background, but rather with personal preferences and beliefs, though. That is what the similar sentiments in two countries highly different in cultural, political and economic terms reveal.

What We Can Do

The social media are not the root of nationalist and populist actions and campaigns, as aren't the dramatic consequences. But we just have to accept that they are the modern way of spreading disinformation and hate. – Regarding Myanmar, the conflict between Muslims and Buddhists has also been lasting for many years, such as in the 1980s the civil rights of the Rohingya were revoked. Since then the minority permanently faces latent violence and persecution. What's new is that there can be country-wide spontaneous outbursts of rage due to nationwide Facebook posts raising the crowds.

Besides, there is good news, too. In March 2017, the highest religious authority in Myanmar banned Wirathu from performing sermons for one year. This decision is based on the conclusion that his acts and speeches lead to hate and civil strife. Ironically, this issue also shows Wirathu's big sphere of influence.

Screenshot Facebook Post AfD; @alternativefuerde

Traditional Myanmar moving fast into modern times. Evening impression at Shwedagon Pagoda, Yangon.
© Alessandro Gullo



Anyway, the core problem remains the naïve attitude of many users towards the Janus-faced character of social media – as much in developing countries like Myanmar as in Western countries like Germany. According to the *United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (UNESCO)*, that's a matter of "low media and information literacy rate." – But how to deal with it? It's not enough to only take Facebook and other social media players into responsibility, though it's crucial to know about their amplifying roles.

While now the web consumers are scrolling down the contents and using online apps, they are exposed to masses of information which they scan and evaluate within seconds. Any web browser interaction like viewing sites or answering to posts is tracked by algorithms running in the background. And since we are all web consumers, we must be aware that dependent on our user behavior we are steadily creating personalized contents and filter

bubbles by ourselves on behalf of these algorithms – and that this narrowed down information data are echoed back to us! So frankly speaking, we are probably victims of our own *liking* and *following*. Hence, at the least every one of us needs to use social media more mindfully, check for the news sources – and teach this awareness to others. ■

Literature

- › Coclanis, P. (2013). *Terror in Burma: Buddhists vs. Muslims*. World Affairs Journal.
- › Destatis.de. (2017). *Staat & Gesellschaft – Migration & Integration – Statistisches Bundesamt (Destatis)*.
- › Einzenberger, R. (2016). "If It's on the Internet It Must Be Right": An Interview with Myanmar ICT for Development Organisation on the Use of the Internet and Social Media in Myanmar.
- › Lohse, E. (2016). Eine eigene Wirklichkeit für die Anhänger. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*.

Taung Paw Camp in Rakhine State – Burma. Retrieved from <https://www.flickr.com/photos/foreignoffice/8280608775>
© Foreign and Commonwealth Office, London, UK



■ Militärpräsenz in Rakhine: Sicherheit für wen?

Die Lage im Norden des Rakhine-Staates hat sich in den letzten Monaten verschärft. Laut staatlichen Angaben zählt dieses Jahr bis jetzt 59 Tote und 33 Verschwundene. Darunter angeblich rund 20 Muslim*innen, die mit den Behörden kooperiert hatten. Die Regierung Myanmars vermutet ein »terroristisches Rohingya-Netzwerk« hinter den Taten. Das Militär soll inzwischen eine Aufklärungsmission gestartet haben. Aufgrund von Überfällen auf myanmarische Grenzposten durch eine angeb-

lich extremistische Rohingya-Gruppierung im Oktober 2016 war die Region an der Grenze zu Bangladesch abgeriegelt worden. Nachfolgende Operationen des Militärs und der Polizei hatten zu massiven Menschenrechtsverletzungen, Vertreibungen und zur Massenflucht von Rohingya und Muslim*innen geführt. Lokale und internationale Menschenrechtsorganisationen berichteten von zahlreichen Vergewaltigungsfällen und außergerichtlichen Tötungen durch staatliche Sicherheits-

kräfte. Die *Arakan National Party*, die sich für die Interessen buddhistischer Rakhine stark macht, forderte die Regierung inzwischen dazu auf, die Sicherheitsmaßnahmen in der Region zu verstärken. Dabei wurde die Militärpräsenz laut Pressemeldungen bereits um hunderte Truppen verstärkt. Eine langfristige Konfliktlösung und die Verbesserung der sozioökonomischen Lage in Rakhine rücken damit in weite Ferne.

The Irrawaddy 21.8.2017
Radio Free Asia, 11.8.2017

■ Wo sind die Frauen im Friedensprozess?

Bei den Friedensverhandlungen zwischen Regierung, Militär und bewaffneten ethnischen Gruppen sind weibliche Akteure weiterhin eine Randerscheinung. Obwohl sich Fraueninitiativen schon seit Jahren oder gar Jahrzehnten in der Friedens- und Konfliktlösungsarbeit engagieren, wird ihr Know-how bisher kaum nachgefragt. Im August 2017 kam das *Women, Peace and Security Forum* in Yangon zusam-

men, um Veränderungen anzustoßen. 180 Teilnehmerinnen aus allen Teilen des Landes diskutierten über den Stand der Partizipation von Frauen im Friedensprozess, die Prävention sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt sowie die Bekämpfung von Diskriminierung. Eine zentrale Forderung ist die Einbeziehung von weiblichen Delegierten in die Diskussionen zum Thema Sicherheit. Frauen kennen die Probleme

der eigenen Gemeinden sehr viel besser als Männer, betont Lu Mai von der *Kachin Baptist Convention*. Gerade in den Binnenflüchtlingscamps sind Frauen oft das Rückgrat der Haushalte und Gemeinden. Laut Regierungsinformationen lag der Frauenanteil bei der letzten Friedenskonferenz im Mai 2017 gerade einmal bei 17 Prozent.

The Irrawaddy 21.8.2017

■ Schlechte Zeiten für Meinungs- und Pressefreiheit

Unter der seit April 2016 amtierenden *National League for Democracy* (NLD)-Regierung von Staatsberaterin Aung San Suu Kyi sieht es für die Medienfreiheit in Myanmar zunehmend düster aus. Journalist*innen sehen sich landesweit Bedrohungen, Einschüchterungen und Berichterstattungsverboten ausgesetzt. Myanmar falle auf die untersten Plätze der Rangliste der Pressefreiheit ab, bestätigte die Menschenrechtsorganisation *Fortify Rights*. Dabei werden insbesondere zwei umstrittene Gesetze genutzt: Der *Unlawful Associations Act* von 1908 wird von den

Behörden seit jeher dazu eingesetzt, Menschen, die verdächtigt werden, einer »rechtswidrigen Vereinigung« anzugehören, oder auch an Treffen solcher teilnehmen, willkürlich zu inhaftieren. Das Militär wendet es häufig gegen ethnische Minderheiten und deren Armeen an. Drei Journalist*innen des Nachrichtenmagazins *Irrawaddy* und der Organisation *Democratic Voice of Burma* droht gegenwärtig bis zu drei Jahren Haft. Sie hatten im Juni 2017 zur Berichterstattung an der alljährlichen Drogenverbrennungszeremonie der *Ta'ang National Liberation*

Army im Rahmen des Internationalen Tages gegen Drogenmissbrauch teilgenommen. Weit häufiger wird jedoch Paragraph 66(d) des Telekommunikationsgesetzes verwendet, der u. a. die Verleumdung von Personen im Rahmen der Nutzung eines Telekommunikationsnetzwerks unter Strafe stellt. Der Journalist Kyaw Min Swe von der Lokalzeitung *The Voice* steht gegenwärtig wegen Missachtung des Paragraphen vor Gericht. Er hatte einen satirischen Beitrag über einen Propagandafilm des Militärs veröffentlicht.

Democratic Voice of Burma 4.8.2017
The Diplomat 10.8.2017

Die Autorin ist freie Journalistin. Sie hat mehr als dreizehn Jahre als Südostasien-Korrespondentin in Bangkok gearbeitet. Im Herbst 2015 ist sie nach Europa zurückgekehrt.

Demokratie in weiter Ferne

Thailand drei Jahre nach dem Militärputsch

Seit sich Thailands Militär am 22. Mai 2014 an die Macht geputscht hat, geraten Kritiker immer mehr unter Druck. In Zweckgemeinschaft mit dem unpopulären König Vajiralongkorn sucht die Junta ihre eigenen Machtansprüche und die des übrigen alten Establishments langfristig zu festigen

»Das waren drei verschwendete Jahre«, hieß es in den sozialen Netzwerken über die Folgen des Putsches, durch den die gewählte Regierung unter Yingluck Shinawatra gestürzt worden war. Die im Exil lebende Aktivistin Suda Rangkupan, die einst Linguistik an der Bangkokener Chulalongkorn-Universität lehrte und für eine republikanische Staatsform kämpft, erklärte, für manche Leute habe es zwei Jahre gedauert, zu realisieren, worum es bei dem Staatsstreich ging: Es sei geputscht worden, um nach dem Tod von König Bhumibol Adulyadej das Überdauern des »Bhumibolistischen Regimes« (des royalistischen Regimes der Ära Bhumibol, Anm. d.A.) zu garantieren. »Militär und Eliten wollten den kompletten Zugriff auf Verwaltung und Parlament, daher bestand für sie der einzige Weg darin, der gewählten Regierung die Macht zu entreißen«, so Suda.

Derweil sind Einschüchterungen und Festnahmen fast ebenso alltäglich wie politisch motivierte Prozesse, in denen die Justiz als Erfüllungsgehilfin des Militärs dient. Dazu gehört ein Gerichtsverfahren gegen Yingluck wegen angeblicher Pflichtverletzung im Amt in Zusammenhang mit staatlichen Reis-Subventionen, wodurch Milliarden von Dollar versickert sein sollen. Doch zur Urteilsverkündung am 25. August erschien die 50-Jährige nicht. Kurz darauf wurde bekannt, dass die ehemalige Premierministerin außer Landes geflohen war. In ersten Reaktionen äußerten viele Verständnis dafür: Yingluck, der

bis zu zehn Jahre Gefängnis drohen, hätte niemals ein gerechtes Urteil bekommen. An jenem Freitag erhielten der frühere Handelsminister und weitere Angeklagte wegen ähnlicher Vorwürfe jahrzehntelange Haftstrafen. Gegen Yingluck selbst erließ das Oberste Gericht Haftbefehl und verschob die Verkündung des Urteils in ihrem Fall auf den 27. September.

Unter dem Deckmantel von »Reformen« will die Junta ihre Macht insbesondere durch die neue Verfassung zementieren – Thailands zwanzigste seit dem Ende der absoluten Monarchie 1932. In dieser künftigen Scheindemokratie ist festgeschrieben, dass ein vom Militär ernannter Senat und andere regimetreue Gremien ein Veto-Recht haben und gewählte VolksvertreterInnen derart gängeln können, dass deren Spielraum gegen Null tendiert. Außerdem hat man sich die Möglichkeit eingeräumt, einen nicht gewählten Regierungschef zu installieren.

Eigentlich sollte die Anfang April von König Vajiralongkorn unterzeichnete Verfassung schon zwei Monate früher in Kraft treten. Doch dieser hatte sich quer gestellt: Die Junta brüskierend, forderte er die Änderung mehrerer Passagen. Dabei ging es dem selbst von Royalisten verachteten Lebemann keineswegs um den undemokratischen Inhalt, sondern darum, seine Befugnisse als offiziell konstitutioneller Monarch auszudehnen. Vajiralongkorn, der am 1. Dezember 2016 zum neuen König proklamiert worden war und sich bekanntlich öfter in Bayern aufhält als in Bangkok, beharrte unter anderem darauf, während seiner häufigen Abwesenheiten keinen Regenten einsetzen zu müssen.

Eine Reihe von BeobachterInnen sieht durch diese Einmischung die Anfänge einer neuen absoluten Monarchie heraufdämmern. Andere hingegen sind überzeugt, dass Vajiralongkorn die neue Verfassung lediglich seinem exzentrischen Lebensstil anpassen wolle. »Er will die Krone, aber nicht den Job«, schrieb der thai-britische Akademiker, Aktivist und Autor Giles Ji Ungpakorn, der bereits 2009 aufgrund von Anschuldigungen wegen Majestätsbeleidigung ins britische Exil geflohen war, in seinem Blog »Uglytruth Thailand«.

Rapide schrumpfende Freiräume

Unterdessen schrumpft die Presse- und Meinungsfreiheit in Thailand, das auf der aktuellen Rangliste von *Reporter ohne Grenzen* Platz 142 von 180 Ländern belegt, sichtlich weiter: Kürzlich wurde mit Pravit Rojanaphruk einer der prominentesten Journalis-

Demonstration gegen den Putsch
© Holger Grafen



ten des Landes der Aufwiegelung und des Verstoßes gegen das berüchtigte »Computerkriminalitätsgesetz« beschuldigt. So drohen Pravit, einem ausgewiesenen Kritiker des Militärs, der bereits zwei Mal von der Junta interniert worden war, bis zu 14 Jahre Haft.

Davon abgesehen hatte die Junta zuvor unter Strafandrohung jeden Onlinekontakt mit drei Männern verboten, die sie aufgrund ihrer anhaltenden Kritik am Königshaus als »Staatsfeinde« ausgemacht hat: Es handelt sich um den Politikwissenschaftler Pavin Chachavalpongpun und den Historiker Somsak Jeamteerasakul, die beide im Exil leben, sowie den schottischen Journalisten und Autor Andrew MacGregor Marshall, dessen Buch »A Kingdom in Crisis« in Thailand auf der schwarzen Liste steht. In einem im Mai veröffentlichten Kommentar für die *Japan Times* mit dem Titel »Land der Angst unter Vajiralongkorn« schrieb Pavin über den neuen König: »Angst ist ein Mittel, um seinen Untergebenen zu drohen und sie gefügig zu halten.«

Verschärfter Missbrauch des drakonischen Lese-Majeste-Gesetzes

Den Militärs, die sich als ultimative Beschützer der Monarchie aufführen und einzig daraus ihre Legitimation beziehen, ist durchaus bewusst, dass sich mit dem verhassten Vajiralongkorn – im Gegensatz zum 2016 verstorbenen König Bhumibol – der Mythos eines »Vaters der Nation« nicht aufrecht erhalten lässt. Drastischer denn je missbraucht die Junta daher das repressive »Gesetz gegen Majestätsbeleidigung« (*Lèse-Majesté*), das einem Beschuldigten pro Anklagepunkt bis zu 15 Jahre Haft einbringen kann.

Laut der *Internationalen Föderation der Ligen für Menschenrechte* (FIDH) in Paris saßen zum Zeitpunkt des Putsches sechs Menschen wegen Verunglimpfung der Monarchie hinter Gittern. Mittlerweile sind deswegen über 100 Personen verhaftet worden, darunter ein thailändischer Anwalt, dem wegen Majestätsbeleidigung sowie Kritik an Juntachef Prayuth Chan-ocha mindestens 150 Jahre Gefängnis drohen. Anfang Mai 2017 teilten die FIDH und zwei ihrer Mitgliedsorganisationen aus Bangkok mit, dass von den insgesamt 105 Festgenommenen bereits 49 zu teils jahrzehntelangen Haftstrafen verurteilt worden seien. Nur einen Monat später verurteilte ein Militärgericht einen Mann zu 70 Jahren Haft; die Strafe wurde nur deshalb um die Hälfte reduziert, weil dieser sich schuldig bekannte.

Dass Vajiralongkorns Unpopularität es zunehmend problematisch macht, den Machtanspruch des Militärs zu wahren, zeigte sich nicht zuletzt an der Reaktion auf ein Video, das im Web veröffentlicht wurde: Darin war der mittlerweile 65-jährige Monarch im bauchfreien Shirt zu sehen, wie er im Som-

mer vergangenen Jahres mit einer seiner mutmaßlichen Geliebten durch eine Münchner Einkaufsmeile spazierte. Die Junta drohte, den Zugang zu Facebook in Thailand gänzlich zu kappen, ruderte dann aber zurück. Zuletzt kündigte sie an, jeden strafrechtlich zu verfolgen, der mutmaßlich monarchiekritische Inhalte auch nur anschauete.

»Demokratie die letztendliche Antwort auf Thailands Krise«

»Das Militär dominiere den politischen Raum, die neue Verfassung verankere die Rolle der Armee weiterhin, und der jetzige König schere sich wenig um Demokratisierung«, sagt der Politikwissenschaftler Pavin Chachavalpongpun. »Von dieser Perspektive aus gibt es wenig Hoffnung für Thailand, was aber nicht bedeuten soll, dass wir keine haben«, betont er. »Ich glaube daran, dass Demokratie die letztendliche Antwort auf Thailands Krise ist und sie sich langfristig durchsetzen wird.«

Derzeit ist jedenfalls kein Ende des Status Quo in Sicht. Es sei denn, das Volk in dem politisch tief gespaltenen Land erhebt sich gegen das Militärregime. Doch schon in der Vergangenheit hatte die Armee pro-demokratische Aufstände blutig niedergeschlagen. Ohne Weiteres wird auch die jetzige Junta nicht von der Macht lassen. ■

Anm. der Redaktion:

Zur Situation drei Jahre nach dem Militärputsch in Thailand erschien auch ein von der Autorin verfasster BLICKWECHSEL (<https://www.asienhaus.de/stiftung-asienhaus/unsere-arbeit/publikationen/blickwechsel/>).

*Flashmob an der
Ratchaprasong-
Kreuzung
© Holger
Grafen*



von
Kornkritch
Somjittranukit

Fighting Guns with Pens

Aus dem
Englischen
übersetzt von
Michael Topp

Der Autor arbeitet als Journalist für Prachatai English. Anmerkung: Dieser Artikel spiegelt nicht die Meinung von Prachatai, sondern die persönlichen Ansichten des Autors wider.

Festnahme studentischer AktivistInnen für das Abhalten einer Gedenkveranstaltung des ersten Jahrestages des Militärputsches mit freundlicher Genehmigung von Pornchai Kittiwongsakul/ AFP

Vor drei Jahren bekam die Online-Zeitung *Prachatai* (»Free People«) zu spüren, wie ernst es um die Pressefreiheit in Thailand steht – als wir Artikel zum wohl kontroversesten Thema im Land veröffentlichten: dem Majestätsbeleidigungs-Gesetz, das jede Kritik an der thailändischen Krone verbietet. Denn *Prachatai* berichtete über diejenigen, die es dennoch wagten. Ihnen wurde regelmäßig die Freilassung gegen Kautions verweigert, und sie sahen drastischen Strafen ins Auge. Darüber hinaus brachte *Prachatai* Geschichten über soziale Randgruppen wie ethnische Minderheiten, Opfer staatlicher Folter und Verschleppungen oder LGBT-Communities.

Als Berichterstatter möchte ich auf diese Ungerechtigkeiten aufmerksam machen, um dadurch den Diskussionsraum in der thailändischen Gesellschaft zu erweitern. Nach dem Putsch vom 22. Mai 2014 sollte die Militärjunta dieses Land jedoch genau in die andere Richtung drängen. Nach nur drei Jahren unter ihrem Regime gibt es eine Verpflichtung der Internetprovider zur Einhaltung von Zensurbestimmungen, Versammlungsverbote für Gruppen über fünf Leuten, endlose Aufschübe demokratischer Wahlen, legitimierte Festnahmen ohne Gerichtsbeschluss und so weiter und so weiter. Solche Gesetze ohne jegliche Beachtung der Gewaltenteilung sind entweder durch von der Junta bestimmte Legislatoren aufoktroiiert worden oder stammen noch aus der Übergangscharta.

Und all das ist fast ganz ohne Widerstand der thailändischen BürgerInnen geschehen. Doch nicht etwa, weil sie die neue Regierung gutheißen, son-

dern weil sie zu viel Angst haben, ihre Meinung zu äußern. Hier und da haben sich zwar kleine Proteste gereggt, die aber wirkungslos blieben und im schlimmsten Fall zur Verhaftung der Demonstranten führten.

Dieses undemokratische Klima ist für die *Prachatai* und andere Medien Thailands mit Sicherheit alles andere als ein Zuckerschlecken. Das Regime legt es darauf an, sie zu kontrollieren; ein Journalist unserer Zeitung wird strafrechtlich verfolgt, und zwei wurden angeklagt. – Nötigungen dieser Art sind aber noch gar nichts im Vergleich zu anderen hiesigen Ressorts. Nach Ausstrahlung einer kritischen Berichterstattung über eine Massentötung, bei der das Militär involviert war, musste sich *Voice TV* (Anm. der Redaktion: Ein thailändischer Fernsehsender) eine siebentägige Sendesperre gefallen lassen. Und Lokalradios wurden landesweit dichtgemacht, um die Verbreitung abweichender politischer Meinungen einzudämmen. Der neueste Schachzug ist das Durchwinken eines Gesetzes, dass Menschen, die mit Medien Geld verdienen, zwingt, eine Lizenz haben zu müssen.

Was ich als einfacher Journalist dagegen tun kann, ist zwar sehr wenig, aber wesentlich – die unter der Junta begangenen Menschenrechtsverletzungen zu protokollieren. Erst die saubere Aufzeichnung der politischen Ereignisse hilft solche Missstände in Zukunft zu vermeiden. Denn ich hoffe, dass die Menschen ihre Fehler nicht wiederholen, wenn sie erkannt haben, was passiert, wenn ein Militärregime eine Zivilregierung stürzt.

Seit November 2013, also vor dem Umsturz 2014, hatte es Demonstrationen gegen die Regierung von Premierministerin Yingluck Shinawatra gegeben. Anstoß dazu war die geforderte Rücknahme eines Amnestiegesetzes, das ihren Bruder Thaksin Shinawatra von allen Anklagepunkten freisprechen sollte; er galt seit dem vorherigen Putsch 2006 als politisch Verfolgter. Die Proteste eskalierten, es kam zu einer politischen Blockade (der sogenannte »Bangkok Shutdown«, Anm. des Übers.) und schließlich zum Staatsstreich.

Seitdem brachte *Prachatai* viele Artikel über Leute, die als »Gefahr für die nationale Sicherheit« im Gefängnis gesessen haben. Die ihnen vorgeworfenen Vergehen beinhalten Waffenbesitz, Widerstand gegen Erlasse, Kritik an der Verfassung und Majestätsbeleidigung. Höchst umstritten ist die Inhaftierung des studentischen Aktivisten Jatupat »Pai« Boonpattaraksa, 25 Jahre. Seit Dezember letzten Jahres wartet er in Haft sitzend auf seinen Prozess, weil er eine umstrittene Biografie über König Rama X. (Anm. der Redaktion: gemeint ist Maha



Vajiralongkorn, Sohn des verstorbenen Königs Bhumibol) auf seinem Facebook-Profil geteilt hatte; über 2000 andere Follower, die dasselbe taten, wurden dagegen nicht verfolgt.

Zugegeben, wir von der *Prachatai* haben noch nicht alle Fälle erfasst. Die Willkür kommt nicht nur von Seiten des Militärregimes, sondern passiert unvermittelt überall im Land. Es kommt häufig vor, dass Behörden vor Ort gegen Personen vorgehen, die sie ihrer Meinung nach für ein »nationales Sicherheitsrisiko« halten. Niemand weiß, wann und wo jemanden so etwas das nächste Mal trifft.

Und selbst wenn wir die Betroffenen erreichen, ist dies noch keine Garantie für eine vollständige Veröffentlichung. Viele Leute wollen ihre Identität nicht preisgeben, damit sich ihre Geschichten nicht wie Lauffeuer verbreiten. Sie ziehen es vor, so gut es geht im Verborgenen zu bleiben, um sich keinen weiteren Repressalien aussetzen zu müssen – gerade in puncto Majestätsbeleidigung. Unsere Mitschriften können so nur unvollständig und nicht sehr zuverlässig sein.

Im Dezember letzten Jahres erreichte die *Prachatai* Meldungen über mindestens sechs Personen, die von der Polizei besucht oder vorgeladen wurden, bloß weil sie einer Facebook-Seite eines Monarchiekritikers im Exil gefolgt sind. Zwar hatte die Polizei sie wieder gehen lassen, aber sie waren zu eingeschüchtert, um sich weiter darüber zu äußern. So blieb das Einzige, worüber wir berichten konnten, dass sechs Personen ohne Namensangabe in verschiedenen Provinzen Thailands drangsaliert wurden.

Die Akademiker und Sachkundigen ziehen es ebenfalls vor zu schweigen – nicht wie früher in Zeiten der Demokratie, wo sie noch bereitwillig und aufgeschlossen Interviews gaben. Jetzt zögern sie zu politischen Fragen Kommentare abzugeben. Und wenn sie es dennoch tun, verlangen sie vor der Veröffentlichung Einsicht in die Manuskripte, damit ihnen ja nicht auch nur irgendeine Kleinigkeit Ärger einbringt.

Thailands autoritäres Regime zu bekämpfen ist daher sehr riskant und schwierig. Es hat die schweren Waffen – die Presse nur gespitzte Federn. Innerhalb weniger Tage wird Schreiben jedoch weder die Machthaber ins Wanken bringen noch deren Unterstützer zum Umdenken bewegen können. Das ist eine Langzeitmission!

Ein Grundwert, den die *Prachatai* der thailändischen Gesellschaft aber vermitteln will, ist (aus meiner Sichtweise), sich die Notwendigkeit von »Gedenken« klarzumachen. Die Demokratie wird sich niemals ernsthaft etablieren können, ohne die Vergangenheit mit einzubeziehen. Anderenfalls drohen sich ähnliche Gräueltaten in Zukunft zu wiederholen. Es ist zwar traurig daran zu erinnern, dass einst die Proteste der Bevölkerung gegen die von ihnen

selbst gewählte Regierung einer der Schlüssel war, der den Putschisten überhaupt erst die Tür geöffnet hatte. Aber ich glaube fest daran, dass es meine Aufgabe ist, die Menschen in der Zukunft davor zu bewahren, einen solchen Fehler nochmals zu begehen. ■



Jubiläumsausgabe 15.-€ 25 Jahre Korea Forum

KOREA FORUM 2016

Unerhörtes sichtbar machen

SÜDKOREA: Ein Rückblick von Pfarrerin Dorothea Schweizer auf das staatliche Unrecht in den 1970er und 80er Jahren – Hannes B. Mosler über das jüngste Verbot der Vereinten Progressiven Partei

NORDKOREA: Kim Jinhyang zur Schließung des Kaesong Industrieparks – Robert Grund über seinen Alltag beim Aufbau des ersten Gehörlosenkindergartens

SPEZIAL: 50 Jahre koreanische Krankenpflegerinnen in Deutschland - eine Bilanz

Mit Cartoons von Park Kun-Woong und Bildern von Hong Eun-Ah

Zu bestellen unter www.koreaverband.de oder per Mail an mail@koreaverband.de



Rostocker Str. 33, 10553 Berlin, Tel. (030)3980 5984
www.koreaverband.de

KURZ NOTIERT

von Martina Eichmann

■ Vergebliches Warten auf Yingluck Shinawatra

Am 25. August 2017 wurde das Urteil eines bereits 18 Monate andauernden Gerichtsprozesses um Yingluck Shinawatra erwartet. Der ehemaligen Premierministerin, die von 2011 bis 2014 im Amt war, werden politische Misswirtschaft und daraus resultierende Schäden in Milliardenhöhe zur Last gelegt. Insbesondere beziehen sich die Vorwürfe auf ihr populäres Programm der Subventionen für den Reisanbau, mit denen sie die Kilopreise für die Bauern in ihrer Regierungszeit ungewöhnlich hoch gehalten

hatte. Am 1. August 2017 war der letzte Verhandlungstag vor dem Obersten Gericht für Straftaten von Politikern in Bangkok, an dem Yingluck erneut ihre Unschuld beteuerte. Bei einem Schuldspruch drohen ihr bis zu zehn Jahren Haft, außerdem würde dies zwangsläufig ihre politische Karriere in Thailand beenden. Es verwundert deshalb wenig, dass die Politikerin es vorzog, gar nicht erst zur Urteilsverkündung zu erscheinen, sondern sich stattdessen heimlich ins Ausland, vermutlich nach Singapur, abzusetzen.

Viele ihrer bis heute treuen Anhänger, die bis zum letzten Verhandlungstag vor dem Gerichtsgebäude demonstriert hatten und dort auch am 25. August wieder warteten, wünschten der Ex-Premierministerin trotz ihrer Flucht alles Gute. Die Polizei hatte sich für diesen Tag der Urteilsverkündung mit speziellen Sicherheitsvorkehrungen im ganzen Land auf weitere Proteste vorbereitet.

Bangkok Post, 1. und 2.8.2017

Süddeutsche Zeitung, 25.8.2017

■ Neuer Nationalfeiertag zu Ehren des Königs Vajiralongkorn

Thailand zelebrierte zum ersten Mal den Geburtstag ihres neuen Königs Maha Vajiralongkorn Bodindradebayavarangkun. Am 28. Juli 2017 feierte der Monarch, der Ende letzten Jahres nach dem Tod seines Vaters den Thron übernommen hatte, seinen 65. Geburtstag. Zu seinen Ehren wurde dieser Tag zum Nationalfeiertag erklärt und im

ganzen Land fanden besondere Veranstaltungen und Zeremonien statt. Lokale Medien veröffentlichten Berichte und Bilder aus dem Leben des neuen Königs sowie Glückwünsche in klassischer Art, wie sie thailändischen Monarchen zuteilwerden: »Long Live His Majesty, the King«. Im Vergleich zu den Feierlichkeiten anlässlich der Geburtstage des

verstorbenen Königs Bhumibol fielen die Festlichkeiten in diesem Jahr eher ruhig und weniger pompös aus. Die Regierung rief dazu auf, bei öffentlichen Veranstaltungen Schwarz oder Weiß zu tragen und sich der noch andauernden Staatstrauer entsprechend zu verhalten.

Bangkok Post, 28.7.2017

■ Thailand und seine Senioren

Nach den Richtlinien der *United Nations* gilt Thailand als alternde Gesellschaft, da der Anteil an Menschen mit über 60 Lebensjahren mehr als 10 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht. Das Land sieht sich deshalb vor wirtschaftlichen und finanziellen Herausforderungen, da auch die Geburtenrate in den letzten 40 Jahren immer weiter zurückgegangen war. Das thailändische *National Economic and Social Development Board* (NESDB) geht davon aus, dass im Jahr 2036 die Senioren des Landes bereits 30 Prozent der nati-

onalen Bevölkerung ausmachen werden.

Aktuell erhalten Menschen im Alter von 60 bis 69 Jahren monatlich 600 Baht (etwa 15 Euro) staatlichen Zuschuss zum Lebensunterhalt, 700 Baht gibt es für 70- bis 79-Jährige, 800 Baht für 80- bis 89-Jährige und 1000 Baht (etwa 25 Euro) ab einem Alter von 90 Jahren und älter. Die staatlichen Ausgaben für die Sozialfürsorge wird nach Vorhersagen des NESDB in den kommenden Jahren von momentan mehreren Billionen Baht zu 1.4 Trillionen Baht ansteigen. Die Regierung über-

legt nun, die sogenannten Sündensteuern für Tabak und Alkohol zu erhöhen und diese Einnahmen wiederum den Senioren des Landes zur Verfügung zu stellen. Dem Entwurf wurde bereits vom Kabinett zugestimmt, es folgt nun noch eine rechtliche Prüfung des Vorhabens. Ob es zu einer tatsächlichen Umsetzung des Plans bzw. Ratifizierung des Gesetzes kommen und wie es in den nächsten Jahren um das Wohl der Senioren in Thailand bestellt sein wird, bleibt abzuwarten.

Bangkok Post, 2.8.2017

Bangkok Post, 7.8.2017

"The Borneo Case"

Talking to the film producer Erik Pauser

von
Charlotte Chin

In an interview with the director of the movie, Erik Pauser gave an insight into the documentary and the obstacles during the production. Moreover, he talked about his current work.

Chin: Which challenges did you face during the shooting?

Pauser: The biggest challenge was the story itself. I made a film about Bruno and the *Penans* 15 years ago. Bruno Manser disappeared two weeks after we finished that shoot. The idea was then to do something about Bruno and the *Penan* tribe but the story grew. We started to do research and thereby hooked up with Clare Rewcastle, Mutang, Lukas Straumann and all these activists. We just followed what happened then. It was a slow development and things were happening all over the world, so we moved around a lot because of the different shootings. But we also did not have an end for the film. It is a tragic story and a lot of people are fighting but we did not see any real results until Taib had to step down. Due to the different journeys, the production of the film was expensive and it was difficult to get it financed. It does not look like environmental films are high on the agenda of television stations. It was hard to get the broadcasters to be part of this production. Additionally, the story was difficult because we did not know where it was going and because of its complexity. We shot much more, but in the end we tried

to simplify the story to make it easier for the audience to understand what is really going on.

Chin: How did you finance the movie?

Pauser: We started looking for interests in our own country, such as the Swedish television and the Swedish film institute. Additionally, we applied for money from the European Union, but to be able to apply for funding from the European Union, we had to have five other countries involved. We started with Denmark, Norway, Finland and England. Additionally, we made a short pilot which was presented and we found seven different television channels which made a pre-buy. Furthermore, we were supported by the film fund in Sweden, by a Norwegian and a Welsh film fund. In the end, the film was supported by 14 different sponsors.



The author is currently a student of the Master's Program »Development Studies« at University of Passau. She completed her Bachelor degree in »Comparative Cultural and Religious Studies« and »Peace and Conflict Management« at Philipp's University in Marburg. Due to her voluntary service in an orphanage and her internship for a human rights organization in Malaysia, she got interested in the political conditions in South-east Asia.

*The main protagonists – Brown, Straumann, Jaban, Urud (left to right)
Foto: Erik Pauser*

Infobox

The documentary »The Borneo Case« was produced by the Swedish film makers Erik Pauser and Dylan Williams. The film deals with the illegal deforestation in Malaysia and begins with the disappearance of the Swiss environmental activist Bruno Manser in 2000. Manser had lived with the Penan tribe in the Malaysian federal state Sarawak on Borneo for six years and engaged for the rainforest preservation and for the human rights of the indigenous community. Additionally, he founded the Bruno Manser foundation. After Manser's disappearance, other human rights activists have continued his work. The film

sheds light on the current situation in Malaysia and introduces the four main protagonists to the audience – the exiled tribesman Mutang Urud, the investigative journalists Clare Rewcastle Brown and Peter John Jaban as well as the historian and executive director of the Bruno Manser fund Lukas Straumann. Since several activists have been convicted and prosecuted for expressing their opinion in Malaysia, the five characters mostly work from abroad. Much attention is paid to the Online Radio station »Sarawak Report« which was founded by Clare Rewcastle Brown in London and which has served as an international platform to broadcast information about the political

and ecological situation in Sarawak since it was founded in 2010. But the film makers Pauser and Williams also accompany Mutang who returns after 20 years of exile to Sarawak and learn of the Government's plan to build twelve hydroelectric power dams which destroy the rain forest and several villages. Simultaneously, Clare Rewcastle Brown and Peter Jaban begin to investigate what has happened with the profits from the illegal logging and the building of the Dams. They discover a network of global money laundering which does not only involve the family of Sarawak's Chief Minister Taib Mahmud but also several international banks and companies.

Protest against
the building of
the dams
Foto: Erik Pauser



Chin: Have there been any threats or interferences of the Malaysian government or anybody else since the movie has been released?

Pauser: Not for us, but Clare, Peter and other people – who were involved in the film – have constantly received death threats and have been harassed. They also have been hacked several times but we have not had any comparable problems. I do not know if they are checking our emails. They could do that since the Malaysian government invests large amounts of money for intelligence services.

Chin: Have the living conditions of the indigenous community changed after Taib Mahmud resigned? If so, to what extent?

Pauser: After Taib resigned, Adenan came to power. He made kinds of promises but he died three or four months ago. His successor also belongs to Malaysia's elite and has not changed anything of Adenan's promises yet. But apart from that, the indigenous people are discussing the project the "Baram Peace Park". The Bruno Manser foundation has worked on the Baram Peace Park which com-

prises 244,000 hectares of land and which the *Penan* people want to protect.

They therefore formed a coalition with the NGO "Save the rivers" and others. In contrast to that, the local government in Sarawak has not been very interested in protecting this area. But now the Sarawak Forestry Department has shown an interest in the project and the delegation from the department has come to Switzerland and Sweden to discuss how to save the land with different partners. A success of this project would mean a big change and it would mean a lot to these people if the area could be protected. Otherwise, I think changes are slow. Sarawak has a corrupt government and Malaysia does not have a strong civil society. This makes it difficult to see fast changes. Changes in Malaysia are slow and I think there is a need of international pressure to keep things up.

Chin: Coming back to the former question: Which threats exist for the rain forest, its citizens and its biodiversity nowadays?

Pauser: A lot of logging is still going on. When we travelled to the interior of Sarawak, we continuously saw logging trucks and sometimes I was not sure if these were from protected areas or not. 15 years ago, there were still couple of hundreds of *Penans* that were nomadic but nowadays all of them are semi-settled. Certain areas are closed off and clear-cut to build dams or palm oil plantations. Sarawak already has as much energy as it needs, so why do you have to build twelve dams? What are they going to do with the electricity? Taib and his government built these dams to establish industrial zones, for instance aluminium factories which need a lot of energy. Many of the indigenous people are suffering because they lose land and they do not get their rights in court. Even when court proceedings are going on and when land rights cases are won,

Penan settlement
Foto: Erik Pauser





*Logging Trucks
at Sarawak
Foto: Erik Pau-
ser*

the logging is continued because the legal system does not really work.

Chin: Can you tell me something about the projects in which you have been involved since the documentary was finished?

Pauser: At the moment, we try to get the film shown in different parts of the world. Our plan is to do a world tour in co-operation with the NGO "Global Bersih" before the next election in Malaysia takes place. We have also formed several co-operations to screen the film, for instance with the NGO "Transparency International" and "Cinema for Peace". Moreover, we are trying to launch an impact campaign in Germany in fall before the film will be on screen. We also worked with the "Fair and Finance Guide". The organization is placed in nine different nations worldwide. They look at banks and financial institutions and check if these institutions follow their own ethical guidelines and if they keep their promises, concerning for instance the protection of the environment or the workers. The "Fair and Finance Guide" made a big report in Sweden, which was released at the same time as the film. In the 112 page reports they investigated Sweden's seven biggest banks and their investments in four companies in Borneo. The organization cooperates with the NGO "Swedwatch" which sent two groups of researchers to Sarawak to check the companies. It was a very critical report about these seven Swedish banks. Another criticized bank was the *Deutsche Bank*. While our film shows the feelings of the human beings, the report presents numbers and hard facts. I think it is really interesting that we often believe that we are far away from the problems although countries – such as Sweden or Germany – are connected to Sarawak and its problems. We are even part of these problems because our companies, our banks, our money is invested in problematic companies in Sarawak.

Chin: How can people – who live abroad, for example in Germany – support the indigenous community in Sarawak?

Pauser: There are many different organizations and NGOs. It is not easy but you can engage yourself in such an NGO. This is the way to do it. Otherwise, you can also contact your bank and demand change. This is part of our impact campaign.

Chin: Thank you very much for your time and it was nice talking to you. ■



*Erik Pauser
(left) and Dylan
Williams (right)
Foto: Erik Pauser*

About Erik Pauser

Erik Pauser is a Swedish film producer and artist who was born in Linköping in 1957 and who lives in Stockholm. He has been involved in several exhibitions in different European countries, in the United States, in Palestine, in Southeast Asia and in South Africa. Some of his popular films as a director are "The Face of the Enemy" and "The Machine" and as a producer "Once there was Love", "Maneuvers in the Dark – The North Korean Jeans Story" and "Men Who Swim Together". Throughout the last five years Erik Pauser and Dylan Williams accompanied the protagonists of the documentary "The Borneo Case" and worked on the film. The documentary will be aired by ZDF this fall. Further information can be found on: theborneocase.com

KURZ NOTIERT

von Michael Topp

■ Verfolgung und Gewaltexzesse – Parlamentswahlen werfen ihre Schatten voraus

Das pro-demokratische Bündnis *Bersih* warnt im Vorfeld der nächsten Parlamentswahlen im Mai 2018 vor einer Gewaltspirale. Für eine funktionierende Demokratie müsse das Volk ihr Wahlrecht ohne Angst ausüben können, fordert eine kürzlich veröffentlichte Presseeklärung. Alle Malaysier*innen seien zu einem Verzicht auf politisch motivierte Gewalt aufgerufen. Dennoch läge die moralische Verantwortung beim Ministerium für Innere Angelegenheiten. Aktivist*innen beklagen seit Län-

gerem gewaltsame Übergriffe und Störungen von Politikerauftritten, insbesondere bei regierungskritischen Veranstaltungen. Ziel regelmäßiger Anfeindungen seien auch Ausstellungen des oppositionellen Cartoonisten Zunar. Andersdenkende würden bedrängt, zusammengeschlagen und sogar mit dem Tode bedroht. *Bersih*: »Durch von gekauften Gangstern ausgeübte politisch motivierte Gewalt gehört mittlerweile zum Standardrepertoire, insbesondere, wenn die Regierungspartei *UMNO* oder

Ministerpräsident Najib Razak auch nur ansatzweise in der Kritik stehen.« Anlass der Veröffentlichung waren die von Provokateuren ausgelösten Tumulte mit Verletzten und Festnahmen auf dem Diskussionsforum *Nothing to Hide 2* am 13. August 2017 in Shah Alam. Themen waren Machtmissbrauch, Korruptions- und Finanzskandale. Das Parlament schwieg zu diesem Vorfall.

Bersih, 14.8.2017

freemalaysiatoday.com, 13.8.2017

www.malaysiakini.com, 13.8.2017

■ LGBT-Proteste durchkreuzen staatliche Aufklärungskampagne

Nationale und internationale Menschenrechtsgruppen und Gender-Aktivist*innen haben Anfang Juni 2017 eine Homosexuellen-feindliche Propagandaoffensive des malaysischen Gesundheitsministeriums zu Fall gebracht. Dieses hatte erst am 1. Juni 2017 erneut auf seiner Homepage vor Homosexualität gewarnt und den mit einem Preisgeld ausgelobten Videowettbewerb »Value Yourself, Practice Healthy Lifestyle« für junge Malaysier*innen ausgerufen. Der Aufschrei der LGBT-Community und Protestschreiben von Bürger-

rechtsgruppen wie *Human Rights Watch* ließen nicht lange auf sich warten. Auf einem eilig einberufenen Krisentreffen beider Seiten zeigte sich das Ministerium erst im weiteren Verlauf zu Kompromissen bereit. Aktivistin Nisha Ayub von der *SEED Foundation* konnte schließlich die Regierungsvertreter davon überzeugen, zumindest von einigen umstrittenen Begrifflichkeiten Abstand zu nehmen: Vize-Gesundheitsminister Lokman Hakim Sulaiman versprach, den Begriff »Geschlechterverwirrung« durch »Geschlecht und Sexualität« zu ersetzen.

Bis zum Ende des Wettbewerbs hofft die Community auf weitere Gesprächsbereitschaft seitens des Ministeriums.

Malaysias Regierung sieht Homosexualität als unvereinbar mit der Staatsreligion Islam. Die restriktive Gesetzgebung sieht drakonische Strafen für homosexuelle Handlungen vor. 2015 sprach Premierminister Najib Razak LGBT die Menschenrechte ab, was ihm seitens *Human Rights Watch* die Forderung nach einem Austritt aus der UN einbrachte.

Reuters, 8.6.2017

Human Rights Watch, 23.6.2017

■ Asian Science Camp: Mehr STEM an Malaysias Schulen!

In seiner Eröffnungsrede des 11. *Asian Science Camp* (ASC 2017) am 20. August 2017 an der Universiti Tunku Abdul Rahman in Kampar hat Sultan Nazrin Shah verstärkte Bildungsinvestitionen in den Bereichen Mathematik, Ingenieur- und Naturwissenschaften und Technik (»science, technology, engineering and mathematics« / STEM) angemahnt. Dies sei unerlässlich für öffentliche Debatten über Malaysias Zukunftsszenarien. Neue Techno-

logien zum Nutzen aller bedürften aufgeklärter und kritischer Sichtweisen, einer verantwortungsvollen Führung und effektiver Kontrollen. »Deswegen sind die Gestaltung und Regulierung unserer Bildungspolitik gerade in Bezug auf die STEM-Fächer so wichtig! Die Wege, die wir jetzt dort beschreiten, können helfen, die Auswirkungen mitzubestimmen«, so der Sultan von Perak. Im Hinblick auf die jüngsten technologischen Fortschritte und eine

unsichere Zukunft müssten sich Wissenschaftler*innen, Lehrende an Schulen und Universitäten und Ökonom*innen ihrer großen Verantwortung stellen.

Das ASC bringt jährlich Student*innen, Schüler*innen und Lehrende mit Vertreter*innen aus Industrie und Forschung aus aller Welt zusammen.

themalaymailonline.com, 21.8.2017

<https://www.asc2017.net>

Gecko versus Krokodil

von
Anna Strunz

Die Autorin
studiert Kultur-
wirtschaft mit
Schwerpunkt
Südostasien an
der Universität
Passau

Eine Suchmaschinenanfrage zu »social media Indonesia« liefert Ergebnisse, die folgendermaßen klingen: »Eat, pray, tweet«, »Indonesia's love affair with social media«, »Welcome to Twitter city: is there no limit to Jakarta's social media obsession?« Diese Titel von Zeitungsartikeln und Blogs zeichnen das Bild eines rastlosen, geselligen, technikaffinen Landes. Die Daten sprechen dafür. Zwar hatten 2016 nur 34 Prozent der Bevölkerung Zugang zum Internet, doch diese immerhin 88 Millionen Menschen nutzen das Internet mit großer Begeisterung. IndonesierInnen stellen mittlerweile die zweitgrößte Nation auf Facebook, und schon 2012 war Jakarta die Metropole, in der weltweit am meisten getwittert wurde. 90 Prozent aller Onlineaktivitäten spielten sich auf den Websites der verschiedenen sozialen Netzwerke ab. Dank relativ günstiger Online-Tarife und Mobiltelefone nimmt auch die Beliebtheit entsprechender Apps zu, sodass immer mehr NutzerInnen ihren Internetzugang stets bei sich tragen.

Die Zahlen dieser Momentaufnahme laden zu Optimismus ein. Liegt hier nicht ein großes Potenzial für die Zivilgesellschaft einer jungen Demokratie, offene Diskurse zu führen, politische Teilhabe zu ermöglichen, ja sogar selbst über ihre eigenen Rechte zu wachen? Ist bei dieser vergleichsweise freien virtuellen Sphäre nicht Meinungsfreiheit sicher etabliert? Wurden noch während des »Arabischen Frühlings« und zur Frühphase der Sozialen Medien ihre großen Möglichkeiten bejubelt, sind die jüngeren Entwicklungen allerdings ernüchternd: In Deutschland sucht man Strategien, um mit rechtsradikalem und islamistischem Gedankengut im Netz umzugehen und in Indonesien waren viele BeobachterInnen über den Einfluss der Sozialen Medien auf die Gouverneurswahl 2017 in Jakarta besorgt. Auf der Suche nach Perspektiven auf die Beziehung zwischen Sozialen Medien und Partizipation in Indonesien ist es wichtig, kein schwarz-weißes Bild der sozialen Netzwerke und ihrer Möglichkeiten zu pflegen, sondern Phänomene kritisch und differenziert im jeweiligen Kontext zu betrachten. Stellvertretend für die vielen Aspekte, welche die Rolle von Social Media in einer Gesellschaft bestimmen, soll hier vor allem auf ihre Nutzung für politischen und gesellschaftlichen Aktivismus eingegangen werden.

Chancen für mehr Teilhabe

Für politische Bewegungen sind die Sozialen Medien sehr vorteilhaft. Ob große NGOs, Frauenrechtsgruppen auf dem Land oder verstreute Umweltak-

tivistInnen: Sie alle können mit ihrer Hilfe Hindernisse überwinden und Ressourcen minimieren. Laut Dencik und Leistert (2015) sind dies vor allem Zeit, Platz und persönliches Risiko. Eine schnelle interne Kommunikation erleichtert die Koordination: Wo der hoffnungslos zähe Verkehr indonesischer Städte oder lange Arbeitsschichten den Beteiligten bisher Zeit für ihr Engagement geraubt hatten, können sie sich nun per Smartphone auf dem neuesten Stand halten, Ideen austauschen oder Treffen organisieren. Auch nach außen hin war es nie so leicht für AktivistInnen, ihre Bewegung zu präsentieren, ein kostenloses Facebook Profil kann genügen. Auch die Vernetzung mit anderen lokalen, überregionalen oder sogar globalen Gruppen ist nun möglich. In alledem läge das Potenzial zu einem vereinfachten, spontaneren, weniger hierarchischen und partizipativeren Aktivismus.

Aber es gibt auch viele kritische Stimmen. In ihrer Einführung zu *Critical Perspectives on Social Media and Protest* warnen Dencik und Leistert, Social Media seien keine bloßen Werkzeuge, die von AktivistInnen nach Belieben eingesetzt werden könnten, um ihre Ziele zu erreichen. Vielmehr befänden sich diese Dienste fast ausschließlich im Besitz globaler Unternehmen, die im Auftrag ihrer Aktionärs-gemeinschaften gewinnmaximierend agieren sollen. Dazu gestalteten sie immer mehr die Kommunikationswege von Gesellschaften um und richteten sie nach ihrem ökonomischen Interesse aus. So bieten die Konzerne mit ihren Diensten zum Beispiel den NutzerInnen gezielt Funktionen an, die das Sammeln, Auswerten und Monetisieren von Nutzerdaten erleichtern, wie etwa die Standorterkennung beim



»Ich bin ein
Gecko, ein tap-
ferer Gegner des
Krokodils«
© gunadar-
madesign.com

Cintai Indonesia Cintai KPK (CICAK)

»Ich bin ein
Gecko, ein Geg-
ner der Korrup-
tion! Schweige
nicht einfach
nur!«

© gunadar-
madesign.com



Verfassen eines Posts. Was bedeutet diese Tatsache auf der anderen Seite für AktivistInnen?

Herausforderung im Umgang mit Social Media

Angeichts der Menge an Daten, die alle bei der Nutzung des Internets von sich preisgeben, besteht immer die Gefahr von Repressionen seitens des Staates, welche von großflächiger Überwachung über das Blockieren von Websites bis hin zur Festnahme von Personen reichen können. Verglichen mit anderen südostasiatischen Ländern ist das Internet in Indonesien zwar relativ frei von staatlichen Eingriffen, aber auch hier spricht die Organisation *Freedom House* davon, dass immer wieder die Rechte von NutzerInnen verletzt würden. So der Fall Adlun Fikri, der im Jahr 2015 ein Video hochgeladen hatte, das seiner

Meinung nach Fehlverhalten von Verkehrspolizisten zeigte und daraufhin unter dem Vorwurf der Diffamierung verhaftet wurde. Das verdeutlicht, dass sich gesellschaftliche und politische Bewegungen ebenso über die möglichen Folgen im Klaren sein müssen, wenn AktivistInnen inmitten der Dynamik sozialer Netzwerke die Aufmerksamkeit auf sich ziehen.

»Support Bibit-Chandra«

Einer der berühmtesten Fälle von erfolgreichem Online-Aktivismus in Indonesien kann Antworten auf diese Frage geben. Seit 2002 gibt es die Kommission *Komisi Pemberantasan Korupsi* (KPK) zur Bekämpfung von Korruption, einem sehr großen Problem in Indonesien. Als der Polizeipräsident des Landes im Jahr 2009 feststellen musste, dass die KPK im Rahmen ihrer Ermittlungen sein Telefon abgehört hatte, bezeichnete er die Behörde in einer Pressekonferenz verächtlich als *cicak*, einen kleinen Gecko, der es mit einem Krokodil, also der Polizei, aufnehmen wollte; in seiner Wut hatte er jedoch nicht damit gerechnet, dass eine empörte Öffentlichkeit diese Metapher mit Enthusiasmus übernahm, um den Kampf der Bürger gegen ein übermächtiges korruptes Verwaltungssystem zu symbolisieren. Bald darauf wurden die beiden Beamten und KPK-Mitglieder Bibit Samad Rianto und Chandra Muhammad Hamzah unter dem Verdacht der Bestechlichkeit festgenommen. Diese wiesen jedoch alle Schuld mit der Erklärung von sich, man wolle nur die KPK in schlechtem Licht erscheinen lassen. Der folgende Gerichtsprozess bestätigte ihre Aussagen, doch schon vorher waren viele IndonesierInnen von ihrer Aufrichtigkeit überzeugt. Es entstanden viele private Facebook-Gruppen, die die beiden Beschuldigten unterstützten. Eine davon sollte innerhalb eines Monats auf über eine Million Mitglieder anwachsen, und auch die Massenmedien berichteten ausführlich.

Der ambivalente Erfolg des Geckos

Wie kam es zu dem großen Erfolg dieser Online-Kampagne? Als erstes war sicher das sogenannte »Framing« entscheidend, also die Schaffung eines Kontextes, der dem Fall Bedeutung und Legitimität verleiht. Bibit und Chandra wurden in einem »David gegen Goliath«-Narrativ als Helden dargestellt, um das Unrechtsbewusstsein und die Empathie des Publikums anzusprechen. Bekräftigt wurde dieses Bild von der großen Symbolkraft des Geckos, der crossmedial in unzähligen Karikaturen, Comics und Postern zum Einsatz kam. Zusätzlich diente er als Slogan, indem das Wort »CICAK« als Akronym für »*Cinta Indonesia Cinta Kpk*«, sinngemäß »Liebe Indonesien! Liebe die KPK!« gedeutet wurde. Auch

ein Rap-Song zum besagten Fall und die Melodie eines KPK-Spots waren bewirksam und verbreiteten sich online und als Klingelton. Laut Merlyna Lim (2013) war das Image des Geckos als einheimisches, alltägliches und harmloses Tier perfekt geeignet, um die Entstehung einer kollektiven Identität gegenüber des gemeinsamen Feindbilds eines als brutal und hinterlistig geltenden Krokodils zu befördern. Dieses Wir-Gefühl ist eine zentrale Voraussetzung dafür, dass Bewegungen als Kollektiv handeln können.

Selbstverständlich profitiert jede Kampagne von einprägsamen Symbolen, doch Lim weist darauf hin, dass der Charakter sozialer Netzwerke die Bedingungen für den Erfolg einer Bewegung maßgeblich mitbeeinflusst. Das zuvor erwähnte Profitstreben der Social-Media-Unternehmen begünstigt ein Überangebot an Inhalten, kurze Aufmerksamkeitsspannen und simplifizierte Botschaften. Also müsse auch Online-Aktivismus mit diesen Prinzipien arbeiten, um Erfolg zu haben. Der Inhalt eines Posts sollte ohne großen Zeitaufwand und intensives Nachdenken verstanden werden, und die Narrative einfachen Mustern folgen und möglichst die Wirkung einer Sensation haben. Verstärkt wird das Ganze durch die Tatsache, dass mehr als zwei Drittel der Indonesier über ihr Handy auf das Internet zugreifen. Auf kleinen Bildschirmen kommen nur äußerst knappe, prägnante und Aufmerksamkeit heischende Formate zur Geltung. Für Kampagnen, wie »Support Bibit-Chandra«, die vor allem öffentlichen Druck auf Staat und Gerichte ausüben sollen, sich moralisch zu verhalten, mögen diese Anforderungen kaum ein Problem darstellen.

Doch nicht jedes Thema lässt sich in eine einfache Geschichte verpacken, nicht jedes Problem durch ein Like lösen. Für komplexe gesellschaftliche Diskurse in einer Demokratie sind soziale Netzwerke also denkbar schlecht geeignet. Ein weiterer wichtiger Aspekt kommt hinzu. Das Netz fördert den sogenannten *Clicktivism*, der online zwar ein großes Engagement zur Schau stellt, da kaum persönliches Risiko vorhanden ist – er schlägt sich aber in der realen Welt kaum nieder. So konnten von den eine Million UnterstützerInnen der KPK auf Facebook tatsächlich nur etwa 5.000 für eine Straßen-Demonstration gewonnen werden. Man kann den Gedanken noch weiter spinnen: Wie viele von ihnen würden selbst einschreiten, wenn sie in ihrem Alltagsleben mit Korruption konfrontiert werden? Wohl sehr wenige. Ohne persönliches Risiko lässt sich jedoch kein nachhaltiger gesellschaftlicher oder politischer Wandel herbeiführen. Abschließend lässt sich also sagen, dass soziale Medien keineswegs automatisch demokratische Strukturen durch mehr Partizipation stärken, sie bieten lediglich Chancen, bestimmte Aspekte von politischem Aktivismus zu erleichtern und können keinesfalls persönliche kriti-

sche Auseinandersetzung mit wichtigen gesellschaftlichen Themen ersetzen. ■

Literatur

- Balea, J. (2016) The latest stats in web and mobile in Indonesia. <https://www.techinasia.com/indonesia-web-mobile-statistics-we-are-social> (29.6.2017)
- Freedom House (2016) Freedom on the Net 2016. Indonesia Country Profile. <https://freedomhouse.org/report/freedom-net/2016/indonesia> (29.6.2017)
- Lim, M. (2013) Many Clicks but Little Sticks: Social Media Activism in Indonesia. In: Journal of Contemporary Asia, 43–1: 636–657
- Molaei H. (2015) Discursive opportunity structure and the contribution of social media to the success of social movements in Indonesia. in: Information, Communication & Society, 18–1: 94–108

graswurzel revolution

Seit 45 Jahren für eine gewaltfreie,
herrschaftslose Gesellschaft



Schwerpunkt #420:
Die Bundeswehr und
die „Hölle von Mossul“

Probeheft kostenlos:
www.graswurzel.net/service

Open Data als Chance für den Regenwald

Alexander Watson und sein Team von *OpenForests* haben einen Weg gefunden, wie offene Daten dabei helfen können, all die von Regenwäldern lebenden und oft in Konkurrenz zueinander stehenden Interessengruppen, zu mehr Nachhaltigkeit zu bewegen. Doch wie funktioniert das Ganze in der Praxis? Stellt Open Data tatsächlich eine Chance für den Regenwald dar? Und welcher konkrete Nutzen ergäbe sich hierbei insbesondere für die einheimische Bevölkerung?

Die katastrophale Situation der Regenwälder

Im August 2016 erschien der Dokumentationsfilm »The Borneo Case«. Er ruft dem Publikum erneut die gravierenden Auswirkungen von Regenwaldrodung auf Artenvielfalt, Klima und die indigenen Völker ins Gedächtnis. Etwa 356 Millionen Quadratmeter Regenwald werden weltweit jeden Tag abgeholzt und niedergebrannt. Das sind pro Jahr zirka 130.000 Quadratkilometer – eine Fläche so groß wie Griechenland. Und das alles, um für kurzfristigen Profit vornehmlich westliche Konsumgesellschaften mit Produkten wie Möbel, Papier, Palmöl und so weiter zu versorgen.

Um den schlimmen Auswirkungen entgegenzuwirken, hat zwar eine Wiederaufforstung bereits begonnen, der Urzustand lässt sich allerdings wohl

kaum wiederherstellen – dies würde mehrere hundert Jahre dauern und ist finanziell nicht tragbar. Außerdem ist niemandem die ursprüngliche Artenvielfalt im Detail bekannt. Solche Projekte sind dennoch im Prinzip ein erster Schritt in die richtige Richtung. Hierbei gibt es jedoch große Unterschiede, denn nicht jedes ist auch sinnvollerweise nachhaltig. So sind etwa Monokulturen eine der unvorteilhaftesten Methoden, bei der erneut lediglich die wirtschaftlichen Vorteile zählen, aber keine langfristigen positiven Effekte weder für die Natur, noch für die einheimische Bevölkerung herbeigeführt werden.

Bauern und Bäuerinnen sowie Menschen mit Landbesitz spielen bei der nachhaltigen Aufforstung des Regenwaldes eine Schlüsselrolle. Noch halten es die meisten von ihnen für nicht lohnenswert, ihr Land nachhaltig zu bewirtschaften. Viele leben von der Hand in den Mund, sind auf »das schnelle Geld« angewiesen, um ihre Familien ernähren und ihre Kinder in die Schule schicken zu können. Da schrecken die hohen Investitionen zu Beginn zunächst einmal ab. Hinzu kommen oft mangelnde Erfahrungen und Kenntnisse in Forstwirtschaft. Dennoch ist es essentiell, dass vor allem auch kleine Land- und Forstwirtschaftsbetriebe mit an Bord geholt werden – nur mit ihnen lässt sich eine langfristige Besserung herbeiführen. Und an diesem Punkt kommen *OpenForests* und der Einsatz von offenen Daten ins Spiel.

Goldabbau
© Fairventures
Worldwide



Offene Daten für eine nachhaltige Aufforstung

Mag dieser Zusammenhang zuerst einmal unklar erscheinen, ist es das Konzept von OpenForests, die ohnehin steigenden Mengen an offenen Daten aus dem öffentlichen Sektor weiteren zivilgesellschaftlichen Akteuren zugänglich und für ihre Zwecke nutzbar zu machen. Für die betroffenen Existenzen in den Waldgebieten klingt das vielversprechend. Und dafür bietet das global agierende Unternehmen aus Krefeld verschiedene Software-Tools und Dienstleistungen an. Soweit die Theorie.

Fallbeispiel: 1 Million Trees

Mehr als 24 Projekte hat *OpenForests* bereits erfolgreich unterstützt. Eines davon ist das Programm »1 Million Trees« der Organisation *Fairventures Worldwide* in Zusammenarbeit mit dem *Borneo Institut* in Zentralkalimantan. Hier wird die Landbevölkerung Borneos dabei unterstützt, gemischte Holzpflanzungen und Agroforstsysteme (Mischungen von Bäumen und Landwirtschaft) anzubauen, indem zunächst eine Bepflanzung mit Sengon-Bäumen brachliegende Böden wieder aufwertet, **Ökosystemleistungen** wie zum Beispiel Erosionsschutz wiederherstellt und die Wachstumsbedingungen für andere Pflanzen stark verbessert. Denn Sengon festigt den Boden, reichert ihn mit Stickstoff an und wächst sehr schnell, sodass die Neupflanzungen die Nutzung von Naturwäldern ersetzt. Der Regenwald und seine Biodiversität werden somit bewahrt.



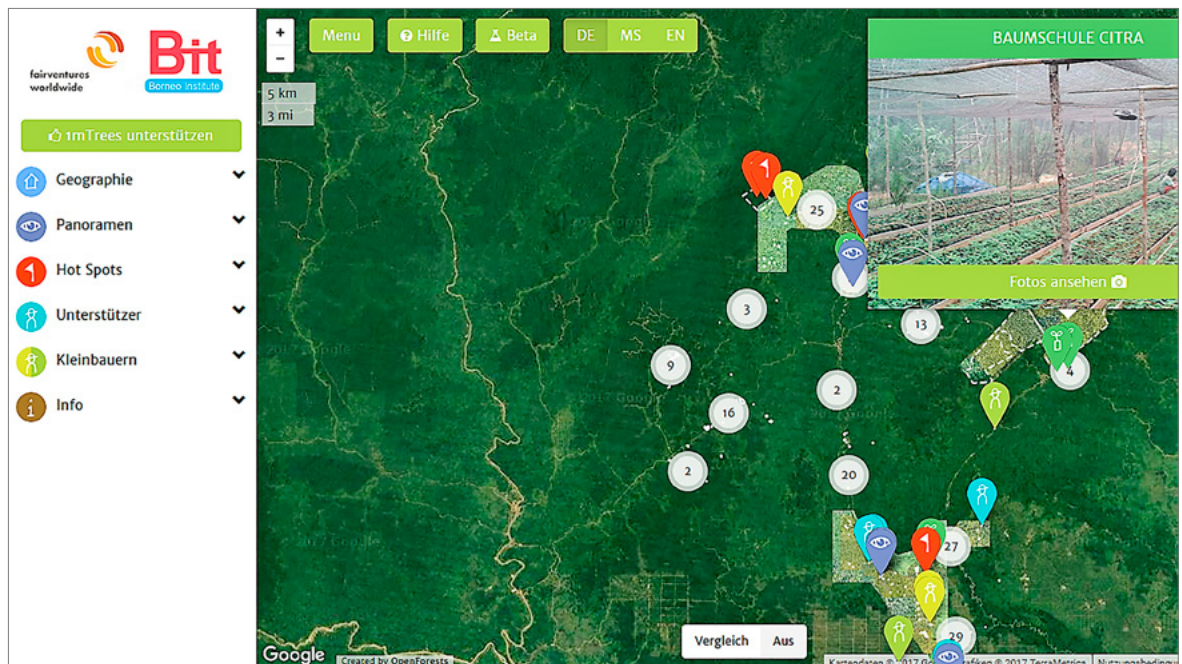
Mehr Transparenz für alle Beteiligten

OpenForests stellt hierbei Drohnen-basierte Datenerfassungssysteme und Projektmanagement-Programme zur Verfügung. Ein daraus entstehendes sogenanntes »Forest Information System« enthält eine zentrale Geodatenbank und eine interaktive Karte mit offenen Daten für alle Beteiligten. Die Fortschritte des Projektes sind somit jederzeit ersichtlich, genau wie Informationen über involvierte Anwesen, Fotos der Parzellen sowie allgemeine Kontrolldaten. Die dadurch entstehende Offenlegung der Projektdetails ist ein großer Vorteil für die Kooperation von Projektpartnern und sehr hilfreich bei der Überzeugung von Investoren. Ebenso verpflichten sich die Bauern und

Rodung
© Fairventures
Worldwide



Setzlinge in der
Baumschule
© Fairventures
Worldwide



Forstwirte dazu, die gemeinsam festgelegten Ziele auch tatsächlich einzuhalten. Ein Vorteil ist dabei die erhöhte Transparenz ihrer Nutzholzmarktpreise. Laut Watson können sie mit Hilfe verschiedener Software-Tools ihre Baumbestände selbstständig und systematisch evaluieren, wobei beispielsweise das Holzvolumen automatisch errechnet und somit mehr Klarheit bezüglich des Gesamtwertes geschaffen wird. So sind sie dem Markt nicht mehr willkürlich ausgeliefert. Außerdem können sie erkennen, welche Maßnahmen effektiver wären und sich mit Nachbarn über Schädlingsbekämpfung austauschen. So der Idealfall.

Um die soziale, ökologische und finanzielle Leistungsfähigkeit Ihrer Projekte zu messen, hat *OpenForests* 170 Parameter festgelegt, mit deren Hilfe gleichzeitig Projektleistungen analysiert und systematisch verbessert werden können. Diese Messgrößen sind an die *IRIS Metrics* des *Global Impact Investing Networks* angelehnt, einem Katalog mit standardisierten Indizes, zum Beispiel **über** Pro-Kopf-Einkommen oder die Gleichberechtigung von Männern und Frauen. So weit, so gut, doch wer kontrolliert nun all die Projektparameter? Watson zufolge könnten die Bauern diese Indikatoren zunächst einmal für sich selber nutzen, um die Leistung zu einem bestimmten Zeitpunkt festzuhalten und Fortschritte festzustellen. Die Daten würden dabei von den Bauern selbst eingepflegt.

An dieser Stelle stellt sich jedoch zwangsläufig die Frage nach der Glaubwürdigkeit. *OpenForests* überprüft zwar die Plausibilität der Angaben, eine unabhängige Dritte wie ein Zertifizierungsunternehmen ist bisher jedoch nicht mit einbezogen. Auch in puncto Praktikabilität der Software-Tools hapert es noch bei den einheimischen Land- und Forstwirten, während dies für andere Teilhaber wie Holzhändler, Produzenten, Baumschulen, Spender oder NGOs,

die ein Projekt initiieren wollen, in der Regel kaum Probleme bereitet. So benötigt man einen Internetzugang, um sich auf einer Plattform einloggen zu können. Dies ist bei DorfbewohnerInnen, die in entlegenen Gegenden wohnen, jedoch eher selten der Fall. Dazu ist das Nachhaltigkeitsbewusstsein örtlich sehr unterschiedlich ausgeprägt und es fehlt häufig die intrinsische Motivation für nachhaltige Beforstung: wie erwähnt, bauen viele aus kurzfristigen kommerziellen Gründen Nutzpflanzen an, die sich schnell wieder verkaufen lassen. Die Projektleitungen werden demnach noch viel Aufklärungsarbeit leisten müssen.

Die Idee hinter *OpenForests*, mehr Offenheit für die wirtschaftlichen Nutznießer von Regenwäldern zu schaffen, bringt den Vorteil nachhaltiger Aufforstung mit sich. Auch Investoren haben einen besseren Überblick. Dennoch muss weiterhin die Kontrolle der Messgrößen verbessert werden, um noch mehr Glaubwürdigkeit für die Interessengruppen und die Öffentlichkeit zu erzielen. Zudem hat Borneos Landbevölkerung bei einer derzeit noch kaum vorhandenen Internetanbindung kaum Möglichkeiten, um von den Vorteilen einer erhöhten Transparenz nachhaltiger Forstwirtschaft zu profitieren.

Quellen

- > Interview mit Alexander Watson (19.–20.5.2017 in Bonn), siehe Upload Parzinger+Beichler
- > Fairventures.org (2015). Verfolgen Sie den Fortschritt im 1 Million Trees Programm. URL: <http://fairventures.org/worldwide/1mtrees-borneo/#1448988254377-8a232655-8d9d>
- > Openforests.com (2015). 1 Million Trees Project – Fairventures Worldwide, Indonesia. URL: <https://openforests.com/project/1-million-trees-project-fairventures-worldwide-indonesia/>

Interview mit Alexander Watson von OpenForests

von Louise Beichler und Sigrid Parzinger

Die Autorinnen studieren im Bachelor of Arts International Cultural and Business Studies an der Universität Passau.

Louise Beichler/Sigrid Parzinger (B./P.): Herr Watson, was war die Hauptidee hinter der Gründung von OpenForests?

Alexander Watson (A.W.): Wir haben zwei Ziele: Markttransparenz für nachhaltige Forstprojekte und ein effizientes Forstmanagement. Über *web karten* (Siehe Abbildung unten) und hochauflösende drohnenbasierte Luftbilder, aber auch über ein systematisch aufgebautes Reporting, stellen wir Projekten Softwarewerkzeuge zur Verfügung, mit denen sie transparent und glaubwürdig ihre Projektarbeit dokumentieren und kommunizieren können. Auf dem Markt können so zum Beispiel HolzhändlerInnen gezielt nach Holz aus nachhaltiger Produktion suchen und Projekte können Premiumpreise für ihre Produkte erhalten. Anders gesagt, wir möchten nachhaltigen Projekten einen sichtbaren Marktzugang ermöglichen und sie dabei unterstützen, sich besser von nicht nachhaltigen Projekten abzugrenzen. Durch intuitiv bedienbare Forstmanagementsoftware, die per *Login* über das Internet erreichbar ist, bieten wir kleinen und mittelgroßen Forstunternehmen die Möglichkeit, selbst ihre Daten effizient zu managen.

Wir möchten nachhaltigen Forstprojekten Werkzeuge zur Verfügung stellen, mit denen sie die Datenhoheit über ihre eigenen Forstinformationen behalten und in die Lage versetzt werden ihre Wälder nachhaltig zu bewirtschaften. Demnach sollten diese nur so viel Holz ernten, wie im gleichen Zeitraum wieder nachwachsen kann.

B./P.: Darf ich fragen, wie Sie darauf gekommen sind, mit Drohnen zu arbeiten?

A.W.: Wir haben in der Vergangenheit in Panama mit Heliumballons experimentiert, an denen einfache Fotokameras hingen, weil wir die Fläche von oben betrachten wollten. Wind und die eingeschränkte Flächenleistung bei der Waldkartierung mit Ballons haben uns veranlasst, nach anderen Möglichkeiten zu suchen. Vor sechs, sieben Jahren kamen die ersten Drohnen zum selber zusammenbauen auf den Markt. Mein Kollege Patrick Ribeiro hat die erste Drohne für uns zusammengebaut. Es war ein Lernprozess mit vielen Rückschlägen und zerstörtem Equipment, aber wir haben die forstlichen Anwendungen mit Drohnen kontinuierlich weiterentwickelt.

B./P.: Werden die Daten von euch zuerst selbst aufgenommen, bevor sich eine NGO findet, die sich mit einem entsprechenden Projekt befasst?

A.W.: Nein, meistens arbeiten wir mit Projekten, die es schon gibt. Diese Projekte sammeln zum Beispiel ihre Daten in Excel-Tabellen, wodurch über die Zeit häufig ein großes Datenchaos entsteht. Manchmal haben wir das Glück, dass wir genau in diesem Moment mit diesen Organisationen in Kontakt kommen und sie bei der Datenaufbereitung unterstützen können.

B./P.: Wie arbeiten Sie mit den Projekten zusammen?

	MARKETPLACE	Marktplatz für nachhaltige Wald-Investments Wald-Anlageoptionen können angeboten und gefunden werden.
	FAIR FOREST	Impact-Berichte und Waldprojekt-Bewertungen Transparenz und das Herausfiltern der wirksamsten Methoden
	DRONE MAPPER	Auf Drohnen basierte Kartierung von Wald und Landschaft Neue Perspektiven für Bewertung, Beobachtung und Forschung
	PROJECT EXPLORER	Präsentation und Dokumentation Soll die Kommunikation mit Stakeholdern verbessern
	FOREST MANAGER	Wald- Informations- Systeme Für das Organisieren von Daten an einem Ort
	CONSULTANCY	Beratungsdienstleistungen für Investoren und Projekte Unterstützung zum längerfristigen Erfolg

Softwarewerkzeuge, die OpenForests Kunden zur Verfügung stellt
Quelle: www.openforests.com

Infobox

OpenForests UG, 2011 gegründet, ist ein Beratungsunternehmen und ExpertInnennetzwerk mit Hauptsitz in Krefeld, Deutschland. Mit der Entwicklung und Bereitstellung von Dienstleistungen und Softwaretools unterstützt das Unternehmen weltweit soziale, ökologisch diverse und profitable Forstwirtschaftsprojekte. Einen besonderen Fokus legt OpenForests auf die tropischen Breitengrade in Lateinamerika, Afrika und Südostasien.

Weitere Informationen zu OpenForests finden sich unter anderem auf der Website <https://openforests.com>



Bild einer
Webkarte von
OpenForests
Quelle: Alexan-
der Watson

A.W.: Die NGOs kontaktieren uns und wir versuchen dann gemeinsam zu spezifizieren, welches die wichtigsten Daten sind, die sie brauchen, um gewisse Entscheidungen zu treffen. Ein Beispiel: »Welche Daten bräuchten Beschäftigte in der Forstwirtschaft, um ihre Aufforstungsfläche zu bewirtschaften?« Im ersten Schritt müssten sie die Flächengröße, die Anzahl ihrer Bäume und wie viel Holzvolumen jeder Baum hat, kennen. Hieraus können diese Bauern und Bäuerinnen Bewirtschaftungsmaßnahmen ableiten und den Wert ihres Holzes bestimmen.

B./P.: Wie berätet ihr Organisationen, ihre Daten zu strukturieren?

A.W.: Wir machen gemeinsam mit den Organisationen eine Inventur ihrer Daten und ihrer Datenstruktur. Im zweiten Schritt überlegen wir gemeinsam, wie man die vorhandenen, häufig unstrukturierten Daten aufarbeiten und ein konsistentes Datenmodell aufstellen kann. Die Daten werden hierbei Stück für Stück in eine Forst-Informations-Datenbank integriert, die über das Internet erreichbar ist. Entsprechend den Projektanforderungen entwickeln wir diese Datenbank immer weiter.

Ich bin selber Förster und unser Vorteil ist, dass wir uns als Team im Waldsektor gut auskennen und gleichzeitig verstehen, mit welchen *Information-Tools* die praktischen forstlichen Fragestellungen unterstützt werden können.

B./P.: Sind diese Informationssysteme sowohl für die Bauern und Bäuerinnen selbst, als auch für die NGOs nutzbar? Und sofern sie einen Internetzugang haben, um ihre Daten anschauen zu können, was

machen diese Menschen konkret mit dieser Information?

A.W.: Ja genau. Der Idealfall wäre, dass Beschäftigte in der Forstwirtschaft trainiert werden, ihre Daten selber aufzunehmen und dann über einen *Login* oder über eine öffentliche Web-Karte diese Daten einsehen und vergleichen können. Und dann lässt sich mit anderen Forstwirtschaftlern vergleichen, wie gut ein Wald wächst. Dies ermöglicht zudem festzustellen, ob noch eine Düngung notwendig ist, oder, wenn es einen Schädling gibt, wie man den bekämpfen kann. Die Informationen, wie viel Holz auf der Fläche steht, und die Möglichkeit, das Holz auf dem Markt zu verkaufen, werden zugänglich.

Im Idealfall helfen wir den Menschen, ihre Daten bewusst aufzunehmen und aus ihnen zu lernen.

B./P.: Haben die Bauern in Indonesien selbst schon Umweltbewusstsein? Verstehen Menschen mit gesundheitlichen Problemen, dass unter Anderem Pestizide die Ursache davon sind?

A.W.: Beispielsweise in Gegenden, wo sehr viele Herbizide gesprüht werden und wo die Menschen krank werden, da gibt es natürlich den Wunsch nach mehr Nachhaltigkeit.

Ich denke schon, dass Betroffene in Pestiziden eine Ursache für gesundheitliche Probleme erkennen. Häufig wird in der Praxis aber der Arbeitsschutz vernachlässigt und Pestizide ohne Schutzkleidung und Mundschutz appliziert.

B./P.: Aber die Bauern und Bäuerinnen freuen sich schon, wenn ein derartiges Projekt kommt oder meinen Sie, sie werden oft überrumpelt?

A.W.: Die Entwicklungsarbeit ist voll von Beispielen, in denen EntwicklungshelferInnen irgendwo hingehen mit tollen Ideen und die lokale Bevölkerung bevormunden.

Wir versuchen deshalb mit unseren Tools, die Leute vor Ort zu *empowern*, die Arbeit, die sie ohnehin tun, effizienter und nachhaltiger zu verrichten, und mit der neuen Qualität ihres Managements und ihrer Produkte auch die Märkte zu erreichen und faire Preise zu erzielen. Niemand wird dazu gezwungen, neue Technologien zu verwenden.

B./P.: Ich hätte noch eine Frage zu dem *FairForest Rating*. Wie wird das durchgeführt? Macht das jede NGO selbst? Und wäre es dann nicht naheliegend, dass man sich besonders sozial und nachhaltig darstellen würde?

A.W.: Das *FairForest Rating* ist auf einem öffentlich zugänglichen Katalog von ungefähr 170 standardisierten Indikatoren aufgebaut, die soziale, ökologische und wirtschaftliche Performance messen.

Der Indikatorenkatalog ist *IRIS-aligned*. *IRIS* ist ein international anerkannter *impact metrics Katalog*, der von der *Rockefeller-Stiftung* aufgebaut wurde.

Das Rating hat zwei Stufen. Jedes Projekt kann mit Hilfe der Indikatoren seine ganzheitliche, beziehungsweise nachhaltige Performance messen. Bei Bedarf kann dann ein drittes, unabhängiges Unternehmen die Indikatoren vor Ort in einem unabhängigen Audit überprüfen. Die jeweilige Performance wird dann in einem öffentlich zugänglichen Bericht festgeschrieben. Organisationen nutzen die Indikatoren zum Beispiel für ihre *Nachhaltigkeitsreportings*.

B./P.: Was sind die langfristigen Pläne von OpenForests? Ist es die weitreichende, effiziente Kartierung, mit so vielen Indikatoren wie möglich?

A.W.: Wir wünschen uns, dass wir Informationstools bauen können, seien es Drohnen oder mobile *Field-Apps* (Forstinformationssysteme), mit denen wir möglichst viele kleine Projekte in die Lage versetzen, nachhaltig Forstwirtschaft zu betreiben. Wir möchten kleinere und mittlere nachhaltige Forstbetriebe und Waldbauern wettbewerbsfähig machen. Sie sollten sich zusammenschließen können, sodass sie nicht durch die großen, häufig nicht nachhaltigen Unternehmen vom Markt verdrängt werden können. So würden wir in der Zukunft als eine nachhaltige Wald-Kooperative gemeinschaftlich Holz und andere Waldprodukte vermarkten und verkaufen können. Das ist unsere Vision. Und das überall auf der Welt. ■

Alexander Watson

hat seinen Bachelor of Science in der Forstwirtschaft absolviert. Nachdem er Erfahrung in der nachhaltigen Forstwirtschaft gesammelt hat, gründete er 2011 mit zwei FreundInnen OpenForests.



Anne Krahnstöver, Philippinen - Kämpfen für den Frieden

Julia Breuer, Two Belts, One Road? The Role of Africa in China's Belt & Road initiative

Lilli Breining, Verkündung des Kriegsrechts in Mindanao

Nicola Glass, Lichtjahre von Demokratie entfernt - Thailand drei Jahre nach dem Militärputsch

Mandy Fox, Ein Jahr NLD-geführte Regierung in Myanmar - Eine Bilanz

Maria Tschanz und Moinka Schlicher, Genug! – Ringen um Anerkennung und Gerechtigkeit in Timor-Leste

Gregor Grossmann, OBOR und die Sino-Mongolische Beziehung

E. San Juan jr. und Andy Piascik, Vorwort: Rainer Werning, Killings Fields und Volkskrieg in den Philippinen

Edith Koesoemawiria, Indonesien – Eine vertriebene Gemeinde in Jakarta lässt sich nicht unterkriegen

BLICK
WECHSEL

August 2017

Juli 2017

Juni 2017

Mai 2017

April 2017

März 2017

Aktuelle Analysen und Informationen. Hrsg.: Stiftung Asienhaus.
Auf dem Laufenden bleiben: kostenlos Asienhaus-Rundbrief abonnieren.

Blickwechsel-Download: www.asienhaus.de/stiftung-asienhaus/unsere-arbeit/publikationen/blickwechsel/

Die Autorin
studiert Süd-
ostasien- und
Wirtschaftswis-
senschaften an
der Universität
Passau und hat
im Herbst 2016
ein Auslandsse-
mester an der
Universitas Atma
Jaya in Yog-
yakarta, Indone-
sien, absolviert.

Fake News made in Indonesia

Wie Jakartas Gouverneur vor Falschmeldungen kapitulieren musste

Als bevölkerungsreichstes muslimisches Land der Welt wird Indonesien im öffentlichen Diskurs nicht selten als Vorbild für die Vereinbarkeit von Islam und Demokratie gepriesen. Auch in Indonesiens Medien- und Onlinewelt gilt eine relativ hohe Meinungsfreiheit. Inzwischen hat sich der Inselstaat sogar einen Namen als »Social-Media-Weltmeister« gemacht. Und das, obwohl noch vor etwa zwanzig Jahren eine strikte Kontrolle des Internets durch das autoritäre Suharto-Regime herrschte. Dennoch birgt diese fundamentale Öffnung auch Gefahren für die junge Demokratie des Landes.

Der ehema-
lige Gouverneur
Jakartas »Ahok«
Basuki Tjahaja
Purnama.
© Wikimedia
Commons



Die ambivalente Rolle der Neuen Medien

Seit der Wendezeit 1998 haben ethnische Konflikte und religiöse Unruhen die politische Stabilität und Einheit Indonesiens bereits häufig auf die Probe gestellt. Erst Ende 2016 traten die gesellschaftlichen Disparitäten wieder deutlich zu Tage, als Jakartas Gouverneurswahlen von einem religiös aufgeladenen Machtspiel überschattet wurden. Im Fokus der Kontroversen stand der damalige, sich zur Wiederwahl stellende Gouverneur der Hauptstadt Indonesiens, Basuki Tjahaja Purnama, genannt »Ahok«. Als chinesisch-stämmiger Christ vertrat Ahok gleich zwei Minderheiten Indonesiens, weshalb er die Missgunst der Vertreter des konservativen Islam erntete. Diese fanden anfanglich keinen besonders großen Wider-

hall, da sich Ahoks Volksnähe und Antikorruptionsmaßnahmen großer Beliebtheit erfreuten. So lag er bei Wahlumfragen 2017 zunächst weit vorn.

Dies änderte sich allerdings schlagartig nach der viralen Verbreitung eines Videos mit manipulierten Untertiteln einer Rede Ahoks in den sozialen Medien. In Wirklichkeit hatte der Amtsinhaber darin gewarnt, konservative Geistliche könnten die Sure 51 des Koran zu politischen Zwecken gegen ihn instrumentalisieren, um potenzielle WählerInnen in die Irre zu führen. Laut Auslegung einiger muslimischer AnführerInnen solle diese Sure MuslimInnen angeblich verbieten, Nicht-Muslime oder -Muslimas in politische Führungsrollen zu wählen. Das bearbeitete YouTube-Video erweckte allerdings den Eindruck, als mahne Ahok, sich nicht von Sure 51 täuschen zu lassen.

Das gefälschte Video verbreitete sich wie ein Lauffeuer, und Ahok erntete heftige Kritik auf Facebook, Twitter und anderen sozialen Netzwerken. Sowohl von Seiten islamistischer Gruppen als auch gemäßigten MuslimInnen wurden Vorwürfe der Blasphemie laut. Binnen kurzer Zeit kursierte eine Welle an Hasskommentaren. Imame drohten damit, die Durchführung von Beerdigungen zu verweigern, falls die Betroffenen für Ahok stimmen sollten. – Auf der Gegenseite holten auch seine Anhänger zu einem Online-Schlag aus: »#KamiAhok« (»Wir sind Ahok!«) wurde in kürzester Zeit zum meistgeteilten Hashtag (»Schlagwort«) Indonesiens. Der Konflikt spitzte sich jedoch nicht nur in der virtuellen Welt zu, sondern wurde auch in den Straßen der Hauptstadt ausgetragen. In Folge der Anschuldigungen kam es am 4. November 2016 zu Anti-»Ahok«-Massendemonstrationen mit mehreren Hunderttausend reaktionär-fundamentalistischen und radikalen IslamistInnen und SympathisantInnen aus dem ganzen Land.

Die FPI und die Macht der Meme

In diesem Drama spielt die national-konservative sunnitische *Front Pembela Islam* (»Front zur Verteidigung des Islam« / FPI) eine maßgebliche Rolle. Die radikale Gruppe ist dafür bekannt, enge Beziehungen zu Teilen der staatlichen Sicherheitskräfte sowie zu den konservativen Eliten um den Militär Prabowo Subianto zu pflegen, dessen Kandidat Anies Baswedan in Folge der Missstimmungen gegen Ahok die Gouverneurswahlen im Frühjahr 2017 als Sieger für sich reklamierte.



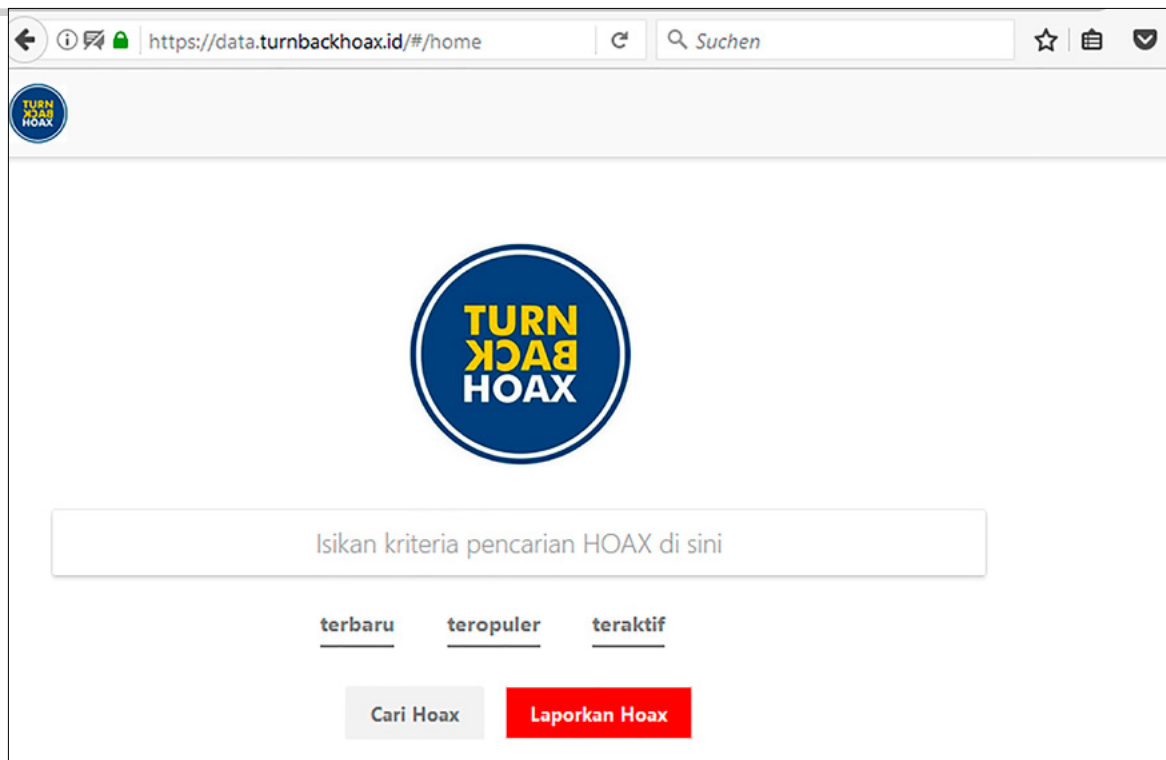
Während der Proteste am 4. November 2016 in Jakarta fordern Demonstranten »Penjarakan Ahok« (»Ahok hinter Gitter!«).
© Data RB

Vieles spricht dafür, dass das manipulierte Video gezielt und professionell vertrieben wurde. Die FPI ist längst für die Verbreitung sogenannter Internetmeme (englisch: »memes«) über soziale Medienkanäle wie Facebook, WhatsApp oder Twitter bekannt. Dies sind digitale Inhalte beispielsweise in Form von Grafiken, Fotos oder Videos, die von NutzerInnen beliebig variiert und weiterkommuniziert werden können. Im Wesentlichen dienen sie hier dazu, die Ideologie der Gruppe populär zu machen. Dabei werden islamistische und nationalistische Symbole und Narrative meistens so eingesetzt, dass negative Emotionen und Ressentiments besonders bei der muslimischen Unter- und Mittelschicht geschürt werden.

Auch im Zuge des Skandals um Ahok kursierten unzählige Meme, die Ahok als »Kafir« (»Ungläubigen«) und die vermeintliche Blasphemie als Bedrohung der nationalen Einheit Indonesiens verunglimpften. Besonders kontroverse Meme spielten sogar auf tief verwurzelte anti-chinesische Vorurteile an und brandmarkten Ahok als Kommunisten. – Mit derart provokanten Online-Inhalten ist es der FPI bisher immer wieder gelungen, Indonesiens schwelende religiöse und gesellschaftliche Konflikte anzukurbeln und über die Sozialen Medien im indonesischen Internet AnhängerInnen zu werben und zu mobilisieren. Diese wiederum organisieren sich auch offline und tragen ihre radikale Haltung auf die Straße und bis in die Regierungspolitik.

»Turn Back Hoax« – Indonesiens Kampf gegen Fake News

Zweifelsohne hatten Meme und »Fake News« (»Falschnachrichten«) die Fronten in Jakartas Gouverneurswahl verhärtet. Die Gefahr, die die Zunahme von Falschmeldungen darstellt, geht jedoch weit über die Wahlen hinaus. Soziale Medien werden zur Verteilungsplattform, um im Namen der Meinungsfreiheit Falschmeldungen zu politischen Zwecken zu verbreiten. Auch Präsident Joko Widodo hat längst erkannt, dass Falschmeldungen eine potenzielle Bedrohung für die indonesische Demokratie darstellen, wenn sie die Basis für politisches Engagement und soziale Bewegungen bilden. Fake News stellen keinesfalls ein neues Phänomen dar. Im Gegenteil, bereits im Zuge der Präsidentschaftswahlen 2014 bekam Joko Widodo dies am eigenen Leibe zu spüren. So veröffentlichten seine Gegner beispielsweise einen gefälschten Nachruf, der ihn als »Christ chinesischer Abstammung« betitelte. Als Antwort kündigte die Regierung den Kampf gegen Falschmeldungen im Netz an. Dabei soll die Einrichtung einer neuen Cyber-Behörde auf nationaler Ebene helfen, die VerfasserInnen von Fake News zu entlarven. Fraglich ist jedoch, wie erfolgreich derartige staatliche Maßnahmen in Zukunft die Verbreitung von Falschmeldungen unterbinden können. Zum einen schien es in der Vergangenheit so, als sei die Thematik der öffentlichen Moral wichtiger als die wirklich



akuten Probleme. So waren staatliche Institutionen bisher beispielsweise viel restriktiver in der Zensur vermeintlich pornographischer Inhalte als bei radikal-islamischen. Ferner lässt sich eine Intensivierung staatlicher Zensurpraktiken schwer mit dem demokratischen Prinzip von Meinungsfreiheit vereinen.

Aber wo staatliche Maßnahmen noch eine Weile auf sich warten lassen, hat die Öffentlichkeit erfahrungsgemäß bereits eine Antwort parat. In Indonesiens Fall heißt sie *Turn Back Hoax*. Das Konzept der von der Privatinitiative *Indonesian Hoax Busters* gegründeten Crowdsourcing-Plattform basiert auf einer aktiven Beteiligung ihrer User: Sie sollen Nachrichten, Bilder oder Websites melden, die sie als Falschmeldung (englisch: »hoax«) verdächtigen. Diese Inhalte werden dann in Foren öffentlich diskutiert und verifiziert, und die Ergebnisse schließlich auf der Website *turnbackhoax.id* präsentiert. Dieser Online-Service soll NutzerInnen in ganz Indonesien dabei helfen, Falschmeldungen von echten zu differenzieren, mit dem Ziel, den Missbrauchs sozialer Medien zum Anheizen ethnischer, religiöser und sozialer Spannungen einzudämmen.

Der Prozess gegen »Ahok« und seine Folgen

Tatsächlich erhob nun die Staatsanwaltschaft Mitte November 2016 Anklage gegen Basuki Tjahaja Purnama wegen Blasphemie, und es kam zu einem Aufsehen erregenden Prozess. Als im Mai 2017 der ehemalige Gouverneur zu zwei Jahren Haft verurteilt wurde, kam es zu einem Aufschrei des libe-

ral gesinnten Teils der Bevölkerung. Hashtags wie »#RIPHukumIndonesia« (»Ruhe in Frieden, indonesische Rechtsbarkeit!«) spiegeln den Versuch wieder, der wachsenden Missgunst Ausdruck zu verleihen.

Es ist schon besorgniserregend, dass es in Indonesien möglich ist, aufgrund einer vage definierten Blasphemie-Klausel Kritik an der Instrumentalisierung des Korans mit einer Haftstrafe ahnden zu können. Der Fall »Ahok« stellt ein Paradebeispiel für das Bemühen der radikal-islamischen Kräfte dar, das politische und gesellschaftliche Leben Indonesiens nach ihren Grundsätzen zu beeinflussen. Die sozialen Medien fungieren dabei als Kommunikationskanäle für eine schleichende Islamisierung Indonesiens. Es scheint, als sei die »Always-On«-Gesellschaft Indonesiens besonders anfällig für polarisierende Meme und Falschmeldungen. Das Blasphemie-Urteil hat gezeigt, wie derartige Internet-Phänomene die Macht besitzen, die Gesellschaft spalten zu können. Gleichzeitig ist er auch ein Weckruf an die Zivilgesellschaft Indonesiens zur Verteidigung der Meinungsfreiheit. Wichtig ist dabei eine umfangreiche Förderung von Medienkompetenz. – Das geschilderte Dilemma ist ein durchaus alarmierendes Zeichen für den Versuch des fundamentalen Islam, Indonesiens Politik und Gesellschaft zu untergraben. Um des sozialen Friedens und der Einheit Indonesiens willen bleibt zu hoffen, dass religiöser Pluralismus und friedliche politische Debatten (weiterhin) möglich sein werden – ohne hetzende Meme und Falschnachrichten! Die Feuerprobe dafür werden wohl die Präsidentschaftswahlen im Jahr 2019 darstellen. ■

"It really has the potential to cause problems!"

Interview with Irendra Radjawali about the influence of information, pseudoscience and media on the governor election in Jakarta 2017

von Manuela Hinderhofer

The author is currently studying International and Cultural Business Studies (BA) at the University of Passau with focus on South East Asia. Her exchange programme at the University Atma Jaya Yogyakarta in Indonesia for 6 months in 2016 during the governor pre-election raised her interest in the country Indonesia, the gubernatorial election 2017 in Jakarta as well as the case of Ahok.

As part of the OPEN-SOUTH EAST ASIA workshop in Bonn, Irendra Radjawali gave us his opinion on the progress and media effectiveness of information in Jakarta. Radja is an Indonesian activist who has been in contact with the people during the governor elections and gave us an insight into the mobilization of the demonstrations.

Manuela Hinderhofer (M.H.): What was the critical turning point in the Ahok case?

Irendra Radjawali (I.R.): Personally I think, the moment of the uploaded edited video really twisted the situation. Probably, if his comment had not been changed and the video had not existed, the situation would not have been so crazy.

M.H.: To what extent did social media and other internet platforms play a role in triggering the Anti-Ahok sentiment? Who are the people spreading the fake news in your opinion?

I.R.: I don't think that only online social media were responsible for the Anti-Ahok sentiment. Of course, it played both a big and a critical role because of our digital culture, which tends to be getting more and more instant and fast. The group behind the ones against Ahok was using social media as their platform to organize people for the protests and the Anti-Ahok movement. But they were also organizing themselves offline to attract people to work for them. The groups against Ahok tend to mention millions of people, who took part in the protests. But in reality, they comprised only a maximum of 700.000 participants. If you ask me, they could mobilize that amount of people because there was an offline movement included. So, I don't think only social media by itself could have had such a huge impact and big numbers of protesters at the 4th November in Jakarta.

M.H.: How did you experience the atmosphere in Jakarta?

I.R.: I was in Jakarta during the first protest, in the southern part. It was dependent on where you were in Jakarta. The people in South-Jakarta knew that there was something going on, that there were Muslims on the street protesting. It was not as if they did not care but they kept their daily life going as usual.

But where I felt significant differences, was in the usage of *WhatsApp*. In Jakarta, during the time of the protests the immense utilization of *WhatsApp* gave the impression of something big going on. For example, I was part of a *WhatsApp* Group of my University friends. Feeling sad of not being able to join the demonstrations, my friend expressed his emotions by texting "I am not the chosen one." Taking part in the protest seemed to be a holy gift from god. Many people regretted that they could not join the demonstrations. Based on our observations, I would say that mostly the middle and the upper-middle class were represented which means the educated ones. Therefore, contrasting the common point of view, everyone – the poor and the rich from Jakarta and even from Bogor, Tangerang or Bekasi were part of the demonstrations in the Indonesian capital.

M.H.: Who were the people behind those demonstrations?

I.R.: Firstly, the *Islamic Defenders Front* FPI (*Front Pembela Islam*). Secondly, the politicians who were already against Ahok before the blasphemy allegation. Actually, some of the military or ex-military people were behind the movement as well. The FPI was the main group pulling the strings behind the Anti-Ahok sentiment but the question is, how can the FPI be so brave if there's no power behind them?

M.H.: Was the Ahok case a question of religious or rather political issues?

Irendra Radjawali in conversation with Svenja Hübiniger and Manuela Hinderhofer on the OPEN SOA Workshop in Bonn, Germany. © Nadja Kützing, Forum Internationale Wissenschaft





Irendra Radjawali during his talk at the workshop in Bonn, Germany.
© Nadja Kützing, Forum Internationale Wissenschaft

I.R.: I would argue that behind all these incidents, it was a political power play but where religion also played a role. Ahok's opponents used religious and ethnical aspects as their instruments to abuse their power. But please remember that there are many other Anti-Ahok groups, which I am also part of, which do not refer to religious principles. The opponents are not against him due to Ahok's Chinese or Christian background but because of his rather aggressive approach on developing Jakarta. For example, the evictions of the poor people in the slums as well as the construction of the artificial islands called reclamations. But on the other hand, this Anti-Reclamation movement was also influenced by a prominent Muslim person, Amien Rais, the leader of *Muhammadiyah*, one of the two biggest Muslim organizations in Indonesia. He turned the resistance against these artificial islands into a resistance against Chinese business men. As you see, the political aspect is the main issue followed by arguments of religious and ethnical aspects.

M.H.: Do politicians in Indonesia use religion as a kind of capital?

I.R.: Some of the big political parties are still hesitant of using a religious strategy but that does not mean that they will not use it in future. Now, they probably don't want to be seen as racists but earlier speeches of some of the prominent politicians from the big parties have already shown a tendency of bringing up this topic.

M.H.: Was the opening of the internet and the evolvement of social media platforms after the fall of Suharto rather a danger or a blessing for Indonesia?

I.R.: My generation struggled under Suharto and the internet was something luxurious. There were probably only two institutions around 1993/94 in

Indonesia with internet access – one of it was my University in Bandung. After Suharto stepped down and the reformation happened, the internet was a little more open, more accessible. Maybe also due to the development of new technologies and the opening of the market. Nowadays, I would argue that it is a curse for the Indonesian state. Maybe I am exaggerating but in the current situation it is definitely not a blessing for Indonesia. People are not able to filter the information which is very instant. I would not say that Indonesia is not ready for this development. In my opinion, it is not a matter of readiness but a matter of the way people deal with such changes regarding their cultural imprint, their social framework and their political culture. And in Indonesia the reality is, that the old conservative way of thinking in hierarchy and sexism is still prevalent. That is the reason I don't think of it as a blessing. It really has the potential to cause problems in my opinion.

M.H.: Do groups like the FPI use social media to promote a controversial view of the religious world like in Ahok's case?

I.R.: I would say yes. Online social media was not filled by proponents of diversity and tolerance. It was mainly filled by the extremists as our research can say so far. So yes, the FPI used it and there was no rival or no fighting back. They rather used social media for propaganda purposes than for recruiting people. Researches have shown that the recruitments stay offline and are still current. Additionally, apart from propaganda through social media, social media users were kept under surveillance. In my opinion, they observed the people reading the propaganda in order to choose which one to recruit or approach offline. Therefore, they use the social media in two different ways: spreading out their propaganda and monitoring users to get candidates for their intention.

M.H.: Which state interventions could be implemented in Indonesia to avoid or reduce the so-called fake news regarding the internet and social media?

I.R.: At the moment, I think the reaction of the government regarding fake news is banning them. But in my opinion, this is a wrong approach. I would argue the better approach is the one of a working together. The Indonesian government should work together with different groups of the society – Muslim groups, Christian groups, youngsters or others. It is important to create collectives which work together trying to frame the news. It is important that they make networks possible. In that way, the process of recognizing the fake news can be faster and probably more precise or accurate than the current solution of giving it to experts or consultants. What I have in mind is that neither the government nor the society can manage this problem on their own. They must work together! ■

Die tödliche Gefahr bei der Smartphone-Produktion

von
Lisa Lehmann

Die Autorin ist
Studentin der
Kulturwirtschaft
an der Universi-
tät Passau.

Das Thema Open Data geht Hand in Hand mit der Herstellung von Produkten in der Elektroindustrie. Ohne die Vielzahl an Innovationen auf diesem Sektor, die uns die letzten Jahrzehnte gebracht haben, wäre eine Diskussion darüber, möglichst viele Daten für so viele Menschen wie möglich freizugeben, wohl obsolet – Social Media ohne Smartphones ist fast undenkbar. Bei allen positiven Effekten, die Open Data gerade in Ländern Südostasiens haben kann, gibt es hier Gefahren, die sowohl von den Industriekonzernen als auch von den Regierungen vertuscht werden. Die lebensgefährlichen Folgen für die ArbeiterInnen in der Elektronikherstellung, deren Ausbeutung und die Ignoranz der Machthaber werden im Folgenden am Beispiel der Insel Batam beleuchtet.

Die Insel Batam

Batam ist eine wichtige indonesische Insel und liegt im sogenannten Wachstumsdreieck zwischen Singapur, Malaysia und Indonesien. Aufgrund der besonderen geographischen Lage wurde im Jahr 1989 eine Freihandelszone eingerichtet, die zu einem starken Wirtschaftswachstum auch in der Elektroindustrie geführt hat. Im Jahr 2008 wurde die Branche außerdem zu einer der sechs wichtigsten Industrien von der indonesischen Regierung bestimmt.

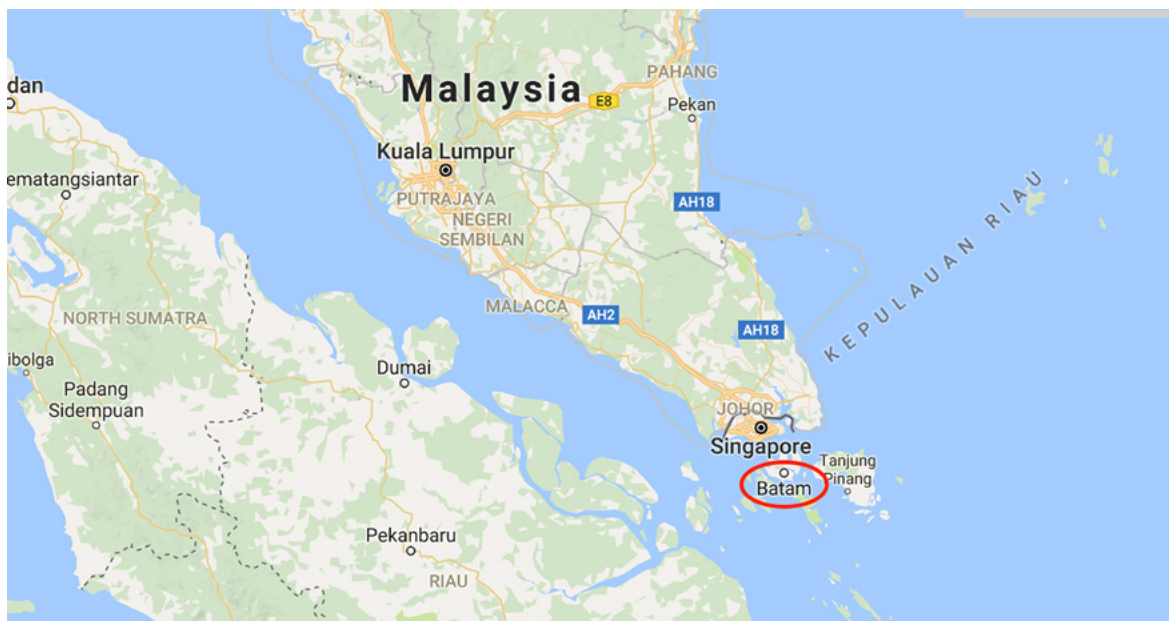
Die Einwohnerzahl von Batam ist in den letzten fünfzig Jahren um das 90-Fache gestiegen. 90 Prozent der Beschäftigten in der Elektroindustrie sind Frauen aus dem ganzen Land. Aufklärung über den

Umgang mit gefährlichen Substanzen findet in den Unternehmen selbst quasi nicht statt. Durch die ständigen Wechsel der Einsatzorte – es werden zumeist nur befristete Arbeitsverträge durch Subunternehmen angeboten – ist es für die Belegschaften kaum möglich, sich zu organisieren oder im Falle einer Erkrankung nachzuvollziehen, wann und wodurch diese hervorgerufen wurde.

Die Organisation der ArbeiterInnen

Es gibt bereits einzelne Gewerkschaften wie die *Federation of Indonesian Metal Workers*, deren Hauptziele höhere Löhne sowie die Aufklärung über gefährliche Substanzen und gesundheitliche Risiken sind. Durch organisierte Streiks wurden in den letzten Jahren zwar die Einkommen der ArbeiterInnen verbessert, die gesundheitliche Situation aber kaum. Internationale Websites wie www.chemhat.org, die über Chemikalien aufklären und »von ArbeiterInnen für ArbeiterInnen« entwickelt wurden, gibt es derzeit nur auf Englisch oder Spanisch.

Bereits seit den 1970er und 80er Jahren ist in den USA wissenschaftlich erwiesen, wie krankheitserregend chemische Stoffe bei der Elektronikproduktion sind. Fehlgeburten, Krebserkrankungen und sogar Todesfälle führten zu Schadensersatzzahlungen in Millionenhöhe und schließlich zur (nicht nur humanitären, sondern sicher auch ökonomisch geleiteten) Erkenntnis, besser in Prävention und Aufklärung zu investieren. – Was auf Batam wie in allgemein Asien weiterhin zu beobachten ist, scheint daher noch



Lage der
Insel Batam
© Google Maps



Fahmi Panimbang auf dem OPEN SOA Kongress in Bonn.
© Forum Internationale Wissenschaft, Bonn

unfassbarer: Prävention, Aufklärung oder anderweitigen Schutz der ArbeiterInnen stellt keinen großen Stellenwert dar.

Jakarta lässt Verantwortung missen

Die indonesische Regierung hätte zwar die Möglichkeit, eine fairere Behandlung der eigenen BürgerInnen anzuordnen. Jedoch scheint das Ziel, die Elektroindustrie zu einer der größten des Landes zu machen, für die Machthaber wichtiger als die Gesundheit der ArbeiterInnen zu sein. Laut einem Bericht des *Sedane Labor Resource Center* (LIPS) gibt es in ganz Batam keine staatlichen oder freien Ärzte. Die medizinische Versorgung findet daher nur durch Betriebsärzte statt; uneingeschränkte Aufklärung und umfassende Behandlungen scheinen daher sehr fragwürdig.

Die Rolle der Verbraucher

Ausbeutung von ArbeiterInnen in südostasiatischen Ländern ist leider immer noch Gang und Gäbe. Die anfängliche Betroffenheit der Konsumenten nach einem neuerlichen Skandal etwa über einen großen Textilhersteller weicht oft schnell wieder einem ernüchternden Pragmatismus nach dem Motto: ‚Wo und was können wir denn guten Gewissens noch kaufen, wenn das eigene Budget begrenzt ist?‘

Kritische Berichte über die hochproblematischen Arbeitsbedingungen an den Produktionsstätten sind dagegen kaum zu finden. Auch deshalb bleiben Schreie der Entrüstung der Konsumenten aus den Industrieländern aus.

Die Rolle von Open Data

Hier kommt der Begriff »Open Data« wieder ins Spiel. Sie können tatsächlich auch für die ArbeiterInnen in den Fabriken von Batam zu einer Verbesserung ihrer Situation führen.

Open Data könnte einerseits die ArbeiterInnen über die Sicherheitsrisiken direkt informieren und andererseits die Konsumenten der Industrienationen sensibilisieren – etwa um mit Websites oder über Handy-Apps Druck auf Elektronikkonzerne zu aufzubauen.

Meiner Meinung nach fehlt sowohl in unserem Teil der Welt als auch in den jeweilig betroffenen Ländern ein Bewusstsein über die schlimmen Folgen für die Arbeiterinnen und Arbeiter. Open Data, Lobbyisten und AktivistInnen könnten hier Abhilfe schaffen und Protestbewegungen initiieren. – Einer dieser Aktivisten ist Fahmi Panimbang von LIPS, der einen Schulterchluss gegen die kapitalistische Globalisierung erreichen will und sich für eine Überwachung transnationaler Organisationen einsetzt.

Die Elektronikriesen werden auf Forderungen wie die der internationalen Kampagne »Good Electronics Challenge« nach einem Verzicht auf gesundheitsgefährdende Chemikalien und der Nutzung sicherer Produktionsmethoden wohl nur dann reagieren, wenn genügend Endkonsumenten auf einer fairen und gesundheitsrisikoarmen Herstellung bestehen.

Ein erster Schritt: Das »Fairphone«

Ein positives Beispiel in diesem Zusammenhang gibt es bereits. Das Unternehmen Fairphone mit Sitz in Amsterdam verwendet laut eigenen Angaben ausschließlich konfliktfreie Mineralien und Fairtrade-Gold in seinem neuen Smartphone »Fairphone 2«. Zwei der Hauptziele des Unternehmens sind der Einsatz von fair gehandelten Rohstoffen und gute Arbeitsbedingungen. Aber auch dort weiß man: Umdenken braucht seine Zeit. Daher wird es wohl noch einige Jahre dauern, bis sowohl das Bewusstsein für die Problematik als auch die Bereitschaft, mehr Geld für verbesserte Bedingungen auszugeben, sich verändert haben und zu besseren Verhältnissen unter anderem in Batam führen. ■

■ EU-Resolution zu Palmöl – Reaktionen

Anfang April 2017 hatte das Europäische Parlament eine (nicht bindende) Resolution verabschiedet, die eine einheitliche EU-weite Zertifizierungsregelung für Palmölimporte sowie ein Verbot von Biokraftstoff aus nicht nachhaltig produziertem Pflanzenöl vorsieht (vgl. südostasien 2/2017). Einige indonesische NGOs forderten daraufhin ihre Regierung auf, diese Resolution zum Anlass zu nehmen, einen grundsätzlichen Wandel in der Palmölproduktion anzustreben und forderten eine Vergabe von Landnutzungsrechten direkt an Bauern, deren Zugang zu Banken und Unterstützung bei der Steigerung ihrer

Produktivität. Mansuetus Darto, Koordinator der *Serikat Petani Kelapa Sawit (Vereinigung der Palmöl-Bauern)*, sagte: »Wir wissen, dass bisher die Bauern dazu benutzt wurden, um das Verhalten von Konzernen und Unterstützern der Palmölindustrie zu legitimieren.«

Ein solcher Wandel zeichnet sich jedoch auf Regierungsebene nicht ab. Eine indonesische Delegation beim 13. Trade Policy Review der Europäischen Union innerhalb der WTO kritisierte die Resolution als nicht angemessen; die EU müsse die ernsthaften Bemühungen der indonesischen Regierung für

nachhaltiges Palmöl anerkennen. Anfang August unterzeichneten zudem das indonesische Staatsunternehmen *PT Perusahaan Perdagangan* zum Tausch von indonesischen Agrarprodukten gegen russische Kampfflugzeuge. Fadhil Hasan, geschäftsführender Direktor der *Vereinigung indonesischer Palmölproduzenten* begrüßte das Abkommen mit den Worten: »Angesichts wachsender Ressentiments gegenüber unserem Biodiesel in Europa und den USA, kann Russland einen alternativen Markt in den kommenden Jahren darstellen.«

Antara News 20.4.2017, 6.7.2017
Jakarta Post 4.8.2017

■ Kampf gegen HIV/AIDS – Die vergessenen Frauen

Im Jahr 2016 lag die Zahl der HIV-positiven IndonesierInnen bei geschätzt 697.000; bei einer Bevölkerung von 257 Millionen entspricht dies einer Prävalenzrate von 0,27 Prozent. Fast die Hälfte aller HIV-Infizierten in Indonesien sind Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren – im Jahr 2007 betrug ihr Anteil noch 22 Prozent. Und während die Verbreitung von HIV in Hochrisikogruppen wie Drogenkonsumenten, Prostituierten und homosexuellen Männern durch Aufklärungsarbeit, Gebrauch von Kondomen

und sterilisierten Nadeln verlangsamt werden konnte, steigt sie unter jungen verheirateten Frauen weiter an. Regierungsbeamte und Mediziner schenken diesen Frauen wenig Aufmerksamkeit, da sie gemeinhin als wenig gefährdet für eine Ansteckung gelten – dass der Lebenswandel ihrer Männer ein Ansteckungsrisiko darstellen könnte, wird oft vernachlässigt. Mit der Infektion einher geht für Frauen die Gefahr HIV an ihre (ungeborenen) Kinder zu übertragen. Zwar ist in Indonesien das Angebot eines HIV-Tests

an Schwangere verpflichtend; in der Realität sind sich MitarbeiterInnen in Gesundheitseinrichtungen dieser Verpflichtung jedoch oft nicht bewusst oder sie haben nicht die Zeit und/oder die notwendige Ausstattung. Die weit verbreitete Stigmatisierung von HIV/AIDS-Patienten sowie ein Mangel an Medikamenten macht es den Erkrankten generell zudem schwer eine adäquate medizinische Versorgung zu erhalten.

Inside Indonesia 4.7.2017

■ Chinesische Götterstatue als Test für religiöse Toleranz

Am 17. Juli 2017 wurde die etwa 30 Meter hohe Statue von Guan Yu, einem chinesischen General aus der Zeit der Drei Königreiche, der in der chinesischen Volksreligion als Gott verehrt wird, in der ostjavanischen Stadt Tuban offiziell eingeweiht. Bereits kurze Zeit später verhängte die Tempelverwaltung des Kwan-Sing-Bio-Tempels, auf dessen Grund-

stück die aus privaten Spenden finanzierte Statue steht, sie mit weißen Tüchern und reagierte damit auf Druck seitens protestierender Muslime und eine Empfehlung des lokalen *Forums für Religiöse Harmonie (Forum Kerukunan Umat Beragama)*. Die Statue hatte erhitzte Diskussionen in den sozialen Medien ausgelöst, wobei auch viele ungerechtfertigte Vorwürfe, wie die Statue sei ohne Erlaubnis errichtet worden, und die polemische Aussage, die Statue sei ein Symbol für die Kontrolle der indonesischen Regierung durch Chinesen, kursierten. Auch vor Ort versammelten sich DemonstrantInnen und forderten den Abriss.

Coconuts 7.8.2017
Tirto.id 8.8.2017

Singapore as the open innovation and tech hub in South East Asia

The author is currently a student of International and culture studies master degree program at the University of Passau. She spent her last year working partly in Malaysia for a tech start-up company.

The 'Lion City' has transformed itself from a third-world nation with poor infrastructure, low-end commerce and limited capital into one of the four Asian Tigers and finally becoming a first-world metropolis, where smart ideas are born. Hence, Singapore creates a very attractive environment for start-ups and it is no wonder that Singapore is globally well known as Asia's leading innovation and tech hub thanks to its strong state's investment into technology, start-ups and human capital.

In the global arena, the island nation remains highly ranked in the list of start-up ecosystem according to the 2017 *Global Start-up Ecosystem* reported by the *Start-up Genome* project. In addition, the 2016 *Global Innovation Index* reports that Singapore is the sixth most innovative economy in the world and first in Asia for innovation. The digital age, which is shaping the world around us, offers plenty of opportunities and challenges. The leaders of Singapore seem to be well-aware of that and therefore have taken the action to boost the future success of Singapore by transforming into a smart city.

Smart Nation Initiative

Striving for continuous development of digital technologies and applications is essential for the fulfilment of any ambitious vision. In 2014, the government introduced the *Smart Nation* program which comprises of education and training to enhance Singaporean's skills in using as well as creating modern technologies. In other words, the island nation made a political commitment to innovation and technology for the purpose of creating a better place to live in, taking a big step into the future.

Data sharing as the key to success

Singapore is the leading country in Asia in terms of supporting innovation like maps, public transport, trade and crime statistics through open data according to the *Open Data Barometer*. In 2011, the Singaporean government launched the open data portal (*Data.gov.sg*) to enable quality research and enhance the public engagement by giving access to publicly available data. The government authorities are keen to create an open data society where data sharing contributes towards establishing smart solutions for sustainable urban living. The Singaporean government is a good example of how to make most of the data for development as well as global progress. They are conscious of the potential in unlocking the data so that the data can be accessible to the public for further utilisation and having a positive impact not only on their civil society but also on the state economy. On the other hand, an important aspect to bear in mind is that the published open data should be relevant and of good quality in order to be easily consumed by the public. This is what the Singaporean government constantly focuses on and ensures by releasing the quality guide to the public for feedback gathering and more importantly, for suggestions where is a space for the improvement.

Encouraging start-ups

When it comes to ease of conducting business, Singapore rated to be one of the easiest places to do business according to the *Ease of Doing Business* report made by the *World Bank*, which in turn contributes to fast growing community of tech start-ups in the island nation. The government's investment

Singapore
scenery.
© Lucie Dani-
elowitzová



subsidiaries provide special programs to boost the start-up ecosystem in Singapore by creating start-up spaces for networking and exchanging ideas. Moreover, the accelerator and incubator programs offer support emerging start-ups through mentorship, training and education. One of the successful initiatives with a positive impact of open technology on social change is the start-up organisation *FOSSASIA*, founded in 2009 by Hong Phuc Dang and Mario Behling. The free and open source technology organisation is aiming for a positive societal change by bringing talented people together to work on various projects with an essential support of open technologies. Furthermore, they organise open tech events and hack labs such as the annual *FOSSASIA Open-TechSummit* where participants can learn about new developments in software, hardware, science and machine learning attended by skills enhancement oriented tracks. Besides, *FOSSASIA Pocket Science Lab* aims to develop hardware for schools and universities to enable pro-active learning about physics and chemistry.

Issues of the Smart Nation Initiative

The *Smart Nation Initiative* has made Singapore a living lab for testing smart solutions to urban issues which require a high degree of coordination among government, research institutions and companies. Although the whole initiative empowers the people both ways, it is way too centralised and there is missing freedom of information law. Based on the annual study *Freedom on the Net* published by *Freedom House* organisation in 2016, Singapore is only partly free in terms of freedom, civil liberties and political rights. On one hand, the republic's constitution provides the high-security environment as well as open data for the citizens; on the other hand, it uses legal power to obtain personal data for surveillance purposes in the name of national security by centrally controlled internet monitoring. Hence, Singaporeans have no law which recognises the right to internet privacy. The interesting finding is that even though citizen's privacy is not entirely respected by the state, Singaporeans do not seem to be concerned about the absence of privacy rights, as the government justifies its surveillance actions by providing residents the benefits of high security. Besides that, there is no need for any authorization for the state authorities to gather personal data from any computer, even real time when it's a question of a threat to national security.

The government guarantees open-access to all communication carriers and internet providers without discrimination, however, most of the dominant internet providers are owned by government-linked companies. Furthermore, the fact that large online media companies are closely related to the gov-



Founder FOSSASIA Hong Phuc Dang at Open SOA conference
© Forum Internationale Wissenschaft, Bonn

ernment, may contribute to the absence of sufficient transparency in the online content regulation, although there are no restrictions on accessing social media or communications apps. Especially bloggers and independent news have experienced restrictions actions against their critical contents and offensive posts.

Maintaining balance

In spite of this, Singapore managed to develop information and communication technology infrastructure at high-level. One of the projects completed is a governmental initiative of national wireless network, enabling citizens a free public access. Currently, around 82 percent of the Singaporeans have internet access, offering substantially more freedom compared to other types of media. Nevertheless, according to me such a »tracking system« reminds me of a science fiction movie from near future, where using smart technologies and open data helps to tackle the daily life challenges of Singaporean residents with a desire to transform into a smart nation. However, there is a risk that too smart could be easily turned into a real-time dog watcher taking a control over their lives in the name of public good and economic growth. Therefore, a balance should be found between technical progress and respect of fundamental rights and liberties. ■

Resources

- Engadget – *Singapore is striving to be the world's first »smart city«*, <https://www.engadget.com/2016/11/03/singapore-smart-nation-smart-city/>
- Freedom House – *Freedom on the Net report 2016*, https://freedomhouse.org/sites/default/files/FOTN_2016_Full_Report.pdf
- OpenGov – *EXCLUSIVE – Innovation and informed-decision making through high quality open data on Data.gov.sg*, <http://www.opengovasia.com/articles/7315-exclusive---innovation-and-informed-decision-making-through-high-quality-open-data-on-datagovsg>
- SCIENTIFIC AMERICAN CUSTOM MEDIA – *Singapore: A Smart Nation*, <https://www.scientificamerican.com/products/singapore-a-smart-nation/>

KURZ NOTIERT

von Monika Schlicher

■ Osttimor feiert seine erste LGBT-Parade

Homo- und Transsexuelle kämpfen in Osttimor gegen Stigmatisierung und Ausgrenzung an. Die Jugendorganisation Hatutan, die sich für eine inklusive Gesellschaft einsetzt, rief Ende Juni 2017 zu einem »Marsch für Vielfalt« auf. Über 500 Menschen nahmen an Osttimors erster LGBT Pride Parade in der Hauptstadt Dili teil. Unterstützung bekamen sie von Premierminister Rui Maria de Araújo: In einer Videobotschaft forderte er die Bevölkerung auf, eine inte-

grative Nation zu schaffen und Menschen mit unterschiedlichen sexuellen Orientierungen und Geschlechteridentitäten zu akzeptieren. Diskriminierung, Respektlosigkeit und Missbrauch gegenüber Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Geschlechtsidentität sei ohne jeglichen Nutzen für die Nation. Er verurteilte Gewalt und Diskriminierung als Verbrechen.

Für die Aktivist*innen war die Parade, die in einer ausgelasse-

nen, karnevalsartigen Stimmung stattfand, ein Meilenstein in ihrem Ringen um Anerkennung. Asiens jüngste Nation setzt ein Zeichen der Hoffnung für eine Region, in der die Rechte von LGBT in vielen Staaten erheblich in Frage gestellt sind.

Reuters, 19.7.2017

Statement of His Excellency Prime Minister of the Democratic Republic of Timor Leste on LGBT Acceptance, ohne Datumsangabe

■ Nachfolgeinstitution der Wahrheitskommissionen eröffnet

Jahrelang schien die Einrichtung einer Nachfolgeinstitution für Osttimors nationale Wahrheitskommission CAVR und die bilaterale Wahrheits- und Freundschaftskommission CTF zwischen Indonesien und Osttimor in weiter Ferne. Anläufe im Parlament 2009 und 2010 wurden blockiert von politischen Vertretern der Veteranen, die zunächst sicherstellen möchten, dass erst die Veteranen versorgt sind, bevor man sich den zivilen Opfern zuwendet. Im Parlament bleibt die Frage nach dem Umgang mit der belasteten Vergangenheit eines

der kontroversen gesellschaftspolitischen Themen.

Doch Menschenrechtsorganisationen und Opferverbände trotzten dem politischen Gegenwind und ihre Hartnäckigkeit zeichnete sich aus. Am 17. Juli 2017, kurz vor Ende der Legislaturperiode, eröffnete Premierminister Rui de Araújo das *Centro Nacional »Chega!«* – *Da Memória À Esperança!* (CNC). Das Zentrum trägt die Aufgabe im Namen: *Chega!*, auf Deutsch »Genug!«, heißt der Abschlussbericht der CAVR, *Per Memoriam Ad Spem* – Durch die Erinnerung zur Hoffnung – titelte die

CTF ihren Bericht. Beide Kommissionen haben in ihren Berichten umfangreiche Empfehlungen ausgesprochen. Das Mandat des *Centro Nacional Chega* umfasst Erinnerungs- und Bildungsarbeit zum Konflikt (1974–1999) sowie die Förderung von Solidarität und Aussöhnung. Das Zentrum löst im ehemaligen Gefängnis Comarca, dem Sitz der Wahrheitskommission, das Post-CAVR Büro ab. Dieses Büro war als Übergangslösung eingerichtet worden.

Facebook: Centro Nacional Chega – CNC, Acbit – Asosiasaun Chega! Balta;

■ Anklage gegen Journalisten fallengelassen

Für heftige Kontroversen sorgten die Anklagen gegen den Journalisten Raimundos Oki und den Herausgeber Lourenco Martins wegen »verleumderischer Falschinformationen«. Premierminister Rui Maria de Araújo hatte der Staatsanwaltschaft einen Artikel aus der *Timor Post* vom 10. November 2015, in dem er sich nicht richtig

wiedergegeben sah, zur Prüfung übergeben. Zahlreiche internationale Menschenrechtsorganisationen und Journalistenverbände verurteilten gemeinsam mit ihren osttimoresischen Mitgliedsorganisationen das Vorgehen der Regierung. Am 1. Juni 2017 hat das Gericht in Dili die Anklagen fallen gelassen. Zwei Tage zuvor bat Pre-

mierminister Araújo das Gericht in einem Brief um Nachsicht und sprach sich gegen eine Haftstrafe aus. Gleichfalls betonte er, dass er keinerlei Entschädigung aus dem Fall gelten mache.

IFJ: Victory for press freedom: Timor journalists spared from jail, 1.6.2017
The Sydney Morning Herald, 31.5.2017

Die Macht der Information

Open Data und Katastrophenschutz auf den Philippinen

von
Frei Sangil und
Joanna Rosin

Im November 2016 traf Taifun *Reming* die Provinz Albay und löste massive Erdbeben aus. Mehr als tausend Menschen kamen dabei ums Leben, wobei etwa 700 Opfer bis heute nicht geborgen werden konnten. Unser heutiges *Layertech*-Team bestand zum damaligen Zeitpunkt aus Studierenden, die bei der Evakuierung halfen, die eigenen Familien unterstützten und im Schlamm nach Hab und Gut suchten.

Einige Tage nach dem Taifun befanden wir uns gerade auf dem regionalen Markt in Daraga, um zwischen von Schlamm bedeckten Leichen schnellstmöglich Nahrung und Hilfsmittel zu beschaffen, als jemand laut »Tsunami!« schrie. Es gab kein Erdbeben, kein Zeichen der Unruhe seitens des Mayon – zumal Daraga sich 67 Kilometer von Legazpi entfernt befindet, der nahegelegensten Stadt mit Meereszugang. Dennoch breitete sich binnen Sekunden Panik auf dem Markt aus, uns eingeschlossen. Menschen rannen aus ihren Häusern, Patienten flohen aus Krankenhäusern, Mütter ließen in der Angst, um ihr Leben zu rennen, ihre Kinder hinter sich. Der Zustand hielt stundenlang an. Tatsächlich gab es aber keinen Tsunami.

Bis heute ist unklar, wer den falschen Alarm auslöste, der sich wie ein Waldfeuer ausbreitete. Sicher ist nur, dass die Panik zu Verletzungen, Diebstahl und Eigentumsbeschädigung führte. Zudem wussten

die meisten Betroffenen nicht einmal, was ein Tsunami ist, noch, wie man sich vor einem in Sicherheit bringen kann. Insbesondere in den Philippinen sieht das *Layertech*-Team daher die Macht, die Informationen haben und wie es Leben und Tod beeinflussen kann.

Layertech ist eine Gruppe, die von fünf jungen Menschen im Alter von 23–29 Jahren gegründet worden ist. Zwölf Stunden von der Metropole Manila entfernt gelegen und ohne die Möglichkeit der universitären Ausbildung im Bereich der Analyse von Daten, waren es online-Kurse, die den Mitgliedern das nötige Wissen vermittelten. Neben Hindernissen bezüglich der Bildung waren es vor allem finanzielle Schwierigkeiten, die das selbstständige Erlernen des Programmierens erschwerten. Offene Bildungsangebote im Internet waren somit die einzige Alternative.

Nach den ersten Erfolgen und Ehrungen wagten die GründerInnen den Schritt und kündigten ihre sicheren Jobs, um sich ganz ihrem *Project Balangay* zu widmen, einem cloudbasierten Informationssystem zum Schutz vor Katastrophen.

Balangay ist ein Katastrophenschutzsystem, das extra für die philippinische Provinz Albay konzipiert wurde. Die Idee bestand darin, ein Warnsystem anzubieten, das zugänglich, zuverlässig und sachdienlich in Bezug auf die Informationen für risikoreiche Gebiete ist. Das noch in der Entwicklung

Frei Sangil ist Präsidentin und Projektmanagerin von *Layertech* und ist passionierte Entwicklerin mit einer Begeisterung für Open Data. Neben ihrem Physik-Studium, das sie aufgrund finanzieller Schwierigkeiten aufgeben musste, arbeitete sie als Programmiererin.

Joanna Rosin ist als Forschungsbeauftragte bei *Layertech* tätig.

Unterstützend mitgewirkt haben Angelo Endonela, Ramnick Lim und Rema Magallona.

Übersetzung aus dem Englischen von Kathrin Spenna.



Ein Teilnehmer bei einer »Challenge« in einem Info-Zelt, das von jungen Freiwilligen in Legazpi geführt wird.
© Frei Sangil

(v.l.n.r.) Noel Rosal (Bürgermeister Legazpi City), Vivien Suerte-Cortez (Hivos), Rosemarie Rey (Albay Handelskammer), Frei Sangil (Balangay) bei einer Diskussion zum Thema »Smart City«.
© Frei Sangil



stehende Projekt zielt darauf ab, lebenswichtige Informationen dorthin zu bringen, wo sie benötigt werden und sie dabei so einfach verständlich wie möglich zu transportieren, so dass Betroffene diese Informationen schnell erfassen können.

Um BürgerInnen mit Informationen über mögliche Naturkatastrophen zu versorgen, musste dabei zuerst das angesprochene Publikum analysiert werden, da das Angebot auch von der lokalen Bevölkerung genutzt werden soll. Ein Problem stellte in diesem Zusammenhang die Tatsache dar, dass Daten über die »durchschnittlichen« NutzerInnen nicht vorhanden waren.

Zugang zu Daten verschaffen

Zu Beginn war es daher wichtig zu lokalisieren, welche Behörden Informationen zu den einzelnen *Barangays* (Dörfern) haben. Dabei spielte das *Albay Public Safety and Emergency Management Office* APSEMO eine wichtige Rolle, sammelte es doch Daten zu Umweltrisiken in Bezirken, Informationen zum Alphabetisierungsgrad der Bevölkerung und Haushaltseinkommen. Diese Angaben spiegelten die Perspektive der Regierung wider, wodurch *Project Balangay* ein allgemeines Bild der Katastrophenrisikominderung in der Provinz Albay nachzeichnen konnte.

Den Schlüssel zum Erfolg stellt dabei der Vergleich mit Interviewergebnissen der lokalen Bevölkerung dar. Erst, wenn die Aussagen und Beobachtungen der AnwohnerInnen mit denen der Regierung

wie in einer mathematischen Gleichung übereinstimmen, können Probleme und Hürden erkannt werden. Für die Befragung der Bevölkerung kooperierte *Project Balangay* in sechs verschiedenen Gemeinden gemeinsam mit Jugendgruppen aus unterschiedlichen Bereichen, die bei der Durchführung von Tests behilflich waren. Bei dem Test ging es darum herauszufinden, ob und welche Termini, die im Zusammenhang mit Katastrophenrisikominderung stehen, die ProbandInnen kennen, um ein zukünftiges Frühwarnsystem entsprechend anzupassen. Die Ergebnisse zeigten beispielsweise, dass KüstenbewohnerInnen nicht einordnen konnten, was eine Sturmflut ist und welche Anzeichen sie mit sich bringt, obwohl sie tendenziell eher von einer Sturmflut betroffen sind, als die Teile der Bevölkerung, die im Inland leben.

Neben der Befragung analysierte das Team den Internetzugang in den Gebieten, die Endgeräte, die von der Bevölkerung genutzt werden und welche Apps und Webseiten häufig aufgerufen werden. Zusätzlich sollten die TeilnehmerInnen Listen mit ihnen bekannten staatlichen Katastrophensimulationen erstellen. Dabei gaben die TeilnehmerInnen an, keine staatlichen Programme zur Katastrophenrisikominderung zu kennen, was eine wichtige Information für NGOs und lokale Behörden darstellt, um in Zukunft verstärkt Aufklärung in diesen Gebieten zu betreiben.

Für umfassende Ergebnisse und einen intensiven Austausch mit den Betroffenen war dabei Unterstützung aus verschiedenen Disziplinen nötig, so zum Beispiel aus Psychologie, Recht, Statistik.

Inwiefern sind Daten nützlich?

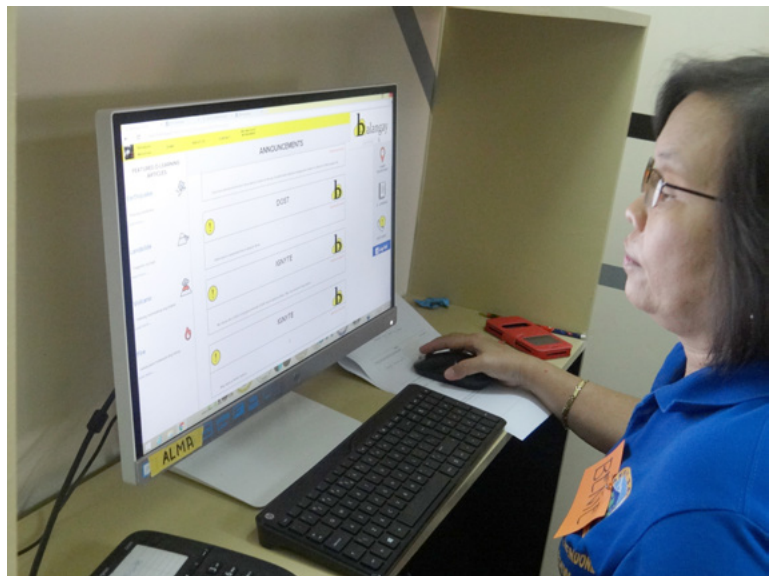
Die ermittelten Daten halfen *Project Balangay* dabei, die Kluft zwischen Behörden-Informationen und dem Feedback der AnwohnerInnen aufzuzeigen und mit dieser Kluft anzusetzen. Mit der durch Daten bestätigten Gewissheit, dass tatsächlich Handlungsbedarf besteht, war es einfacher, Lösungsansätze umzusetzen und weitere Interessierte anzusprechen. Denn die Informationen legten Details offen: die Kluft, den Plan, wo Hilfe nötig ist und wie diese Hilfe bei der Bevölkerung ankommen wird.

Nach zehn Monaten Entwicklungszeit waren die Tests ausgereifter und die Anzahl der Gemeindeinitiativen, die für die Teilnehmenden zur Auswahl standen, hatte zugenommen. Stand Juli 2017 ist es mit Hilfe einer staatlichen Förderung möglich *Balangay* in allen Gemeinden Legazpis vorzustellen und in die lokalen Bemühungen, die Bevölkerung über Naturkatastrophen aufzuklären, zu integrieren. Das System erlaubt es den NutzerInnen ein Feedback über Projekte der Katastrophenrisikominderung abzugeben und Anregungen einzutragen, welche Themen stärker ausgearbeitet oder intensiver besprochen werden sollten. Für eine stärkere Vernetzung arbeitet *Project Balangay* mit Schulen und Universitäten zusammen und setzt sich für die Entwicklung von E-Learning Programmen ein. Nachdem Legazpi City im Jahre 2016 den e-Gov Preis des Nationalen ICT Verband der Philippinen für das Engagement zur stärkeren Einbindung der BürgerInnen verliehen bekommen hat, interessieren sich immer mehr Schulen und Organisationen für die Möglichkeiten, die die Erfassung und Analyse von Daten mit sich bringen. Akteure beginnen zu begreifen, dass ein datengetriebener Ansatz für die Implementierung neuer Projekte hilfreich sein kann, insbesondere, weil auf Wünsche und Erwartungen der NutzerInnen eingegangen werden kann.

Legazpi City brachte daraufhin mit dem *Balangay*-Team ein Projekt in Gang, das die Stadt in eine Smart-City verwandeln soll, wobei Daten und basisdemokratische Herangehensweisen im Mittelpunkt stehen sollen. Die Hoffnung besteht darin, dass direkte Rückmeldungen aus der Bevölkerung zu offener, direkter Kommunikation zwischen BürgerInnen und Stadt führen und dass Probleme und aktuelle Angelegenheiten direkt von den Behörden erfasst werden können.

Herausforderungen im Umgang mit technikbasierten Lösungsansätzen

Obwohl die Vorteile datenbasierter Lösungsansätze in immer mehr Gemeinden erkannt werden, gibt es weiterhin Herausforderungen zu meistern. Vor allem der Umgang mit Daten und Wissenschaft



und Open Data erweist sich teilweise als schwierig, da die lokale Bevölkerung trotz zaghafter Versuche der Regierung, Programme für die Verbesserung von digitaler Kompetenz zu schaffen, nicht über genug Wissen über digitale Zusammenhänge verfügt.

Außerdem ist es für viele lokale Behörden schwierig, ihre Daten in die nötigen Open Data standardisierte Form zu übersetzen. Oftmals verfügen sie, wenn sie über »digitalisierte Daten« sprechen, nur über eingescannte PDF-Dateien, die nicht lesbar sind.

Zudem ist die Datensicherheit in vielen lokalen Behörden nicht gegeben, sodass eigenen Erfahrungen nach eine hohe Anzahl an Computern der Kommunalverwaltung mit Viren befallen ist, ohne, dass das Personal von der Gefahr weiß. Und selbst, wenn die Angestellten von dem Virenbefall wussten, war ihnen oft nicht oder nicht ausreichend bewusst, wie schädlich der Befall für ihre Sicherheit war.

Generell besteht die Auffassung, dass die Auseinandersetzung mit Offenen Daten allein für MathematikerInnen und hoch gebildete Menschen möglich wäre. Dieser Irrtum hält viele davon ab, sich ernsthaft mit dieser Thematik auseinanderzusetzen und grundlegende Datenanalyse zu erlernen.

Nachhaltigkeit ist mehr als nur das Bereitstellen einer technischen Lösung. Wahre Nachhaltigkeit zeichnet sich dadurch aus, wie Menschen in den kommenden Jahren diese Technik nutzen und wie sie sich selbst verbessern können. Daher ist die Ermächtigung der Bevölkerung wichtig, die in Zukunft von der Technik profitieren soll. Da das Fehlen von zugänglichem und erschwinglichem Daten-Training eine Hürde darstellt, setzt *Balangay* auf ein Zusammenspiel aus Lehre, Regierung und privatem Sektor, um Trainings und Lerneinheiten zu ermöglichen. Offene Daten bieten die Möglichkeit Informationen schnell, frei und zuverlässig zugänglich zu machen, nur müssen sie zunehmend als Chance verstanden werden. ■

»Eine Teilnehmerin testet *Balangay*.

© Frei Sangil

von
Justine Balane
und Marlon
Cornelio

Education Budget Watch

Eine jugendliche Lobby für einen Finanzplan im Bildungsbereich

Justine Balane ist studentischer Researcher bei Education Budget Watch und begann seine Arbeit in dem Projekt während seiner Zeit als Vorsitzender der studentischen Vertretung der University of the Philippines.

Marlon Cornelio ist Vorstandsvorsitzender von CYAN, einer philippinischen Jugend-NGO und repräsentierte die Philippinen im Global Youth Anti-Corruption Network.

Übersetzung aus dem Englischen von Sara Dürr

Nach jahrzehntelanger schlechter Regierungsführung und der Aufdeckung von Korruptionsskandalen in Millionenhöhe haben die Philippinen im Jahre 2010 eine Regierung gewählt, welche sich den Kampf gegen Korruption auf die Fahne schrieb. Im ersten Präsidentschaftsjahr von Benigno Aquino III. unterschrieben die Philippinen das *Open Government Partnership*, ein globales Projekt für Transparenz, Bürgerbeteiligung, Anti-Korruption und Entwicklung von Verwaltungsmodernisierung. Die Initiative setzt sich dafür ein, dass Transparenz auf präsidialer Ebene gewährleistet wird, indem die Finanzen der staatlichen Behörden auf ihrer Webseite öffentlich gemacht werden.

Diese Verpflichtung eröffnete einer studentischen Bewegung Raum, sich aktiv fürs Bildungsbudget zu engagieren. Die Finanzpläne, die auf der Seite der Kommission für Hochschulbildung CHED (Commission on Higher Education) veröffentlicht wurden, das Amt, das Universitäten und Hochschulen regulieren sollte, und die Angaben zu den tatsächlichen Ausgaben, die von der Audit-Kommission COA (Commission on Audit) veröffentlicht wurden, wurden zu den fehlenden Teilen des Puzzles, warum öffentliche Schulen ein mageres Jahresbudget erhielten.

Obwohl die Daten vorhanden sind, gibt es Herausforderungen, insbesondere wenn es darum geht, wie BürgerInnen von den vorhandenen Informationen Gebrauch machen. Erstens können Informationen der Regierung einschüchternd wirken, insbesondere auf diejenigen, die nicht mit dem Finanzjargon

vertraut sind und sich durch umfangreiche Finanzpläne wühlen müssen. Zweitens ist studentisches Engagement im Bildungsbudget-Prozess auf die Überlegungsphase im Kongress beschränkt, einer Periode gegen Ende des endgültigen Haushaltsentwurfs, in welcher die Haushaltsentwürfe der öffentlichen Hochschulen bereits durch die Exekutive gegangen sind. Drittens konnten die studentischen Organisationen die Bildungsbudget-Lobby noch nicht maximieren, abgesehen von der üblichen Forderung, das Budget zu erhöhen. Einige Gruppen haben mit der Lobby versucht zu erreichen, dass sich die Studierenden gegen die Regierung einsetzen, doch verfehlten sie es, die entscheidenden Faktoren, warum manche Universitäten weniger Geld bekommen, zu identifizieren und zur Sprache zu bringen.

Inmitten dieser Herausforderungen entwickelte sich Education Budget Watch. Mitglieder des *Center for Youth Advocacy and Networking CYAN*, einer Nichtregierungsorganisation in den Philippinen, die von Jugendlichen geführt wird, realisierten, dass studentischer Aktivismus für die Transparenz im Bildungsbudget und Mitbestimmung genutzt werden konnte.

Informationen als Grundlage für Engagement

Das Ziel von Education Budget Watch ist es, konstruktives und bedeutsames Jugendengagement im Bildungsbudget-Prozess zu fördern.

Junge KünstlerInnen finden kreative Wege, um Mitstudierende über den Bildungsbudget-Prozess aufzuklären.
© Justine Balane





Studierende treten vor dem Beginn des Semesters mit RegierungsvertreterInnen in einen Dialog.

© Justine Balane

Der Ansatz ist zweigliedrig: Erstens sollten Studierende Zugang zu relevanten Informationen über das Bildungsbudget erhalten und zweitens sollten sie ihre Fähigkeiten in ihrem wertvollen Engagement im Bildungsbudget-Prozess ausbilden und stärken.

Dabei ist die erste Herausforderung, Regierungsdaten für die Studierenden attraktiv zu machen, um ihr Interesse für das Budget-Lobbying weiter zu wecken. Das Projektteam hat herausgefunden, dass Studierende Daten eher verarbeiten, wenn sie visuell und im Internet abrufbar sind. Das Team hat etliche Stunden damit verbracht, in Workshops und Trainings Regierungsdaten attraktiver zu machen und sie in einer weniger überfordernden Menge darzustellen.

Education Budget Watch hat nun eine Facebook-Seite, auf welcher alle Infografiken und Artikel zum Bildungsbudget gepostet werden. Wenn Studierende einmal Zugang zu den relevanten Informationen haben, sind sie besser gewappnet, um sich im Budget-Prozess zu engagieren.

Education Budget Watch besucht zusätzlich Universitäten und trifft sich mit StudentenführerInnen, um das Budget und die tatsächlichen Ausgaben ihrer Universitäten zu besprechen. Dies dient als Einstiegspunkt für detailliertere Seminare und Workshops, in welchen die institutionelle Stärke der Studentengruppen gefestigt wird.

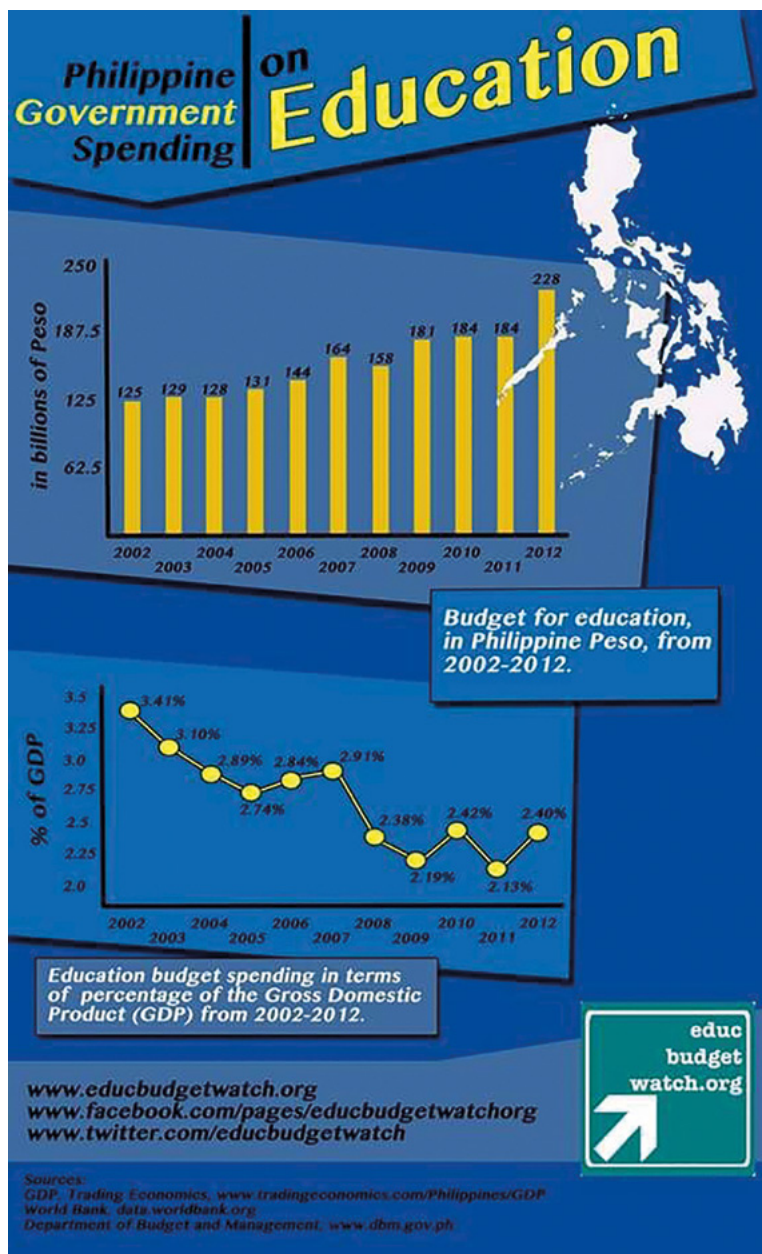
Die Initiative durchbricht voreingenommene Debatten zu Budget-Zuteilungen und versorgt Studierende mit Fakten zum Budget-Prozess. Zum Beispiel hat Education Budget Watch herausgefunden,

dass einer der Gründe, warum Behörden die Mittel von staatlichen Universitäten kürzen, die Unfähigkeit jener ist, alle Mittel in einem bestimmten Zeitraum auszugeben. In den Philippinen sind Behörden, sobald sie es nicht schaffen, ihre Mittel im verordneten Zeitraum auszugeben, verpflichtet, diese dem *Department of Budget and Management*, der exekutiven Behörde mit Haushaltsbefugnis, zurückzugeben.

Diese nicht ausgegebenen Mittel sind für das Budget-Department Grund genug, Gelder zu kürzen. Laut dem Education Budget Watch-Bericht haben es im Jahr 2010 die öffentlichen Universitäten im Raum Manila versäumt, im Durchschnitt 10.35 Prozent ihrer Mittel aufzubrauchen, im Jahr 2011 waren es 8.71 Prozent.

Bei Budgetvorlagen mitreden können

Education Budget Watch hat eine Serie mit Infografiken veröffentlicht, damit die nicht ausgegebenen Mittel von unterschiedlichen Hochschulen im Land analysiert werden können. Die Studierenden der nationalen Hochschule, der University of the Philippines, welche von 57.502 Studierenden Studiengebühren einnimmt (Anmeldungsdaten aus dem Jahr 2012), zeigten die größten Bemühungen, mehr herausfinden zu wollen: Die nicht ausgegebenen Mittel beliefen sich auf 873 Millionen Pesos. Ein Betrag, der die Studiengebühren für alle in jenem Jahr eingeschriebenen Studierenden hätte decken können.



zip in staatlichen Universitäten und Hochschulen im Jahr 2016 teil. Am Anfang hat Education Budget Watch nur kleine Zuschüsse vom United Nations Development Programme (1000 US-Dollar), dem British Council und dem Weltbank-Institut (3000 US-Dollar) erhalten.

Jugendliches Engagement für Budget-Transparenz

Die Geschichte von Education Budget Watch zeigt das enorme Potential, wie jugendliche Energie für die Budget-Transparenz und –Effizienz sowie andere Initiativen der Good Governance nutzbar gemacht werden kann. Trotzdem muss unterstrichen werden, dass, obwohl große Fortschritte in den Bereichen jugendliches Engagement im Budget-Prozess gemacht werden konnten, das Lobbying für öffentlich zugängliche Daten und zivilgesellschaftliches Engagement im Budget-Prozess und der Jugend im Besonderen noch einen langen Weg vor sich haben.

Obwohl die Aquino-Administration in ihrem letzten Amtsjahr teilnehmende Budgetaufstellungen in Schulen eingeführt hatte, schaffte sie es nicht, ein Freedom of Information (FOI) Gesetz zu verabschieden, welches BürgerInnen mehr Macht verliehen hätte, Informationen zu verlangen. Die gegenwärtige Administration unter Rodrigo Duterte versprach zu Anfang, ein FOI-Gesetz per exekutiver Maßnahmen einzuführen, doch KritikerInnen sagen, dass Dutertes Verordnung nur bereits vorhandene Vorgaben zur Transparenz wiedergibt. VerfechterInnen von Good Governance müssen sich demnach immer vor der Gefahr rückläufiger Tendenzen in Acht nehmen.

Eine neue Bildungspolitik wird sowohl neue Möglichkeiten schaffen als auch Herausforderungen für Initiativen wie Education Budget Watch mit sich bringen. Der Kongress hat erst vor Kurzem ein Gesetz verabschiedet, das ein gebührenfreies Studium in öffentlichen Schulen und Gutscheine für private Schulen garantiert. Die Erkenntnisse, welche Auswirkungen gebührenfreie öffentliche Schulen auf die Umverteilung haben und inwiefern Gutscheine effizient sind, werden die zukünftige Bildungsbudgetpolitik beeinflussen.

Education Budget Watch muss, während es weiterhin junge Leute für das Engagement in Regierungs- und Budgetprozessen zusammenbringt, sich in wechselndem Gelände bewegen können, auf Reformen ausgerichtete Mühen intensivieren und rückläufige Tendenzen durch stetige Mobilisierung der Jugend bekämpfen. Der Kampf für jugendliche Veränderungen im Bereich von Good Governance und eine aktive Staatsbürgerschaft geht weiter. ■

Solche Diagramme veröffentlicht Education Budget Watch, um KommilitonInnen über Ausgaben der Regierung zu informieren.
© Education Budget Watch

Wenn Studierende verstehen, wie Universitäten Geldbeträge erhalten und ausgeben, dann begreifen sie auch, wie wichtig Engagement in den verschiedenen Phasen des Budget-Prozess ist. Die Vision ist es, dass Studierende bei den Budgetvorlagen mitreden, dass der Kongress und die Exekutive das Budget für Bildung erhöhen und dass Studierende anschließend kontrollieren, wie genau ihre Hochschulen die Gelder ausgeben.

Education Budget Watch wurde zu einer Initiative, die es geschafft hat, StudentenfürherInnen für den Budget-Aktivismus zu begeistern und bewegen. Das Projekt hat Verbündete und Freiwillige aus progressiven Gruppen wie dem Student Council Alliance of the Philippines, Bukluran ng mga Progresibong Iskolar (Versammlung der progressiven Studierenden) und der Akbayan Youth gefunden. Diese Verbündete und Freiwilligen nahmen an den ersten Budgetaufstellungen nach Bottom-Up-Prin-

Sinn aus der Sinnlosigkeit machen

Journalismus und die Kultur der Straflosigkeit in den Philippinen

Die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen definiert Straflosigkeit folgendermaßen: »... die Unmöglichkeit, Täter von Gewalttaten zur Verantwortung zu ziehen ..., da sie keiner Untersuchung unterzogen werden können, die sie angemessener Bestrafung zuführt, wenn sie für schuldig befunden werden ... sowie ihren Opfern einen Ausgleich zu gewähren«.¹

Die Philippinen stellen eine interessante Fallstudie für Journalismus und die Kultur der Straflosigkeit dar, weil hier angeblich »die freieste Presse Asiens« bestehen soll, selbst wenn sie weltweit einer der gefährlichsten Orte sind, um Journalismus zu praktizieren. Jüngste Daten des in den Philippinen ansässigen *Zentrums für Pressefreiheit und Verantwortung* (CMFR) zeigen, dass 153 JournalistInnen und Presseleute in Ausübung ihrer Tätigkeit seit dem Jahre 1986 getötet wurden, als die Demokratie durch die Vertreibung des Diktators Ferdinand Marcos und einen Volksaufstand vermeintlich wiederhergestellt wurde. Die Nationale Vereinigung von JournalistInnen in den Philippinen (NUJP) gibt sogar die höhere Zahl von 174 Tötungen während der Berufsausübung an. Das in den USA ansässige Komitee zum Schutz von Journalisten (CvPJ), das mit der weltweiten Zählung der Tötungen von Presseleuten im Jahre 1992 begonnen hat, nennt für die Philippinen »nur« 80 Fälle. Die statistischen Abweichungen auf Grund von verschiedenen Erfassungsmethoden und Betrachtungszeiten bezweifeln jedoch nicht das Ausmaß an Tötungen während drei Jahrzehnten unter sechs philippinischen PräsidentInnen.

Weltweit rangieren die Philippinen auf Platz 4 laut Straflosigkeits-Index des Komitees zum Schutz von Journalisten von 2016. Das Komitee erwähnt ausdrücklich das Massaker an 58 Personen, 32 davon JournalistInnen und Presseleute, am 23. November 2009 in Ampatuan in der Provinz Maguindanao im Süden der Philippinen, wo »Gerechtigkeit zu einem völligen Stillstand kam und nicht eine der über 80 beschuldigten Personen angeklagt wurde, mindestens vier Augenzeugen ermordet worden sind und der verdächtige Rädelsführer eines natürlichen Todes starb«.²

Es ist keine Beruhigung, dass unter der gegenwärtigen Regierung von Präsident Duterte bis zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Artikels »erst« zwei JournalistInnen getötet wurden. Abgesehen davon, dass wir nicht wissen, was bis zum Ende seiner Amtszeit im Juni 2022 noch geschehen wird, ist die Einstellung von Präsident Duterte gegenüber JournalistInnen sowie zur Pressefreiheit allgemein alarmierend. Zirka einen Monat vor Ablegung seines Amtseids hat er seine Worte dazu nicht auf die Goldwaage gelegt: »Nur weil Sie ein Journalist sind, sind Sie von der

Tötung nicht ausgenommen, wenn Sie ein Hurensohn sind (...). Die freie Meinungsäußerung kann Ihnen nicht helfen, wenn Sie etwas falsch gemacht haben.«³ Dies hat verschiedene Pressevereinigungen wie die NUJP veranlasst zu erklären, dass entgegen Dutertes Behauptung viele philippinische JournalistInnen getötet wurden, »weil sie Korruption und Fehlverhalten in der Regierung aufgedeckt haben«.⁴

Inmitten der vorherrschenden Kultur der Straflosigkeit haben einzelne JournalistInnen, Pressevereinigungen, Menschenrechtsorganisationen und andere besorgte Gruppierungen alle Formen von Bedrohung und Einschüchterung sowie die völlig ungerechtfertigten Tötungen verurteilt. Man kann sagen, dass sich eine »Kultur des Widerstands« herausgebildet hat – nicht nur in den Philippinen, sondern auch im Ausland, insbesondere in Ländern, in denen das journalistische Handwerk bedroht ist. Auch muss erwähnt werden, dass es Industrieländer wie Deutschland gibt, in denen JournalistInnen nicht mit den gleichen Problemen wie ihre philippinischen BerufskollegInnen konfrontiert sind, sich diese aber dennoch mit der Sicherung und Aufrechterhaltung der Menschenrechte befassen.

Die Lage der Presse in den Philippinen kann wahrlich in wenigen Worten zusammengefasst werden: Die Kultur der Straflosigkeit dauert an, wobei die Forderung noch knapper ausfällt: Schluss mit JournalistInnen-Morden. Drei Worte reichen als Aufruf: Schluss mit Straflosigkeit! ■

Anmerkungen

- 1 Equipo Nizkor & Derechos, Menschenrechte, 2005, Definitionen Sektion, Abschnitt 1.
- 2 »Getting Away with Murder«, 2016, S. 7.
- 3 Sawatzky, 2016, Abschnitt 3.
- 4 Lacorte & Cayabyab 2016.

CPJ Globaler Straflosigkeits-Index 2016

Rang	Nation	Ungeklärte Fälle von Morden an JournalistInnen (Sept. 1, 2006 – Aug. 31, 2016)	Bevölkerung (in Millionen)	Rating (Ungeklärte Fälle ÷ Bevölkerung)
1	Somalia	24	10,8	2,225
2	Irak	71	36,4	1,949
3	Syrien	17	18,5	0,919
4	Philippinen	41	100,7	0,407
5	Südsudan	5	12,3	0,405
6	Mexiko	21	127,0	0,165
7	Afghanistan	5	32,5	0,154
8	Pakistan	21	188,9	0,111
9	Brasilien	15	207,8	0,072
10	Russland	9	144,1	0,062
11	Bangladesch	7	161,0	0,043
12	Nigeria	5	182,2	0,027
13	Indien	13	1.311,1	0,010

Quelle: »Getting Away with Murder«, 2016

von
Danilo A. Arao

Der Autor ist Professor an der Universität der Philippinen (UP Diliman) mit einer Freistellung zum Abschluss seiner Dissertation über Journalismus und die Kultur der Straflosigkeit. Derzeit ist er Doktorand an der Technischen Universität (TU) Ilmenau in Deutschland.

Übersetzung aus dem Englischen von Jörg Schwieger

Staatlich finanzierter Hass

Der Aufstieg der Pro-Duterte Blogger¹

Die Autorin leitet das Büro von Rappler Indonesia und war jahrelang Multimedia Reporterin für Rappler auf den Philippinen, wobei ihr Fokus auf Politik, Gender, Korruption und Investigativem Journalismus lag.

Übersetzung aus dem Englischen von Kathrin Spenna.

Pro-Duterte Blogger erhalten auf den Philippinen ungewöhnliche Privilegien vom *Presidential Communications Operations Office PCOO* (Kommunikationsbüro des Präsidenten), um die Unterstützung des allgemein beliebten Präsidenten zu sichern und KritikerInnen zum Schweigen zu bringen.

»Leni, du bist dumm. Du und dein gesamtes Team seid dumm. Ihr seid alle Hurensöhne.«

Diese Worte äußerte Mocha Uson, eine der bekanntesten und leidenschaftlichsten UnterstützerInnen Präsident Dutertes während eines Interviews im staatlichen Rundfunk – gerichtet an niemand geringeren als Vizepräsidentin Leni Robredo. Usons Kommentare führten zum Abbruch ihrer eigenen Radio-sendung.

Eine andere Stütze der Propaganda-Maschinerie, RJ Nieto, Admin der Pro-Duterte Facebookseite *Thinking Pinoy*, vergreift sich in demselben giftigen

Ton. In einem Live-Video auf Facebook, das an (in seinen Worten) »das scheiß Pressekorps im Malacañang« gerichtet war, also jene Presseleute, die akkreditiert sind, um aus dem Präsidentenpalast zu berichten, beleidigte er die Medien und hob immer wieder den Mittelfinger in die Kamera. »Ihr Malacañang-Presseleute tut so, als wärt ihr für die Menschen auf den Philippinen, aber in Wirklichkeit seid ihr Hurensöhne!«, sagte er in die Kamera.

Bruce Rivera, Anwalt und ebenfalls Duterte-Fan, nimmt ebenfalls kein Blatt vor den Mund. In Bezug auf die *National Union of Journalists of the Philippines NUJP* (Nationale Vereinigung der JournalistInnen der Philippinen), bediente sich Rivera ebenfalls an Obszönitäten, um diese zu attackieren. »Ihr Idioten, ihr steht nicht über dem Präsidenten, denn er hat die Menschen hinter sich. Ihr habt nicht das Recht, in solcher Weise über unseren gewählten Präsidenten zu sprechen, denn wir haben ihn gewählt, womit er das Recht besitzt, unverschämt gegenüber allen Missständen in unserer Gesellschaft zu sein – also auch gegenüber euch«, schrieb er in einem Posting auf Facebook.

Uson, Nieto und Rivera ähneln sich in verschiedener Weise. Neben ihrem unerschütterlichem Beistand für den Präsidenten und ihrem hasserfüllem Ton gegenüber KritikerInnen, sind sie zudem Blogger, die in unterschiedlicher Art und Weise von der

1 Der Artikel erschien am 18.8.2017 auf <http://www.rappler.com/newsbreak/in-depth/178709-duterte-die-hard-supporters-bloggers-propaganda-pcoo>

Bloggerin Mocha Uson wird von Präsident Duterte im Malacañang-Palast begrüßt.
© Wikimedia



derzeitigen Regierung legitimiert werden – samt ihrer Schimpftiraden.

Uson wurde aufgrund der hohen Anzahl ihrer Facebook-Follower zur stellvertretenden Ministerin des PCOO ernannt. Duterte selbst hatte zugegeben, dass die Anstellung eine Art Dank für die Unterstützung im Wahlkampf darstellte. Auch Nieto wurde bei einer Behörde angestellt. So ist er Medienberater im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten unter Alan Peter Cayetano, dem ehemaligen Kandidaten für die Vizepräsidentschaft unter Duterte. Obwohl Nieto ursprünglich kein Unterstützer Cayetanos war, wurde er von dem ehemaligen Senator strategisch umworben, sodass dieser mit Aussicht auf einen Posten unter Cayetano begann, für ihn zu werben. Rivera und seine Gruppe »Status:Hot« hingegen scheinen laut vorläufiger Strategie des PCOO leichte Kandidaten für eine Akkreditierung zu sein. Diese Strategie geht auf den für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zuständigen Sekretär, Martin Andanar, zurück, und zielt auf eine stärkere Legitimierung der bloggenden Propagandisten ab.

Unter der aktuellen Regierung werden Blogger, die sich selbst als *Diehard Duterte Supporter* DDS bezeichnen, auf verschiedene Arten legitimiert, so beispielsweise durch einen Zugang zu EntscheidungsträgerInnen, Beratungsverträge und finanzielle Zuwendungen.

Einige Quellen geben an, dass es ein gesonder-tes Budget für diese Blogger gäbe, wobei die DDS-Gruppe Andanars die höchste Priorität besäße. Das PCOO sei zudem auf die Blogger angewiesen, um die Stimmung in der digitalen Welt in Bezug auf die Regierungsführung Dutertes zu ermitteln und zu ermitteln. Auf diese Weise werde die Unterstützung für den Präsidenten gestärkt. Diese Instrumentalisierung von InfluencerInnen ist bereits aus dem Wahlkampf Dutertes bekannt. »All das, was sie bereits im Wahlkampf getan haben, tun sie auch jetzt noch. Mit der Änderung, dass sie jetzt die volle Unterstützung der Regierung haben«, so ein Kommunikationsstrategie, der bei der Wahlkampfkampagne im Jahre 2016 aktiv war, »es ist Propaganda«. Finanziert vom Staat.

Obszönitäten erlaubt

Das PCOO hat zudem Carlos Munda, Pro-Duterte Blogger auf der Seite *MindaNation*, als Kommunikationsstrategie eingestellt. Seine und Nietos Verträge wurden bisher nicht veröffentlicht, obwohl sie staatlich finanziert werden.

Uson und Nieto posten regelmäßig Inhalte, die ausschließlich der Hetze gegen KritikerInnen dienen und Falschinformationen beinhalten, wobei sie sich für die Verbreitung dieser normalerweise nicht entschuldigen. In Anbetracht ihrer Akkreditierung



äußerte sich das PCOO, dass es Blogger nicht davon abhalten werde, sich Schimpfwörtern zu bedienen – ein weiterer Weg, um diese Hetze zu legitimieren. Die Strategie soll in den kommenden sechs Monaten getestet werden, von niemand geringerem geführt als Uson selbst.

Bei dem Duter-tenomics Forum, das im April 2017 stattfand, wurden DDS Blogger bevorzugt behandelt.
© Wikimedia

Gegenschlag

Die Akkreditierungsrichtlinien wurden bereits von Nicht-DDS Bloggern kritisiert.

»Offensichtlich sind diese Richtlinien als Rechtfertigung für die offizielle Präsenz von DDS in Ämtern in Zusammenhang mit Duterte gemeint«, so Blogger Tonyo Cruz am 9.8.2017 auf Twitter, »Als Blogger lehne ich die Andeutung des PCOO ab, dass wir billig und unverantwortlich sind«.

Jane Uyamatiao, Bloggerin auf *Blogwatch*, die in der Vergangenheit über staatliche Veranstaltungen berichtet hatte, äußerte sich bei Twitter ebenso ent-rüstet: »Ich werde mich NICHT für die Social Media Akkreditierung bewerben. Wieso? Weil sie nicht für bürgerliches Engagement geschaffen wurde () Das PCOO verfehlt den Sinn. Wir wollen bürgerliches Engagement und nicht den Präsidenten verfolgen. Das machen traditionelle Medien ohnehin schon.«

Vergel Santos vom *Center for Media Freedom and Responsibility* CMFR äußerte sich ebenfalls kritisch über die Akkreditierung der Blogger: »Bloggen ist ein individuell und frei, auch wenn einige Blogger dafür bekannt sind, bestimmte Richtungen oder Ideen zu verfolgen. Es ist offen für alle, erreicht eine breite Leserschaft und ist daher besonders verführerisch für freie Meinungsäußerung. Journalismus ist jedoch sowohl ein Berufsfeld als auch ein Handwerk, das von bestimmten universellen Regeln, Traditionen und Ethik geleitet wird. Solche Regeln fehlen beim Bloggen.«

Besondere Behandlung

Die besondere Behandlung der DDS Blogger wird insbesondere dann deutlich, wenn auf Veranstaltungen staatliche Programme vorgestellt und beworben werden, bei denen sie häufig anwesend sind. Dabei haben sie das Ziel, diese Programme online zu bewerben und durch häufiges Benutzen der Hash-tags (# - Schlagworte bei Twitter – Anm. d. Red.) bekannt zu machen. Das Häufigkeit der Hashtags

und die Platzierung auf der Trend-Spalte sind Andanars wichtigste Messwerte des Erfolgs. Im Gegenzug erhalten die fleißigsten Pro-Duterte Blogger laut Insider-Informationen besondere Behandlung auf diesen Veranstaltungen. So erhielten die DDS Blogger auf dem *Dutertenomics* Forum, das im Februar 2017 stattfand und vom PCOO organisiert wurde, beispielsweise einen Tisch, von dem aus sie arbeiten konnten – die herkömmlichen BerichterstellerInnen und Presseleute hingegen nicht. Am Ende der Tagung erhielten sie zudem eine Art »Taschengeld« von einigen Tausend Pesos.

In China und Singapur konnten Pro-Duterte Blogger den Präsidenten in seinem Hotel interviewen, während Reporter davon abgehalten wurden.

Auch bereits vor dem *Dutertenomics* Forum erhielten Blogger die Erlaubnis, den Präsidenten und seine Delegation auf Auslandsreisen zu begleiten – eine Erlaubnis ohnegleichen. Quellen zufolge nimmt die Macht der Blogger in Andanars Büro immer weiter zu.

Anfang August 2017 kamen Fotos von ASEAN-Medienausweisen der DDS in Umlauf, wobei die Frage aufkam, wie die Sicherheitsüberprüfung des PCOO für Medienqualifikation vonstattengeht. Während langjährige Blogger schon seit langer Zeit Zugang zu staatlichen Veranstaltungen erbeten hatten, war es das PCOO selbst, das ihnen den Zutritt erlaubte. Vorrangig, natürlich, für DDS Blogger.

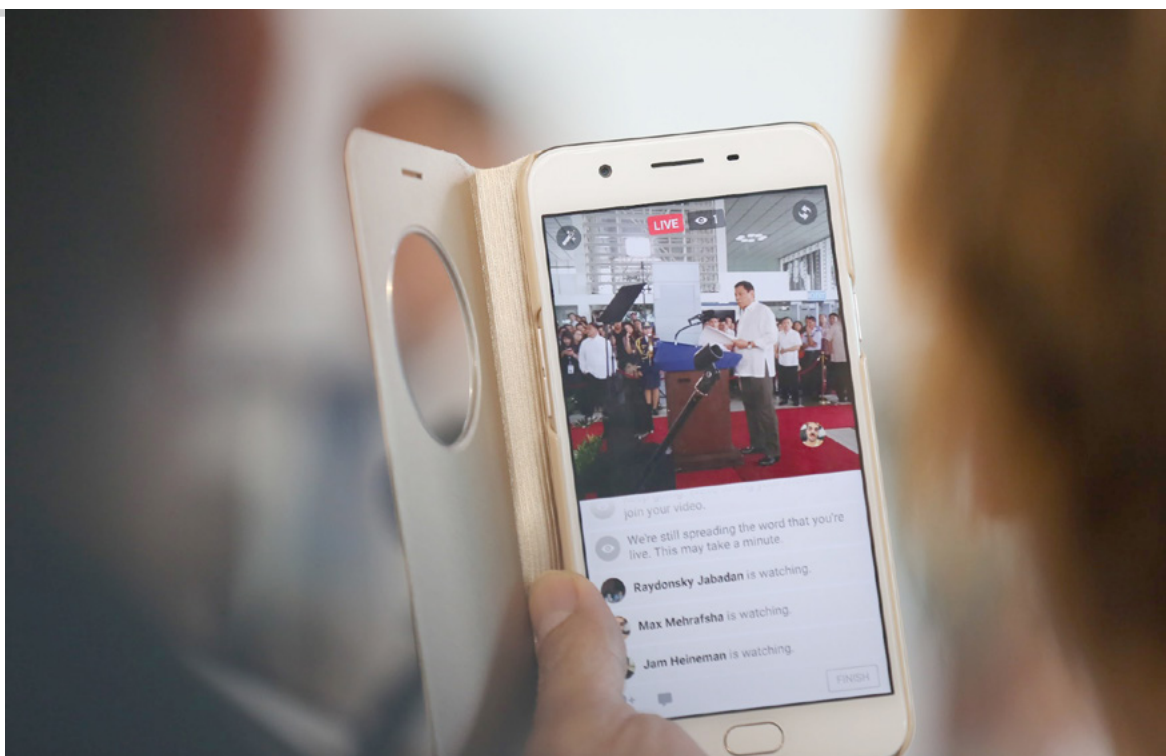
Die Ausweise der Pro-Duterte Blogger identifizierten die TrägerInnen dabei als »Medien«, mit der spezifischen Angabe »DDS Philippinen« oder »Soziale Medien Philippinen«. Nachdem diese Kontroverse online diskutiert wurde, äußerte sich Andanar

am 9.8.2017 bei einem Radiointerview zu der Geschichte und sagte, dass sich Blogger und »Social Media Influencer« online registrieren lassen konnten und dass die Akkreditierung wie bei Massenmedien abliefe.

Welche Akkreditierung?

Im Gegensatz dazu schrieb Rivera, der mit einem DDS Philippinen Ausweis akkreditiert war, in einem Posting, dass sie keine Akkreditierung benötigen. »Und wieso sollten wir überhaupt eine Akkreditierung benötigen. Wir sind Blogger. Wie der Name schon sagt, bloggen wir. Wir posten Ansichten und Kommentare. WIR PRÄSENTIEREN NICHT DIE NACHRICHTEN. Wir sind keine Nachrichtenseite«, so Rivera in einem Facebook Post vom 7.8.2017. Laut Insiderberichten wurde die Akkreditierung persönlich von Pebbles Duque, Mitarbeiterin des PCOO, vollzogen. Neben der Sicherstellung, dass die Pro-Duterte Blogger ihre Ausweise erhielten, unterstützte sie diese auch bei ihren live Übertragungen vom Conrad Hotel aus. »Die Betreuerin für Blogger ist Pebbles Duque«, so ein Informant, »sie ist Andanars persönliche Stütze und hilft ihm bei Angelegenheiten in sozialen Netzwerken«. In einem weiteren Facebook Post bedankte sich Rivera auch für den beispiellosen Zugang, den die DDS Blogger erhielten. Der Post erschien zusammen mit einem Link zu dem Livestream des Panels, auf dem die DDS Gruppe in einem provisorisch aufgebauten Studio zu sehen ist – gebaut und unterhalten mit der Hilfe von öffentlichen Mitteln. ■

Soziale Medien spielen eine zunehmend wichtige Rolle für die Meinungsbildung der Bevölkerung auf den Philippinen – einige Blogger verbreiten jedoch auch massive Falschinformationen.
© Wikimedia



KURZ NOTIERT

von Nina Johnen

■ Gelebte Scheinheiligkeit – Treffen der ASEAN Menschenrechtskommission in Manila

Im Zuge des 50. ASEAN Außenministertreffens hat sich Anfang August 2017 die *ASEAN Intergovernmental Commission on Human Rights* (AICHR) in Manila getroffen. Die Philippinen haben in diesem Jahr den ASEAN-Vorsitz, weshalb auch die Treffen der AICHR hier stattfinden. Angesichts der gegenwärtig desaströsen Menschenrechtspolitik der Duterte-Administration ist es nicht nur zynisch, die Gipfel in den Philippinen zu veranstalten, auch den

AICHR-Menschenrechtsberichten der vergangenen Jahre mangelte es wiederholt an politischem Aufklärungswillen und einer realistischen Bewertung der Menschenrechtssituation in den ASEAN-Mitgliedsstaaten. Bereits seit seiner Gründung 2009 steht die Institution in der öffentlichen Kritik. Die fünf sogenannten Jahrespläne der Kommission geben keine konkreten Maßnahmen oder Ziele zum Schutz von Menschenrechten vor und es gibt auch keine Sankti-

onsmechanismen, die den politischen Druck auf Mitgliedstaaten erhöhen könnten. Somit wird die AICHR als eine machtlose Institution beschrieben, bei deren Gründung es den ASEAN-Mitgliedern eher um eine Schönfärberei der eigenen Menschenrechtspolitik ging, als tatsächliche Reformen anzustrengen oder bereits ratifizierte Gesetze zum Schutz von Menschenrechten umzusetzen.

ASEAN Information Center 7.8.2017

ZEIT Online 8.8.2017

Die Autorin hat als Projektkoordinatorin eines zivilen Konfliktbearbeitungsprojektes in den Philippinen gearbeitet und promoviert zu Menschenrechtspolitik in den Philippinen und Bangladesch.

■ Konflikt um die Spratley Islands – Ernüchterung beim ASEAN-Gipfel

Vor dem ASEAN Treffen im Februar 2017 hatte das philippinische Außenministerium noch das Ziel, mit dem Entwurf eines *Code of Conduct* (COC) für das Südchinesische Meer aus dem Treffen herauszugehen. Bereits seit Jahren arbeiten ASEAN-Arbeitsgruppen an dem Entwurf und das Ministerium hatte noch Anfang dieses Jahres den Wunsch, das Abkommen in diesem Jahr zu finalisieren. Gerade die kleineren ASEAN-Staaten wie Vietnam, Malaysia oder Taiwan setzen große politische Hoffnungen in das Abkommen, denn China hat

den Territorialkonflikt um wertvolle Gas- und Ölvorkommen immer wieder durch provokante Aktionen, wie die Aufschüttung künstlicher Inseln oder Militärmärsche an Seegrenzen zu Vietnam und den Philippinen, geschürt. Deswegen wurde schon die Tatsache, dass China mit am Verhandlungstisch saß, als Erfolg gewertet. Beim Treffen in August 2017 herrschte dann aber Ernüchterung, denn Präsident Duterte kündigte an, einen Weg jenseits diplomatischer Abkommen einzuschlagen und alleine mit der chinesischen Führung verhandeln zu

wollen. Aus Diplomatenkreisen gab es wiederum die vage Ankündigung, »sobald wie möglich« mit der chinesischen Regierung weiterzuverhandeln. Aus politischer Perspektive ist diese Entwicklung bedauernd, denn der ASEAN, die im Westen oft als machtloser Regionalzusammenschluss betrachtet wird, täte der Erfolg eines friedlichen Abkommens nicht nur regionalpolitisch, sondern auch international gut.

The Japan Times 2.8.2017

Inquirer.net 3.8.2017

■ Shabu, Shabu¹ – Dutertes Drogenkrieg trifft auch politische Elite

Präsident Dutertes Drogenkrieg trifft zwar alle Bevölkerungsschichten der Philippinen, aber bei manchen Fällen kriegt auch die philippinische Polizei kalte Füße. So sorgte zuletzt der Fall des Bürgermeisters von Ozamiz für Aufregung. Er, seine Frau und elf weitere Personen wurden bei einer Drogenrazzia der Polizei erschossen. Während es bei normalen Bürgern offensichtlich egal ist, ob die rechtlichen Grundlagen

für Razzien im Eigenheim gegeben sind und der bloße Verdacht ausreicht, um erschossen zu werden, sieht das bei der politischen Elite des Landes anders aus. Deshalb versuchte die Polizei zwei Wochen nach dem Tod des Ehepaares, eine Klage wegen Drogenhandels bei der örtlichen Justiz einzureichen, um den Einsatz nachträglich zu legitimieren und potenzielle juristische Probleme zu vermeiden. Wie zuletzt eher

selten kam das Justizministerium seiner Aufgabe, philippinisches Recht umzusetzen, in diesem Fall jedoch nach. Denn gegen Tote dürfe nachträglich keine Klagen erhoben werden.

Da haben die beiden ja nochmal Glück gehabt.

ABS-CBN 30.7.2017

Rappler.com 15.8.2017

1 Shabu – umgangssprachlich für Crystal Meth

Zur Zukunft der *südostasien*

»*Inequality and poverty are about more than income – they are also about information.*«

Dieses Zitat stammt von Sir Tim Berners-Lee, dem Erfinder des World Wide Web und ist vielleicht aktueller denn je. Wie würde die Welt aussehen, wenn »Wissen« jedem Menschen frei verfügbar gemacht werden könnte? Sicherlich ist das unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht vollständig zu verwirklichen. Aber die immer größer werdende »Open-Bewegung« zeigt, dass es möglich ist: Von frei zugänglicher Software, über frei zugängliche Informationen und frei verfügbare Daten. Über konkrete Beispiele berichten wir in der vorliegenden Ausgabe der **südostasien**. Frei zugängliche »Wissensquellen« sind besonders für zivilgesellschaftliche Akteure als Gegengewicht zum Wissensmonopol von Politik, Wissenschaft und Wirtschaft notwendig.

Seit mehr als 30 Jahren ist das Selbstverständnis der **südostasien**, über die politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche und ökologische Situation in den Ländern Südostasiens und die Beziehungen zwischen Europa und Südostasien zu informieren. Wir wol-

len dabei die Menschen aus der Region in den Mittelpunkt stellen, Menschen, die sich gemeinsam für gerechtere, freiere und menschenwürdigere Lebensbedingungen einsetzen.

Wie bislang in gedruckter Form vier Mal im Jahr wird das aus finanziellen Gründen zukünftig nicht mehr möglich sein. Stattdessen wird die Zeitschrift **ab 2018 vierteljährlich im Web publiziert werden und dort kostenfrei zur Verfügung stehen. Das heißt, dass alle Abonnements ab 2018 automatisch auslaufen.** Es ist einerseits schade, eine lieb gewordene Form zu verlieren – deshalb streben wir an, einmal im Jahr eine Ausgabe der **südostasien** in einem noch näher zu entwickelnden Format gedruckt heraus zu bringen – aber die Umstellung bietet auch großes Potential. Das Web und die Digitalisierung haben den Zugang zu Wissen revolutioniert und Open Access – also der freie Zugang zu Publikationen – ist in unseren Augen ein Mittel, einen größeren Wirkungsradius zu bekommen, als es bislang mit einer Auflage von 800 Exemplaren möglich war. Dabei werden wir versuchen, das bewährte Format der Redaktionsarbeit und der Zeitschrift soweit wie möglich

beizubehalten, zusätzlich aber auch die Vorteile einer Online-Ausgabe, wie die schnelleren Verarbeitungs- und Publikationsmöglichkeiten von Informationen und Analysen, zu nutzen.

Gleichzeitig wollen wir einen lange gehegten Wunsch verwirklichen, durch die Einrichtung einer zentralen Koordinationsstelle im Zusammenspiel mit den ehrenamtlichen Redaktionsmitgliedern eine qualitativ noch bessere Redaktionsarbeit leisten zu können. Wir sehen diese Umstellung auch als Chance, gerade auch die Stimmen derjenigen, über die wir schreiben, die für uns schreiben noch weiter hörbar zu machen.

Auch wenn wir die Print-Ausgabe einstellen müssen, wird die Publikation einer Online-Ausgabe zwar für Sie/euch, nicht aber für uns kostenfrei sein. Wenn Sie sich also gleichwohl zu einer finanziellen Unterstützung der Zeitschrift entschließen könnten, würden Sie zur Sicherung ihrer Zukunft beitragen. Mögliche Formen der finanziellen Unterstützung werden wir spätestens mit der nächsten Ausgabe bekanntgeben.

Frank Arenz und Uwe Hoering
für die HerausgeberInnen
der **südostasien**



Jetzt erhältlich...

Die vierte und vollständig überarbeitete Neuauflage des »Handbuch Philippinen« ist jetzt erhältlich. Das Buch liefert tiefe Einblicke in Geschichte und Gegenwart, Land und Leute. Es verdichtet Informationen zu zentralen gesellschaftspolitischen Problemfeldern in zahlreichen Beiträgen geschrieben von langjährigen PhilippinenkennerInnen.

Bestellen sie unter vertrieb@asienhaus.de.

Niklas Reese, Rainer Werning (Hg.): Handbuch Philippinen.
Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Kultur.
isbn 978-3-8950-2339-2 • 495 seiten • € 19,90 (D)

Wissen, wer man nicht ist

■ Que Du Luu:

Im Jahr des Affen

Königskinder Verlag, 2016,
16,99 €, 286 S.

Die 16-jährige Protagonistin in Que Du Luus Jugendroman »Im Jahr des Affen« ist keine richtige Chinesin, keine richtige Vietnamesin und auch keine richtige Deutsche. Sie hat drei Identitäten – wenn Identität das bezeichnet, was man nicht ist – und entsprechend drei Namen: Mäi Yü, Minh Thi oder Mini. Sie bleibt immer die Fremde – gegenüber ihren MitschülerInnen in der nordrheinwestfälischen Kleinstadt der 1990er Jahre ebenso wie für ihren Onkel und sogar ihren eigenen Vater – und möchte doch eigentlich nur dazugehören. All dem, was ihr vietnamesisch/chinesisch erscheint, begegnet sie mit Skepsis oder sogar Ablehnung. Erst in einer Ausnahmesituation beginnt sie sich mit der fast vergessenen eigenen Geschichte auseinanderzusetzen: Gemeinsam mit ihrem Vater floh sie als Boat People während des Krieges in Vietnam in einer Odyssee über Singapur und Thailand nach Deutschland. Das Überleben der Flucht wird für die Protagonistin auch zur Verpflichtung, das Beste daraus zu machen. »Aus Achtung vor den Menschen, die es nicht geschafft hatten und für immer vom Meer verschluckt wurden.« Hier schwingt eine Leistungsethik mit, die sich für die 16-Jährige als positive Verantwortung entfaltet, obgleich ihr nahestehende Menschen – ihr Vater und der Koch Bao – bereits von deren negativen Folgen betroffen sind. Ihre Entwicklung kann so gleichermaßen als Prozess von Empowerment und Vereinnahmung durch die Leistungsgesellschaft gelesen werden.

Franziska Blum

Indonesien persönlich porträtiert

■ Christina Schott: Indonesien.

Ein Länderporträt

Ch. Links Verlag, Berlin, 2015,
224 S., 18 €

Ein sympathischer Reisebegleiter für alle, die mit Aufgeschlossenheit und Neugierde nach Indonesien aufbrechen. In 22 kurzen Kapiteln gibt die Journalistin und langjährige Auslandskorrespondentin Christina Schott einen umfassenden Überblick zu Geschichte, Politik, Kultur und Gesellschaft. Auf charmante Art webt die Autorin persönliche Erfahrungen ihres eigenen mit Indonesien verbundenen Lebenswegs mit ein. Damit gibt sie auch Einblicke in die familiären Sphären, Subkulturen und Expat-Communities. Der betont persönliche Blickwinkel macht das Buch ehrlich und authentisch. Die Autorin verwendet in ihrem Buch einen vergleichsweise geschlossenen Kulturbegriff: »Geografisch und kulturell gesehen ist Indonesien vermutlich einer der größtmöglichen Gegensätze zu Deutschland.« Sie hat eine aufklärerische Sicht auf die kulturellen Gegebenheiten in Indonesien und geht dabei meist von einer in Deutschland geschulten Wertevorstellung aus. Gleichzeitig gelingt es ihr aber auch, ihre Beobachtungen von »unten« her zu verstehen. Besonders lebendig werden die Ausführungen durch zahlreiche Zitate und biografische Anekdoten von sowohl historischen Persönlichkeiten als auch Bekannten der Autorin.

Selbst, wenn das etwas eintönige Buchcover es nicht vermuten lässt: das facettenreiche Buch beschenkt einen mit inspirierenden Aha-Erlebnissen. »Indonesien – ein Länderporträt« schärft den Blick für die wichtigen Details.

Marlene Weck

Urbanisierung im Globalen Süden

■ Einhard Schmidt-Kallert:

Magnet Stadt

Peter Hammer Verlag, Wuppertal
2016. 175 S., 19,90 €

Der Sozialgeograph und Raumplaner Schmidt-Kallert liefert mit diesem Buch eine verständliche Einstiegslektüre in verschiedene Trends von Urbanisierung und Themenbereiche rund um Stadtplanung. Dabei wird deutlich, dass der Autor selbst jahrelang in Ländern des Globalen Südens in diesem Berufsfeld tätig war. Überwiegend bedacht und reflektiert werden entwicklungspolitische Ansätze rund um Wohnfragen und Verstädterung vorgestellt und deren Vor- und Nachteile diskutiert. Besonders informativ sind die zahlreichen Beispiele verschiedener Weltregionen und die theoretische Erläuterung wohnungspolitischer Fachausdrücke in einer anschaulichen Infobox wie »informelle Siedlungen« oder »Squatter«. Auch Fragen nach unscharfen Kategorisierungen von Land- und Stadtbevölkerung oder der Lebensrealität von besonders verwundbaren Gruppen wie Kindern in der Stadt wird nachgegangen.

Eingangs stellt der Autor die Frage, ob es einen, zwei oder sehr viele Wege zur verstädterten Welt gibt. Nach der Lektüre ist klar, dass es nicht nur einen sondern viele Wege zur Urbanisierung gibt und auch geben sollte. Mit Hinblick auf den Globalen Süden bedarf es daher eigener Entwicklungspfade, die aus den jeweiligen Regionen heraus entwickelt werden, um eine zukunftsfähige Stadtplanung zu garantieren. Schlussendlich ist die Frage nach lebenswerter Wohnraum relevant für alle Menschen und genau das macht das Buch auch für ein breiteres Publikum lesenswert.

Nadja Zimmermann



südostasien

Zeitschrift für Politik • Kultur • Dialog

Herausgeber > Verein für entwicklungsbezogene Bildung
zu Südostasien e.V., philippinenbüro e.V. und Stiftung Asienhaus

**Gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes
durch Brot für die Welt-Evangelischer Entwicklungsdienst.
und der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen.«**

Anschrift > philippinenbüro e.V.,
Südostasien Informationsstelle
im Asienhaus, Hohenzollernring 52,
50672 Köln, Tel.: 0221-716121-0,
Fax: 0221-716121-10



E-Mail > soainfo@asienhaus.de

Homepage > www.asienhaus.de/suedostasien/

Redaktion dieser Ausgabe > Frank Arenz (V.i.S.d.P.), Kristina Großmann,
Damian Paderta, Kathrin Spenna

**Neben den bereits an anderer Stelle erwähnten Personen haben
mitgearbeitet** > Fritz Seeberger, Gabriele Fürstenberg, Franziska Blum

**Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die
Meinung der Redaktion wieder.**

Gesamtausstattung > Klartext Medienwerkstatt GmbH, Essen
<www.k-mw.de>

Print-Auflage dieser Ausgabe > 650

ISSN > 1434-7067

Preis > Einzelausgabe 8 € (zzgl. Porto)

Abonnement (4 Ausg./Jahr inkl. Porto)

BRD > Einzelpersonen 30 €

Institutions-/Förderabonnement: 50 €

Ausland > Einzelpersonen 38 €

Institutions-/Förderabonnement 60 €

Luftpostzuschlag 13 €

**Die Abonnementgebühren sind im Voraus fällig. Das Abonnement ver-
längert sich um ein Jahr, wenn es nicht spätestens einen Monat nach
Zusendung des letzten Heftes schriftlich gekündigt wird. Für Vereins-
mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.**

Konto > Südostasien Informationsstelle
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE05 3702 0500 0001 3109 00
BIC: BFSWDE33XXX
BLZ 370 205 00, Konto-Nr. 1310900

Copyright > Südostasien Informationsstelle und AutorInnen – Nachdruck
gegen Belegexemplar – Vervielfältigung für Unterrichtszwecke erwünscht.

Mediadaten > [www.asienhaus.de/soainfo/
publikationen/zeitschrift-suedostasien/](http://www.asienhaus.de/soainfo/publikationen/zeitschrift-suedostasien/)

**Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind erwünscht. Sie sind
jedoch nur unter Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.**

Peacebuilding in Aceh

Zwischen Tsunami und Scharia

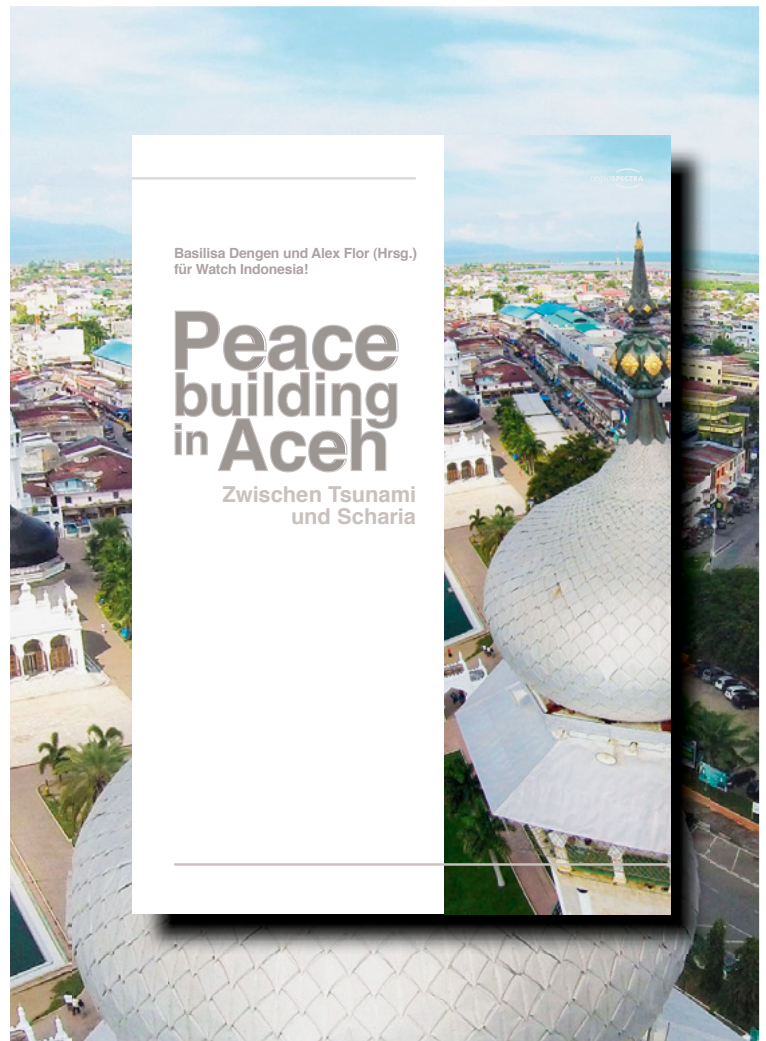
Herausgegeben von Basilisa Dengen und Alex Flor
für Watch Indonesia!

Der Tsunami am 26. Dezember 2004 rückte Aceh von einem Tag auf den nächsten ins Bewusstsein der deutschen Öffentlichkeit. Private Spenden und öffentliche Mittel übertrafen alle zuvor dagewesenen Hilfsprogramme. Durch die Katastrophe wurden auch die Karten in dem seit drei Jahrzehnten anhaltenden gewaltsamen Konflikt völlig neu gemischt. Internationale Akteure fühlten sich als Vermittler auf den Plan gerufen und erzielten im August 2005 das Friedensabkommen von Helsinki. Doch das internationale – und damit auch deutsche – Interesse war nicht von langer Dauer. Spätestens seit dem Abschluss der Wiederaufbauprojekte und dem Abzug sämtlicher internationaler Kräfte ist es um Aceh still geworden und die Region geriet wie in den Jahren vor dem Tsunami erneut in Vergessenheit.

Der vorliegende Band soll Aceh wieder in Erinnerung rufen und beleuchten, wie sich die Situation zwölf Jahre nach Helsinki darstellt. Welchen Herausforderungen für die Zukunft hat sich die Provinz heute zu stellen? Und welche Lösungsansätze gibt es dafür?

Mit Beiträgen von Indria Fernida, Anton Aliabbas, Al Araf, M. Nur Djuli, Gunnar Stange, Patrick Kuebart, Juanda Djamal, Adriana Sri Adhiati, Kristina Großmann und Ferdiansyah Thajib.

regiospectra verlag berlin, 2017
isbn 978-3-940132-95-6, 226 seiten
preis € 19,90 (D)
www.regiospectra.de



SÜDASIEN

DAS DEUTSCHSPRACHIGE SÜDASIEN-MAGAZIN

Politik und Menschenrechte, Literatur und Religion, Gesellschaft und Geschichte, Kultur und Wirtschaft.

Aktuelle Analysen, Kommentare, Interviews, Reportagen und fundierte Hintergrundinformation.

Indien, Pakistan, Bangladesch, Nepal, Sri Lanka, Afghanistan, Bhutan, Malediven.

Drei bis vier Hefte im Jahr mit jeweils ca. 80 Seiten zum Schmökern, Diskutieren, Nachlesen und Sammeln.

Unabhängige Vierteljahreszeitschrift
des SÜDASIENBÜRO, Bonn

SÜDASIEN
Postfach 140 110
53056 Bonn

Abonnement oder Probeheft:
info@suedasienbuero.de
www.suedasienbuero.de





ISBN 978-3-89502-394-1

Gunnar Stange /
Rolf Jordan /
Kristina Großmann (Hg.)

Handbuch Indonesien

Das »Handbuch Indonesien« greift Themen aus den Bereichen Kultur, Politik, Gesellschaft und Wirtschaft in Indonesien und innerhalb der deutsch-indonesischen Beziehungen auf.

528 Seiten
Klappenbroschur
19,90 Euro

Gute Karten: **Spielend mehr erfahren...**

F 4 Wirtschaft ▶ Myanmar belegte 2011 den 183. Platz in der Transparenz Internationalen Korruptionsindex (CPI). Im Jahr 2010 belegte Myanmar den 183. Platz. Die große Verbesserung gegenüber 2009 ist auf die Reformen der Wirtschaft zurückzuführen. Die großen Industrieunternehmen sind immer noch in den Händen der hochrangigen Militärs, die ihre eigenen Vorteile ausnutzen.

D 1 Soziale Faktoren ▶ Die Tradition der Kastei ist in Indonesien noch sehr lebendig. Die hohe Alphabetisierungsrate (etwa 90%) ist ein Ergebnis der 40-jährigen Unterrichtspflicht. 14 Prozent der Bevölkerung leben in Armut.

C 2 Geschichte ▶ Kolonialismus ▶ Das ehemalige Britische Birma (heute Myanmar) wurde nach mehr als 100 Jahren als Teil von Britisch-Indien in die britische Kolonialherrschaft. Bis 1937 war Britisch-Indien.

B 1 Geschichte ▶ Kolonialismus ▶ Das ehemalige Britische Birma (heute Myanmar) wurde nach mehr als 100 Jahren als Teil von Britisch-Indien in die britische Kolonialherrschaft. Bis 1937 war Britisch-Indien.

G 3 Bergvölker ▶ Bergvölker ▶ In den Bergregionen leben verschiedene Völker, die oft noch in Isolation leben. Sie sind oft noch in Isolation.

H 4 Myanmar ▶ Myanmar ▶ Myanmar ist ein Land mit einer reichen Kultur und Geschichte. Es ist ein Land, das viele verschiedene Völker und Sprachen beheimatet.

Südostasien Informationsstelle
www.asienhaus.de/soainfo

Soainfo-Quartett Myanmar

... die guten Karten gibt's hier:
mela@asienhaus.de